

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonnabend, den 6. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
Wortführer 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Son-
ntags-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das
übrige Ausland 3 Mk. pro Monat.

Versteht sich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgezeigte Zeile je
Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Ver-
sammlungs-Anzeigen, sowie
Werbungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Kontospediteur: Amt I, Nr. 1508.

Telegraphische Adresse:

„Socialdemokrat Berlin“.

Der Gewerkschaftskongress.

Unter eigenartigen politischen Verhältnissen tritt der deutsche Gewerkschaftskongress am Montag in Frankfurt a. M. zusammen. Umstößt vom Gesichts der Arbeiterfeinde, die drohend die Hand erhoben haben, um die Gewerkschaftsbewegung ihres wichtigsten Rechtes zu berauben, finden sich die Vertreter der deutschen Arbeiter zusammen, gewillt, in ernster Arbeit über eine Reihe bedeutsamer Fragen des Gewerkschaftswesens zu beraten. Den Anschlägen des Buchhändlerbundes tritt die deutsche Arbeitergesellschaft gerüstet entgegen. Sie wird einmütigen Protest erheben gegen Vergeßlichkeit und Unterdrückung. Sie verlangt freie Bahn für die Entwicklung der Gewerkschaften, der Rotwaffe im Streite wider das ausbeuterische Kapital.

Erheblich ist der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahrzehnt, wie der Bericht, den die Generalkommission dem Kongress vorlegt, zeigt. Im Jahre 1891 betrug die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter 267 659, bis 1898 wuchs sie auf 507 747. Den größten Zuwachs in der Mitgliederzahl weisen die Maurer und Metallarbeiter auf. Die Maurer erhöhten ihre Mitgliederzahl im Centralverband von 11 842 im Jahre 1892 auf 60 175 im Jahre 1898. In demselben Zeitraum stieg die Mitgliederzahl des Metallarbeiter-Verbandes von 26 121 auf 75 431. Unzweifelhaft hat der wirtschaftliche Aufschwung dieses Resultat günstig beeinflusst und es wird nunmehr Aufgabe der Organisationen sein, das Errungene zu befestigen, um Verlusten vorzubeugen, wenn ungünstige Zeiten kommen sollten.

Der Kassienbericht der Generalkommission schließt in Einnahme und Ausgabe mit 202 299,15 Mk. ab, der Kassienbestand belief sich am 31. März d. J. auf 34 792,90 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich u. a. 29 563 Mk. für Agitation, „Korrespondenzblatt“ 12 660,35 Mk., Flugblätter 10 858,60 Mk., für das Gewerkschaftsorgan der italienischen Arbeiter 1853,20 Mk., für Gehälter 14 919,90 Mk., Delegationen zu Kongressen 3153,85 Mk., Verwaltungskosten 3990,05 Mk., Kosten der Broschüre „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“ 5996 Mk., Darlehen an Verbände 52 830 Mk. Ueber die Beitragszahlungen der Gewerkschaften berichtet die Generalkommission, daß dieselben seit dem letzten Kongress regelmäßig eingelaufen sind. Die Agitation wurde besonders lebhaft in den Ostprovinzen getrieben. In Preußen unterhält die Generalkommission ein Bureau und hat an diesem Ort und in Pilschowitz Versammlungsorte gemietet.

Zu den Kundgebungen, die von der Generalkommission lebhaft unterstützt wurden, gehören die Massenversammlungen nach der Deynhaufer Rede des Kaisers und die Verbreitung eines Flugblattes zur Verteidigung des Koalitionsrechtes. Ueber die Mißstände im Baugewerbe wurde eine Enquete aufgenommen und das Resultat derselben in einer Broschüre der Öffentlichkeit übergeben. Eine weitere Enquete betraf die Lage der Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe. Zu fünf Hauptzügen dieser Industrie wurden Erhebungen veranstaltet, und werden die Ergebnisse in nächster Zeit bekannt gegeben werden.

An Broschüren sind in der verfloßenen Geschäftsperiode im Verlag der Generalkommission erschienen: Protokoll des zweiten Kongresses der Gewerkschaften in 10 000 Exemplaren, Mißstände im Baugewerbe in 6000 Exemplaren, Ein Beitrag zur Geschichte der baugewerblichen Arbeiterschutz-Gewerkschaft in 2000 Exemplaren, Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg in 16 000 Exemplaren, Die Arbeiterinnen im Klassenkampf in 10 000 Exemplaren und Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis in 30 000 Exemplaren.

Die Beteiligung an den Konferenzen der Vertreter der Arbeiternachweise am 13. September 1897 in Karlsruhe und am 27. September 1898 in München, lehnte die Generalkommission mit der Motivierung ab, daß sie sich nicht an Unternehmungen beteiligen könne, die entgegen des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von 1896 eine Stärkung der kommunalen Arbeiternachweise bezwecken. Ferner lehnte die Generalkommission die Beteiligung an der Arbeiterschuttkonferenz ab, die vom Reichsherrn v. Verelich nach Berlin einberufen wurde. Diese Ablehnung wurde damit begründet, daß die Gewerkschaften sich in Deutschland an solchen Unternehmungen nicht beteiligen können, weil darin ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz erblickt werden könnte.

Ueber die auf der Tagesordnung des Frankfurter Kongresses stehenden Fragen ist bisher in der Gewerkschaftspresse keine erhebliche Diskussion geführt worden, und es läßt sich wohl annehmen, daß im Vergleich zu seinen Vorgängern dieser Kongress weniger erregte Debatten darbieten wird. Vor allem dürften die Meinungsverschiedenheiten über das weitere Bestehen der Generalkommission nicht mehr in der Schärfe hervortreten, wie auf den beiden vorausgegangenen Kongressen in Halberstadt und Berlin. Nach den vorliegenden Anträgen zu urteilen, ist man gewillt, den bisherigen Wirkungsbereich der Generalkommission zu belassen.

Einige Anträge — es sind verhältnismäßig nur wenige eingelaufen — wünschen eine unbedeutende Aenderung der bisherigen Organisation. Dazu gehört die Forderung der

Anstellung von zwei besoldeten Beamten, eines besonderen Redakteurs für das „Korrespondenzblatt“, sowie der Antrag auf weitere Ausgestaltung dieses Blattes. Es wird sodann jährlich die Herausgabe eines Handbuchs verlangt, das zu einer Art Nachschlagewerk für das gesammelte socialpolitische Material ausgestaltet werden soll. Ferner wird die Errichtung eines „Korrespondenzbureaus“ für die Gewerkschaftspresse verlangt. Den Blättern will man besonders auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung das Material in fertiger Bearbeitung zugänglich machen.

Ein sehr wichtiger Antrag der Generalkommission, der sich auf Annahme rechnen darf, bezweckt die Aufnahme einer Streikstatistik, die zu einer Kontrolle der amtlichen Statistik dienen könnte, wenn die Organisationen sich eifrig der Durchführung dieser Aufgabe annehmen würden. Leider hat bisher die Generalkommission, was ihre statistische Aufnahmen anbetrifft, immer über ungenügende Unterstützung klagen führen müssen.

Die Frage der Tariffgemeinschaften, die ferner zur Beipredung steht, läßt einen lebhaften Meinungsaustrausch vermuten, da die Stellung der Buchdruckerorganisation zu dieser Frage nicht allgemein geteilt wird. Die Gewerkschaft ist aber in letzter Zeit immer mehr zurückgetreten. Mit dem Wachsen der Gewerkschaften, ihrem größeren Einfluß auf den Arbeitsmarkt, machte sich für die Unternehmer das Bedürfnis nach stabilen Arbeitsverhältnissen stark geltend, und auch liegt der Abschluß solcher Vereinbarungen im Interesse der Arbeiter. Schon jetzt haben einige Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit erklärt, feste Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen, andere sind bereits dem Beispiele der Buchdrucker gefolgt und haben Vereinbarungen abgeschlossen. Im Prinzip wird man sich gegen Tarifvereinbarungen nicht erklären können und die Art des Abchlusses, die Dauer der Vereinbarung wird man füglich der Organisation selbst überlassen müssen.

Auch in der Beurteilung der kommunalen bzw. paritätischen Arbeiternachweise gehen die Anschauungen auseinander. Während die Einen an dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses festhalten, der diese Organisationen ablehnt, fordern die Anderen die Unterstützung paritätischer Arbeiternachweise, weil die Gewerkschaften bisher einen großen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung nicht ausüben konnten. So viel ist sicher, daß der Beschluß des letzten Kongresses von den organisierten Arbeitern bereits vielfach durchbrochen worden ist. Ob bei der schroff ablehnenden Haltung zahlreicher Unternehmer-Organisationen die paritätischen Arbeiternachweise große Aussicht auf Erweiterung ihres Wirkungsbereiches haben, ob es ihnen gelingen wird, einen bedeutenden Teil der Arbeitsvermittlung an sich zu bringen, erscheint sehr fraglich. Vor allen Dingen werden die Arbeiter gut thun, nicht ohne Not ihre Arbeitsvermittlung aufzugeben, und es dürfte sich empfehlen, von Fall zu Fall die Entscheidung zu treffen.

Die Arbeiterssekretariate, über die auch beraten werden soll, werden gewiß eine einmütige günstige Beurteilung finden, daselbst läßt sich nicht von den Gewerkschaftskartellen sagen, für die von einigen Seiten eine Beschränkung der Machtbefugnisse verlangt wird.

An umfangreicher und schwieriger Arbeit wird es also dem Kongress in Frankfurt nicht fehlen. Mögen die Gewerkschaften aus den bevorstehenden Beratungen neue Anregung schöpfen zu weiterer Fortbildung und größerer Machtausübung, damit sie innerlich geeint und gekräftigt den Kampf gegen ihre Widersacher fortführen.

Glückauf den deutschen Gewerkschaften!

Aus Frankreich.

Paris, 4. Mai.

Zur Wiedereröffnung der Kammer. — Das Ministerium, die Kammermehrheit und die Revolution. — Vertagung der Dreifus-Interpellationen. — Kampf der Unternehmern gegen das Haftpflichtgesetz.

Somit pflegt das Ende der Parlamentsferien in Frankreich von ministeriellen Stimmungen und Betrachtungen begleitet zu sein. Diesmal merkt man davon nichts. Die endlos fortwährende Dreifus-Affaire hat die Ministerherrlichkeit in den Augen der „regierungs-fähigen“ Persönlichkeiten aller Reize entleert. Die Ministerkandidaten gönnen den derzeitigen Ministern von ganzem Herzen die schmutzige Reputationsarbeit im Dienste der Hocharmee. Und sollte das Ministerium unter der Peitsche des christlichen Teiles der Öffentlichkeit zu etwelchen Maßregeln gegen die schlechterdings nicht mehr zu rettenden Militärs getrieben werden, dann verliert die Ministerherrlichkeit erst recht jede Anziehungskraft.

Aus der gemeinsamen Schmach der bürgerlichen Parteien geboren, hat daher das Kabinett Dupuy, diese „konzentrierte“ opportunistisch-radikale Bestimmungsgewalt, begründete Aussicht, bis zum Ende der Dreifus-Affaire fortzuleben.

Damit steht nicht im Widerspruch der neuliche Versuch Dupuy's, die Revisionsarbeit gewaltig zu beschleunigen. Denn wäre der Versuch gelungen, der wieder zusammengetretenen Kammer die Vereitelung der Revision als vollendete Thatsache darzulegen, so wäre die hoch-patriotische That von der Kammermehrheit bejubelt worden. Nun der Versuch mißlungen ist, demüthigt Dupuy wieder die ehrsame Fiktion der „Trennung der Gewalten“, um die Vertagung der unbehaglichen Dreifus-Interpellationen bis nach Abschluß der Revisions-Verhandlungen zu erlangen.

Die Kammer ging auf diesen Wunsch gleich in der Eröffnungs-sitzung beabteillos ein. Die socialistische Fraktion hat — in richtiger

Einschätzung der bürgerlichen Feiglinge — von vornherein beschloffen, seinen Antrag auf sofortige Vertagung der Interpellationen zu stellen, da dies der Regierung einen leichten Sieg und damit die Möglichkeit verschafft hätte, auf den Kassationshof einen verstärkten Druck auszuüben.

Immerhin sprechen deutliche Anzeichen dafür, daß die Veröffentlichung der Revisionsenquete auch auf die parlamentarischen Feiglinge Eindruck gemacht hat. Die Masse der Abgeordneten, die ja stets mit dem Strome schwimmt, beginnt endlich einzusehen, daß die Revision unvermeidlich ist. Selbst ein offizielles Organ Dupuy's muß konstatieren, daß es nunmehr in der Kammer eine Mehrheit gebe, die sich an den Gedanken der Revision gewöhnt — allerdings mit dem Hintergedanken der Verweisung des Dreifus vor ein neues Kriegsgericht, was einen nochmaligen und endgültigen Justizmord bedeuten dürfte. Doch hierüber ein anderes Mal, bei der Zusammenfassung der Ergebnisse der Revisionsenquete.

Zunächst ist also das parlamentarische Terrain von Dreifus-Debatten frei. Andererseits ist das Budget für 1899 von der Kammer bereits votiert und dasjenige für 1900 noch nicht eingebracht, da der Senat das diesjährige Budget noch nicht einmal in Angriff genommen hat. Schließlich hat Dupuy nach Melles Beispiel die Vertagung aller Interpellationen überhaupt, mit Ausnahme derjenigen über Algerien, auf den Freitag erlangt, ohne daß es zu einer Debatte über diese indirekte, aber — wie die Erfahrung zeigt — sehr wirksame Schwächung des Interpellationsrechtes gekommen wäre.

Die Kammer hat nun freie Zeit für gesetzgeberische Arbeit. Sie wird sich zunächst — ganz wider Erwarten — mit der ursprünglich von den Socialisten eingebrachten Arbeiter-schutz-Vorlage, betreffend die Arbeits-Bedingungen in den öffentlichen Arbeiten befassen. Dann hat die Regierung — auf das Drängen des Unternehmertums und dessen parlamentarischen Vertreter — eine baldige Ver-sicherung des Haftpflicht-Gesetzes versprochen. Dieses Versprechen wird Dupuy treu einlösen.

Es handelt sich um einen organisierten Widerstand des Unternehmertums gegen das Haftpflicht-Gesetz, das nach vollen achtzehn Jahren der Verschleppung endlich am 1. Juni dieses Jahres in Kraft treten sollte. Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die Bestimmungen des Gesetzes, wonach bei Unfällen mit tödlichem Ausgang der Ehe-hälte und den Kindern des Opfers eine lebenslängliche bzw. bis zum sechzehnten Altersjahre fortwährende Jahresrente zuerkannt wird, welche insgesamt höchstens (bei 4 oder mehr Kindern) drei Fünftel des Lohnes beträgt. Andererseits fällt — im Interesse der Unter-nehmer — das Entschädigungsrecht von Angehörigen ausländischer Arbeiter weg, falls die letzteren zur Zeit des Unfalls im Auslande wohnhaft waren, was nur auf eine beschränkte Zahl von an der Grenze wohnenden Arbeitern zutrifft. Schließlich sollen ausländische Arbeiter, die nach dem Unfall das französische Gebiet verlassen, lediglich mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abgefunden werden.

Die ebenso patriotischen wie arbeitserfindlichen Unternehmer drohen nun, im Interesse des heiligen Profits die Entvölkerung Frankreichs und die Verdrängung der vaterländischen Arbeiter zu fordern. Sie wollen fortan, soweit angänglich, unverheirateten und kinderlosen, sowie — noch mehr als bisher — ausländischen Arbeitern den Vortritt geben!

Wie maßlos und gewissenlos das Unternehmertum die Bedeutung der erwähnten Bestimmungen übertriebt, ersieht man schon daraus, daß die Versicherungsgesellschaften sich materiell außer Stande erklären, für verheiratete und kinderreiche Arbeiter höhere Prämien zu verlangen. Dazu fehlen nämlich die statistischen Unterlagen und die Möglichkeit der Kontrolle. Die Unternehmer brauchen sich also nur zu versichern (die obligatorische Versicherung ist als „socialistisch“ aus dem Gesetze ausgemerzt), um jenen schrecklichen Bestimmungen zu entgehen.

Zu Wirklichkeit wollen die Unternehmer von dem Haftpflicht-gesetz überhaupt nichts wissen. Unter den Kundgebungen der Unter-nehmer-Organisationen und der Handelskammern findet man übrigens auch ungeheure Proteste gegen das ganze Haftpflichtgesetz. Die gemeinsame Forderung der Unternehmer heißt: „Vertagung des Gesetzes!“ Dabei haben die Herren 14 Monate und mehr Zeit gehabt, um ihre Vorbringen zu treffen, da das Gesetz, von der Kammer Ende Oktober 1897 votiert, am 9. April 1898 ver-öffentlicht wurde. Bedenkt man ferner, daß das Gesetz unter dem Kabinett Melles, dem kapitalistenfreundlichen Ministerium der Republik, zu Stande kam, so kann man sich leicht vorstellen, wie wenig berechtigt selbst vom nächsten Standpunkt des Profits das Unternehmer-Geschrei ist. Es sei noch erwähnt, daß das Gesetz in der Kammer einstimmig und im Senat mit großer Mehrheit votiert wurde. Selbst die hartgesottensten kapitalistischen Parteigänger hatten so etwas nie Scham empfunden ob der acht-zehnjährigen Verschleppung des Gesetzes. Und nun trotz alledem eine Aufsehung der ganzen Unternehmerklasse, die ihr Gegenstück einmal in dem Entrüstungssturm der französischen Bourgeoisie gegen die Einkommensteuer findet. Denn damals handelte es sich immerhin um einen Reformentwurf, jetzt aber um ein recht-mäßig in Kraft tretendes solches Gesetz. ... Auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der socialpolitischen Einsicht der Kapitalisten am Jahr-hundertende!

Doch ist zu hoffen, daß das Unternehmertum seinen Zived — wenigstens in der Hauptsache — verfehlen wird. Der Handels-minister hat den gleich in der Eröffnungssitzung der Kammer ein-gebrachten Vertagungs-Antrag zurückgewiesen. Auf der anderen Seite erklärte er freilich das Gesetz für „vervollständigend“, und versprach, wie gesagt, namens der Regierung rechtzeitige Be-zögerungen im Sinne der Unternehmer. ...

Sache der Arbeiterschaft wird es sein, die Verheißung des rechtskräftig gewordenen Gesetzes in seiner bisherigen Fassung zu erkrämpfen. Die Unternehmer haben den Arbeitern eine einbringliche Lehre vom Klassenkampfe erteilt. Die proletarischen Organisationen beginnen sich nun ihrerseits zu regen und die Verbesserung des Gesetzes zu fordern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

Der Reichstag

erledigte am Freitag seine ganze Tagesordnung. Zu ersten Debatten kam es nicht. Nur zu einem kleinen Gesandtschaft über die Wahl des Abgeordneten v. Döbel, das zur Folge hatte, daß die Sache vor die Wahlprüfungs-Kommission zurückverwiesen ward. Wenn sie wieder vor den Reichstag kommt, giebt es vielleicht ein ernsthafteres Gesicht. Es ist das bekanntlich die Wahl im Kreise Brandenburg, wo unser Kandidat Penz mit geringer Majorität geschlagen worden ist — mit Hilfe von Praktikern, welche die Wahlprüfungs-Kommission veranlaßt haben, Verweigerung zu verweigern.

Nächste Sitzung Dienstag: Antisemitischer Schächtantrag, sozialistischer Antrag auf Einführung eines neuen Vergesetzes. Mittwoch soll die Gewerbe-Ordnungs-Novelle zur zweiten Beratung gebracht werden. —

Die Oberbürgermeister-Debatte

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die so grell die Charakterstärke unseres Kommunal-freisinn bloßgestellt, wird vielfach erörtert.

Die „National-Zeitung“ rät zum Frieden auf der Grundlage des — Vermittelungsvorschlags des Vorsitzenden des Bezirksausschusses. Das liberale Blatt predigt die Moral der Duldsamkeit und zähen Friedfertigkeit, wie sie ein Kausalist sich gegenüber seinem Vorgesetzten allmählich feinsinnig angewöhnt:

„Insonderbarkeit müssen in vielen Dingen beachtet werden, auch in den besonderen Beziehungen, welche sich aus der Thatsache ergeben, daß die Hauptstadt des Reiches zugleich die Residenz des Herrscherhauses ist. Die Regierung hat durch die Anregung seitens des Präsidenten des Bezirksausschusses und durch das Eingehen des Vertreters des Polizeipräsidenten auf dieselbe ein unzulängliches Entgegenkommen bewiesen; ganze die städtische Verwaltung nicht darauf ein, so würde sie sich nach dem Urteil weiter Kreise ins Unrecht setzen, daß die Regierung die Hauptlast, die würdevolle Herrschaft des Reiches, auf sich genommen hat. Der Magistrat ist ohne weiteres befugt, auf die Fortführung eines Staatsstreiks zu verzichten, also auch, sofern die Stadtverordneten ablehnen sollten, mit ihm über diesen Verzicht in einer gemäßigten Deputation zu verhandeln. Milder wäre es aber unseres Erachtens von der Versammlung, wenn sie zu der Erledigung des nahezu gegenstandslos gewordenen Streites mitwirkte.“

Für Schwamm-Menschen dieser liberalen Klasse hat der Liberale Thiering vergebens den Kampf ums Recht gefordert. Man muß Insonderbarkeit berücksichtigen, d. h. auf deutsch, man muß sich den Neigungen der Mächtigen unterwerfen.

Anderer die „Volks-Zeitung“, die von der Rede unseres Genossen Singer sagt:

„In der guten alten Zeit des demokratischen Liberalismus hätte so ein freisinniger Mann sprechen müssen. Jetzt überläßt man das dem Sprecher der socialdemokratischen Fraktion, und der Redner der bekannten Mehrheit redet wie ein konservativer, der seine politische Anschauung kaum aus der Färbung der „Kreuz-Zeitung“ gewonnen haben könnte. Dem selbst die „Kreuz-Zeitung“ ist in den Dingen, die die Agrarier- und Junkerfrage angeht, nicht so vertrauensvoll der Regierung gegenüber, wie sich gestern die aufreißerische Mehrheit durch den Mund ihres Sprechers in Sachen der Selbstverwaltung gezeigt hat!“

Wenn politische und kommunale Gefahren abzuwehren sind, indem man ihnen gegenüber Blindeluh spielt, dann allerdings ist gestern von Herrn Cassel ein neuer Meßstab in der Verteidigung der bedrohten Selbstverwaltung geschaffen worden.

Die „Volks-Ztg.“ predigt der Wüste. Die Hupfelmühle gilt heute als schönste Bürgertrone. Wo auch für die „Insonderbarkeit“ der Manneswürde, der Wahrheit, des Rechts sich ereignen! Die Geschäfte blühen ja — und das ist die Hauptfrage.

Ein Komödientendichter, der diese liberale Gesellschaft auf die Bühne brächte! Freilich, die Polizei würde ihn nicht zu Wort kommen lassen, wenn uns auch selbst ein Künstler der Geißel ersünde. —

Der erste Hintergrund.

Am 12. Mai wird vor dem Schwurgericht in Ancona der Prozeß wegen des geplanten Bombenattentats in Alexandria auf den deutschen Kaiser stattfinden. Angeklagt sind aber nicht die erschrecklichen italienischen Anarchisten, deren vorgebliche Absichten die Reise des Kaisers nach Ägypten verhindert haben soll, sondern der Polizeispion Mario Vazzani. Dieser Geheimagent der ägyptischen Polizei steht unter der Anklage der schweren Verleumdung.

Man erinnert sich, wie noch vor kurzem der Minister des Innern von Preußen, Hr. v. d. Rode, feierlich von dem „ersthaften Hintergrund“ der ägyptischen Bombenattentats-fälle zu erzählen wußte. Man weiß, wie alsdann der Vertreter der Reichsregierung im Reichstag die Berichte des deutschen Konsuls in Alexandria verlas, die ebenfalls höchst greuelvolle Dinge vortrugen.

Jetzt wird einiges aus der Akte geschöpft gegen Vazzani bekannt und die Ernsthaftigkeit der Attentatsgeklagen verfallt homörischem Gelächter. Die Anklageschrift sagt:

Viele italienische Anarchisten hatten sich nach Alexandria in Ägypten geflüchtet, das sie für ein sicheres Asyl hielten. In einem Briefe, den das anarchische Blatt „Agitatione“ veröffentlichte, ließen sie Nachrichten von sich in die Heimat gelangen, so daß die italienische Regierung aufmerksam wurde und dem Konsul in Alexandria Befehle erteilen konnte. Der Konsul stellte fest, daß die Anarchisten Parrini, Biachi, Lamberi, Zeli, Biachi und Sassi die Leiter der Anarchistengruppe in Alexandria waren und daß sie die Herausgabe eines Blattes planten. Gelegenheit der Reise des Kaisers meldete Herr Emilio Treves, Leiter des Bureaus für geheime Informationen bei der ägyptischen Polizei, dem italienischen Konsul, daß ein gewisser Mario Vazzani von S. Minato ihm vertraut habe, daß die italienischen Anarchisten in dem Laden Parrinis zwei Bomben verfertigt hätten, die ein Schiffskapitän Namens Luigi Sanson auf einem Dampfer der ägyptischen Schiffsahrt-Gesellschaft nach Kairo bringen sollte. Vazzani denunzierte außer Sanson und Parrini auch alle oben genannten Anarchisten, mit Ausnahme von Sassi, Biachi und Corti Vazzani. Man durchsuchte sofort den Laden Parrinis und fand eine Riste. Parrini schwor, daß sie Cognac enthalte, und um das auf der Stelle zu beweisen, ergriß er einen Hammer und wollte sie öffnen. Glücklicherweise wurde ihm das nicht gestattet, denn die Riste enthielt tatsächlich zwei eiserne Bomben von konischer Form mit hervorstechender Zündschnur. Sie waren 25 Centimeter hoch, wogen fast 1 1/2 Kilogramm und waren mit einem furchtbaren Explosivstoff gefüllt. Natürlich folgten sofort die üblichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Vazzani verlangte bald eine Belohnung für die gelieferten Informationen; er drängte so sehr, daß er Verdacht erregte. Dieser Verdacht wuchs, als ein englischer Ingenieur, Herr Lynn, bekannt gab, ein arabischer Arbeiter,

namens Mahmud, habe ihm berichtet, daß er im Auftrage Vazzanis Bomben angefertigt habe. Vazzani gab zu, daß er bei der Anfertigung der Bomben halfen der Bomben beteiligt gewesen sei, dann habe er die Hüllen jedoch dem Kraber Polli gegeben. Es wurde aber festgestellt, daß dem Parrini die Riste von einem Kraber übergeben worden war, der den Auftrag hatte, zu sagen, daß sie Cognac enthalte; das beweist, daß Vazzani, der unter den Italienern als Spion bekannt war, die Bomben nicht dem Polli gab, sondern sie selbst in den Laden Parrinis schickte. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß nichts darauf schließen ließ, daß ein Attentat gegen den Kaiser geplant war. Infolge seiner gemeinen Machenschaften wurde Vazzani unter Anklage gestellt. Parrini und Polli treten als Nebenkläger gegen Vazzani auf, den der Advokat Alfredo Felici verteidigt. —

Wer ist verantwortlich?

Wenn die Arbeiter an der Vergewaltigung teilnehmen wollen, dann verkündet der Unternehmer-Absolutismus, das sei unmöglich, stattdessen sie die Verantwortlichkeit trügen und sie mit niemandem teilen könnten. Wenn aber ein Unglücksfall geschieht, dann sind die Herren im Hause nicht zu Hause, dann beginnt die Verantwortlichkeit der Unternehmer.

Wir haben vor einigen Tagen ausführlich über den Prozeß Gue berichtet, der sich aus Anlaß einer Kritik der Verhältnisse auf der Zeche „Bornisia“ entpinnen hat. Obwohl die größten Ungehörigkeiten im Betriebe durch eidliche Aussagen nachgewiesen worden sind, wurde Gue doch zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Einen ausführlichen Bericht der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ ist zu entnehmen, welche Gründe die Verurteilung herbeigeführt haben. Der Staatsanwalt legte seinem Plaidoyer den Gedanken zu Grunde, daß die Person des Betriebsführers Verhören beleidigt sei, dem nicht die Schuld an den Zuständen nachgewiesen sei:

Nicht einmal eine Mißhandlung an den groben Verstoßen, die thatsächlich konstatiert wurden durch die Vernehmungen, fällt dem Herrn Verhören zur Last. Dieser durchaus pflichtgetreue Beamte hat in die in schlechtem Zustande überkommene Grube in vorzüglicher Weise Ordnung geschafft. Wie er uns selbst mitteilt, hat er alles gethan, was in seinen Kräften stand. Gewiß sind gewisse Ungehörigkeiten vorgekommen, fortgesetzt ist großer Unruhe getrieben auf der Zeche, aber dem Betriebsführer ist nicht im mindesten nachgewiesen, daß er davon Kenntnis hatte und sie bildete. Man trägt sich damit, man die Verletzung vor Unlust der Kontrolle nicht nehmen. Es besteht auch nach den Befunden des Herrn Sachverständigen und des Betriebsführers kein Zweifel, daß es Aufgabe der Arbeiter und Unterbeamten ist, für die Befolgung aller Sicherheitsvorschriften zu sorgen. Das schreckliche Unglück hat sechs braven Arbeitern das Leben gekostet. Die braven Vergleite müssen selbstredend geschätzt werden, und insofern hat der Angeklagte ein Interesse an der Aufhebung von Mißständen. Aber wie hier festgestellt ist, entstehen diese aus der Nachlässigkeit der Arbeiter und Unterbeamten. Dann auch bringt der Bergbaubetrieb manche natürliche Gefahren mit sich. Dem Angeklagten ist der Wahrheitsbeweis mitzulegen. Er hat den Betriebsführer schwer beleidigt. Dafür muß derselbe eine Sühne haben. In Betracht zu ziehen ist auch noch die Tendenz der „Vergarbeiter-Zeitung“. Es handelt sich hier nicht um Wahrung berechtigter Interessen, sondern um eine tendenziöse Herabsetzung gesellschaftlicher Institutionen.

Vergebens führte der Verteidiger aus, daß der Wahrheitsbeweis vollständig gelungen sei, daß der inkriminierte Artikel das System habe kritisiert, nicht den Betriebsführer beleidigen wollen. Der Gerichtshof schloß sich nicht nur dem Strafantrag, sondern auch den Gründen der Staatsanwaltschaft an. Der Vorsitzende des Gerichts begründete das Urteil wie folgt:

Gue hat den Betriebsführer Verhören beleidigt. Der Wahrheitsbeweis ist völlig mißlungen! Gue hat nicht das Recht, im Namen der Vergleite zu sprechen, der Presse steht kein anderes Recht zu wie jedem beliebigen Menschen. Der § 193 (Schw. berechtigter Interessen) ist ihm nicht zuerkannt. Die festgestellten Pflichtwidrigkeiten fallen zweifellos den Vergarbeitern zur Last. Sie mußten für Ordnung sorgen, wie auch der Herr Sachverständige, Vergartrat Scharf, behauptete.

Das Urteil gehört zu denen, die dem Rechten des Volkes zuwiderlaufen. Ein Redakteur rügt unerhörte Mißstände, es wird nachgewiesen, daß diese Mißstände in der That bestehen, aber gleichwohl ist der Wahrheitsbeweis nicht gelungen, weil der für den Betrieb verantwortliche Mann glaublich macht, daß er nichts von den Ungehörigkeiten gewußt habe. Verantwortlich sind — die Vergarbeiter.

Die Begründung steht sich aber in direktem Widerspruch nicht nur mit dem Empfinden des Volkes, sondern vor allem auch mit den Anschauungen des Unternehmerums. Den Arbeitern wird das Recht versagt, sich an der Betriebskontrolle zu beteiligen, weil sie nicht für den Betrieb verantwortlich seien. Das Gericht aber spricht den verantwortlichen Leiter von aller Schuld ledig und schiebt den Arbeitern die Verantwortlichkeit zu.

Will der Arbeiter ein Recht, so bestreitet man es ihm, weil er keine Verantwortlichkeit für den Betrieb hat, sucht man nach einem Schuldigen, so wird plötzlich an Stelle der verantwortlichen Leitung die Verantwortlichkeit des Arbeiters gefunden.

Um die Beseitigung der Schäden darf sich der Arbeiter nicht kümmern, für ihr Vorhandensein aber wird er zur Rechenschaft gezogen. Er darf sein Leben aufs Spiel setzen, es wird als seine eigene Schuld angesehen, wenn er verunglückt — aber er hat kein Recht, mitzuwirken, daß Unglücksfälle vermieden werden.

Diese Abmessung zwischen Rechten und Pflichten, zwischen Schuld und Sühne, die fast immer auf Kosten des Arbeiters erfolgt, ist schärflich geeignet, das Vertrauen in die heutige Ordnung zu stärken. —

Die Regierung und die Freizügigkeit

Mit der Beschränkung der Freizügigkeit scheint es jetzt ernst werden zu wollen. Die Agrarier haben durch ihre heftigen Klagen über die Leutenot endlich die Regierung von der Notwendigkeit dieser Maßregel überzeugt. Selbstverständlich giebt man der Sache einen anderen und wie es jetzt Mode ist sehr arbeitserfreundlichen Namen, genau so wie man das geplante Zuchthaus-Gesetz die Vorlage zum Schutz der Arbeitswilligen, oder wie man die lex Krone die Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Privatdozenten genannt hat.

Eine offiziöse Notiz der „Post“ sagt, daß demnächst Bundesrat und Reichstag mit Vorschlägen zum Erlaß eines Reichs-Wohnungsgesetzes befaßt werden sollen. Die Wohnungsfrage soll natürlich im Interesse der ärmeren Klassen einer umfassenden Untersuchung unterzogen werden, die vor allem auf Beseitigung des Schlafstellenmangels hinführt.

Dieses Schlafstellenmangel soll natürlich in der einzig zweckmäßigen und radikalsten Weise beseitigt werden, nämlich dadurch, daß man überall gesunde und billige Arbeiterwohnungen errichtet. Man sieht, die Regierung kommt überall den Wünschen der Socialdemokratie in ausgiebigster Weise entgegen.

Nur sind mit dieser Regelung auch einige kleine Nebenstände verbunden. Die besagten Arbeiterwohnungen sollen nämlich auf dem Lande bei unseren Agrariern liegen und zwar sollen es die in den Medien unserer Genossen im Reichstage, sowie in denen des freisinnigen Abg. Dr. Girsch im Abgeordnetenhaus zur Genüge geschilderten ländlichen Arbeiterwohnungen sein. Mit anderen Worten, es soll den Landarbeitern das Fortziehen gründlich vergrault werden. Sie sollen, wenn sie in die Stadt kommen, sich darüber ausweisen können, daß sie auch Wohnungen haben, die allen hygienischen Anforderungen entsprechen. Um die heimischen städtischen Arbeiter hat sich zwar die Regierung bisher nicht mit solcher Liebe und Grundsätzlichkeit gekümmert, aber hier wird sie selbstverständlich den denkbar höchsten hygienischen Maßstab anlegen.

Man weiß ja, daß die Hygiene überhaupt mit bestem Erfolg in den Dienst der Agrarier gestellt wird. Unsere Fleischzufuhr, welche die den Agrariern die unbedeutsame Konkurrenz des Auslandes vom Halse schaffen, sind ja auch nur im Interesse der Volksgesundheit erlassen. Die Agrarier, die sich im Abgeordnetenhaus nicht den geringsten Zwang auferlegen, haben ja auch ganz offen erklärt, daß sie dieses Wohnungsgesetz lediglich als Abhilfe gegen die Leutenot eingeführt wissen wollen. Da sie die Leute bei den miserablen Lebensbedingungen, die sie ihnen gewähren, absolut nicht halten können, so wollen sie ihnen einfach jeden Ausweg verschneiden. Das ist in der That sehr einfach. Da man aber immerhin bei einer reichsgefälligen Regelung dieser „Wohnungsfrage“ — und eine andere als eine reichsgefällige ist hier nicht gut denkbar — auch gewisse Schwächen feststellen darf, so will man diese ganze Materie auf polizeilichem Wege, insbesondere durch Erlaß von Polizeiverordnungen einer der Agrarier befriedigenden Lösung entgegenführen. Es wird Sache unserer Genossen im Reichstage sein, die rechtliche Gültigkeit eines solchen Vorgehens zu prüfen.

Erstend folgt er ihren Spuren, nämlich der Sultan der deutschen Regierung auf der Friedenskonferenz. Einer Konstantinopeler Delegation des „Standard“ zufolge beschloß der türkische Ministerrat, seine Vertreter auf der Friedenskonferenz auszuweisen, die Anschauungen der deutschen Bevollmächtigten zu unterstützen und deren Führung zu folgen. Ein Trade des Sultans billigte den Beschluß. —

Deutsches Reich.

Kaiser und Kieler Staatsmacht. Die kaiserliche Wurst in Kiel hatte ihren Arbeitern durch Anschlag die Mitteilung gemacht, daß Außenstellen der Arbeit als Teilnahme an einer socialdemokratischen Agitation betrachtet würde, und jetzt macht die kaiserliche Polizeibehörde in Friedrichsruh bei Kiel durch ein mehrschichtiges Vorgehen den Versuch, festzustellen, wer sich von den Arbeitern an der Kaiserfeier beteiligt hat. Von allen Arbeitern, denen am 1. Mai Urlaub gegeben war, wird jetzt ein Protokoll aufgenommen, in welchem die betreffenden Arbeiter angeben müssen, welches die Gründe ihres Urlaubs gewesen sind. Ergeben nun die Nachforschungen, daß die von den Arbeitern angegebenen Gründe nicht den Thatsachen entsprechen, so haben dieselben ihre Entlassung zu gewärtigen.

Dies Spionierverfahren einer Staatsverwaltung macht in der That einer Musteranstalt alle Ehre. —

Mehr Polizei, mehr Regierung! Nicht nur dem Reichstag, sondern auch dem Landtage wird, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, ein Nachtrags-Etat zugehen. In erster Linie handelt es sich um die Kosten für die Errichtung der neuen Bezirksregierung, welche nach Charlottenburg kommen soll; das Regierungsgebäude soll auf einem Teil des Terrains erbaut werden, auf dem sich seiner Zeit die Ausstellung Italien befand. Von weiteren kleineren Forderungen ist vielleicht eine solche für die Errichtung einer eigenen Polizei in der Ziegarten erwähnenswert.

Man weiß nun wenigstens, warum im Ziegarten so kräftig abgeholt worden ist. Man wollte Platz für Schulpaulen schaffen.

Die Bezirksregierung Charlottenburg liegt auf dem Wege der „Provinz Berlin“.

In Ungnade? Was Eduard v. Simson im Leben nicht gelungen ist, „oben“ einmal Anstoß zu erregen, scheint ihm im Tode beschieden zu sein.

Der „Reichsanzeiger“, der jedem Geheimrat einen tiefempfundenen Nachruf zu widmen pflegt, hat für den Ueberbringer der Kaisertrone, den ersten Präsidenten des Reichsgerichts, den Ritter des Schwarzen Adlerordens sein Wort übrig. Die Kaiserin Friedrich scheint die einzige Persönlichkeit in höchsten und amtlichen Kreisen zu sein, die eine Beileidskundgebung an die Familie gerichtet hat; allerdings war Simson ja der Günstling des Kaisers Friedrich.

Sollte selbst dieser glatte, geschmeidige Mann nicht das heute maßgebende Gesinnungsmaß erreicht haben? War er den jetzt herrschenden Kreisen zu liberal? Diese späte Ungnade wäre dann etwas wie eine Sühne für das, was Simson am echten Liberalismus gesündigt hat. —

Reichstagswahl-Statistik. Das Statistische Amt hat jetzt einen zweiten, sehr interessanten Teil der Reichstagswahl-Statistik herausgegeben. Während der erste Teil nur von den einzelnen Wahlkreisen im ganzen die Parteistatistik von 1898 angiebt, wird in dem neu erschienenen zweiten Teil bei jedem Wahlkreise in der Statistik unterschieden zwischen a) Orten unter 2000 Einwohner, b) Orten von 2—10 000 Einwohnern, c) wird angegeben die Statistik von jedem einzelnen Ort des Wahlkreises mit mehr als 10 000 Einwohnern. Diese Statistik wird dann noch besonders zusammengefaßt nach Ländern und Regierungsbezirken. Außerdem ist die Wahlstatistik aller Großstädte noch besonders aufgeführt. Dem Text sind zwei graphische Darstellungen beigegeben, betreffend die Reichstagswahlen von 1871 bis 1898. Die erste Tafel giebt die erzielten Mehrheiten bei den 10 Hauptwahlen der bisherigen Legislaturperioden nach Wahlkreisen an, die zweite Tafel den Anteil der Parteien. Dadurch, daß auf den Tafeln die Wahlkreise je nach der Partei, welche die Mehrheit erhalten hat, mit verschiedenen Farben bezeichnet sind, erscheinen diese Tafeln außerordentlich übersichtlich. —

Konservative und Antisemiten. Die Konservativen „rächen“ sich nun für ihre Niederlage bei der Erstwahl im zweiten Berliner Wahlkreise. Sie verlangen eine Trennung von Tisch und Bett zwischen Konservativen und Antisemiten, denen sie die Schuld der Wahlblamage zuschreiben.

Die Generalversammlung des Centralvereins der Konservativen vor dem Potsdamer Thore nahm auf Antrag des Vorstandes nach zweistündiger Debatte folgenden Beschluß an:

„Die Mitglieder des Vereins sehen sich gezwungen, infolge der Erfahrungen, die sie und die konservative Politik bei den letzten Berliner Reichstagswahlen gemacht haben, aus dem deutsch-konservativen Wahlverein in Berlin so lange auszutreten, bis die Parteileitung sich wieder in Uebereinstimmung mit der Resolution B Absatz 2 vom 2. Februar 1898 befindet.“

Diese in Dresden auf dem konservativen Parteitage gefaßte Resolution lautet:

„Der Delegiertentag hält es besonders für geboten, dem stetigen Vordringen der Socialdemokratie gegenüber vor Partei-zerpfaltungen zu warnen. Die Nothwendigkeit einer Parteibildung führt zur Ohnmacht gegenüber der organisierten Partei. Es ist darum zu erwarten, daß kein konservativer Mann eine neue Parteibildung fördern werde, auch wenn diese angeblich auf konservativem Boden sich befindet oder Verirrungen punkte mit dem konservativen Programm darstellt. Es muß vielmehr gefordert werden, daß Versuche, neue Parteien auf Kosten der konservativen Partei zu gründen, entgegengesetzt und kräftig entgegengegriffen werden. Es ist unzulässig, daß ein Mitglied der konservativen Partei gleichzeitig ein Mitglied einer anderen politischen Partei angehört.“

Die andere politische Partei sind eben die Antisemiten. Aus der Debatte ging hervor, daß diesen patentierten Ordnungsmessern der Antisemitismus, den sie sich selbst als Handlanger großgezogen, doch etwas zu sehr Socialismus der dummen Kerls geworden ist. Gegen die Dummheit haben sie freilich schwerlich etwas einzuwenden. Aber das „demokratische“ ist ihnen fatal.

Der Duellant Leutnant Döring in Koblenz, der im Zweikampf den Studenten Klöbeborn erschoss, ist, wie die „Köln. Zeitung“ mittelt, vom Kriegsgericht zu 2 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt worden. Solange solche Straftaten nicht mit demselben Maß gemessen werden, wie andere Delikte gegen das Leben, so lange Duellanten von ihren Klassen Genossen als Helden gefeiert werden, die ihre leichte Strafe gewissmaßen als eine Ehre betrachten, wird selbstverständlich der Duellkampf nicht verschwinden.

Von den Postassistenten. Am nächsten Sonntag findet in Berlin der außerordentliche Verbandstag deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten statt. Man wird daselbst die Frage erörtern, ob man sich den von Herrn v. Bobbelsloß angeregten Friedensbedingungen tödlich unterwerfen will.

Warum die Liberalen gegen das allgemeine Stimmrecht sind. Ueber das Wahlrecht zur „Bürgerchaft“ in Bremen schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Die Socialdemokratie brachte den Antrag ein, allgemeines Stimmrecht auch für die Bürgerchaftswahl einzuführen, erhielt aber nur wenige Stimmen. Das allgemeine Stimmrecht hätte schon ganz andere Erfolge errungen, wenn nicht die Socialdemokratie ihm viele Feinde erweckt hätte.“

Das ist doch noch ein Liberalismus, der das allgemeine Wahlrecht ohne weiteres preisgibt, wenn es einer gegnerischen Partei zu gute kommt.

A Berlin, 2. Mai. Der „Hann. Cour.“ erzählt:

Für ein russisches Gaspelle der Pariser Gardekapelle, einer der besten Vereinigungen des Continents, waren die Abmachungen bereits fix und fertig, die Kapelle hatte sich gänzlich neue Uniformen machen lassen, als plötzlich die Gaspelle abbestellt wurde. Der Eisenbahngang, der die französische Kapelle nach St. Petersburg führen sollte, hatte nämlich in Berlin einen fünfständigen Aufenthalt. Als der deutsche Vorkapellmeister, Graf Münster, hiervon Kenntnis erhielt, machte er dem französischen Minister des Auswärtigen, Mr. Delcassé, gegenüber den Vorschlag, es ob ihm genehm sei, wenn die Gardekapelle der Republik während dieses Aufenthaltes vor Kaiser Wilhelm spiele. Es sollte ein feierlicher Empfang stattfinden, die Kapelle dann etwa eine Stunde am preussischen Hofe konzertieren und schließlich sollte sie offiziell wieder zum Kaiserhof geleitet werden. Mr. Delcassé geriet ob dieses Anerbietens, das Graf Münster nicht ohne Genehmigung des deutschen Kaisers gemacht haben konnte, in einige Verlegenheit; er erklärte, daß er mit den anderen Ministern hierüber Rücksprache nehmen werde. Und die Folge war, daß, um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, die — ganze russische Reise aufgegeben wurde.

Das Geschehene ist von dem „Figaro“-Zeichner Caron d'Ache lebhaft illustriert worden.

Unter der Herrschaft der Iox Heinge werden nicht nur die Seiltänzerinnen Schleppläuder bekommen, sondern auch unsere Kaiserin wegen ihrer die Schamhaftigkeit verletzenden Unkeuschheit in den Verkaufszetteln ihrer Werke schwer bestraft werden. Ein katholischer Kalender für die studierende Jugend sagt uns ein wenig die Wahrheit, was für Wichte diese großen Männer gewesen sind. Goethe z. B. soll unmäßig Alkoholist gewesen sein, er litt an Schindeldiebstahl und fälschte mit Wollust. Uebrigens hat Goethe auch den frühen Tod Schillers auf dem Gewissen.

Man sieht, es ist hohe Zeit, daß mittelst der Iox Heinge diesen kaffischen Jugendverderbern das Handwerk gelegt werde.

Aus Helsen, 2. Mai. (Fig. Ber.) Die Generaldebatte über die Steuerreform hat die zweite Kammer sechs Tage lang in Atem gehalten. Die Tribünen waren dauernd gefüllt. Die Debatte zeigte, daß die Kammer fast einstimmig mit dem Vorschlag, die Grund-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer nach preussischem Muster durch eine einheitlich veranlagte Vermögenssteuer zu ersetzen, einverstanden ist. Der Plan der Regierung, mit dieser Reform zugleich eine Verminderung der direkten Steuern um 2 Millionen Mark herbeizuführen, steht dagegen auf Widerstand. Von socialdemokratischer Seite ist beantragt worden, die Progression der Einkommensteuer bis auf 8 Prozent zu erhöhen und die neue Vermögenssteuer ebenfalls progressiv zu gestalten. Statt des von der Regierung vorgeschlagenen Einkommens von 65 Pf. pro 1000 M. Vermögen, haben wir aufsteigende Sätze bis 1 M. beantragt. Wir wollen das durch Wegfall der drei genannten Realsteuern entstehende Defizit wieder auf dem Wege der direkten Besteuerung eingebracht haben, wodurch die vorgeschlagenen neuen indirekten Steuern, Grundbesitzsteuer, Hundesteuererhöhung und Lotterien- und Weinsteuer erheblich würden. Ein Teil der Kammer stimmt infolgedessen mit uns überein, als sie keine Einkommensteuer haben und den aus dieser erhofften Betrag von 500 000 M. durch Erhöhung der Progression der Einkommensteuer (bis auf 5 Proz. bei Einkommen von 100 000 M. ab), sowie des Satzes der Vermögenssteuer (auf 60 Pf.) aufbringen will. Außerdem beantragen sie eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, der auch wir natürlich zustimmen werden. — Bemerkenswert ist, daß unsere Anträge von verschiedener Seite, so von den Abg. Osann (natl.), Weg (lfr.) und Weidner (christl.-social) als gerecht und acceptabel bezeichnet worden sind. Der Gedanke, daß in der Verschärfung der Progression der Einkommensteuer und einer progressiven Vermögenssteuer die einzig richtige Entwicklung des Steuerwesens liegt, bricht sich mehr und mehr Bahn. Die Regierung sträubt sich dagegen, aus Furcht, die reichen Leute dadurch aus dem Lande zu treiben. Sie hat vom ersten bis zum letzten Tage der Generaldebatte immer wieder dasselbe Sprüchlein wiederholt und erklärt, an der Einkommensteuer festhalten zu müssen, so lange ihr kein „annehmbare“ Ersatz in Vorschlag gebracht würde. Alle Vorschläge, die gemacht wurden, hat sie dann jedesmal als „unannehmbar“ abgelehnt. Da der neue Finanzminister kürzlich schwer krank ist, so verteidigte der Staatsrat v. Krug die Position der Regierung; offensichtlich nur mit hellem Herzen, da er, wie es scheint, auch der Staatsminister Rothe der Einkommensteuer nicht sympathisch gegenübersteht. Letzterer soll sogar die Rabinetsfrage gestellt haben, für den Fall, daß es wegen der Einkommensteuer zu dem aus dem Hause angebotenen Konflikt komme. Für die socialdemokratische Fraktion sprachen am ersten Tage Abgeordneter Ulrich, der unseren principiellen Standpunkt darlegte, und am letzten Tage Abg. David, der das Facit der Verhandlungen zog und die gegen unseren Standpunkt gerichteten Angriffe abfertigte. Beide Redner sprachen sehr eindrucksvoll und ihre Ausführungen dürften viel zu dem Endergebnis beigetragen haben. Dieses lautete: Ablehnung der Einkommensteuer mit 25 gegen 2 Stimmen (eine Anzahl Freunde des Projekts hatten gegärtet und der Niederlage gewiß den Sitzungssaal ostentativ verlassen) und Vertagung der Weiterberatung, bis die Regierung sich über einen Ersatzvorschlag schlüssig gemacht habe. — Es werden nun zunächst die Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Beratung genommen.

Aus Helsen, 3. Mai. (Fig. Ber.) Eine Standalgeschichte, die ein höchst bedenkliches Licht auf unser höheres Schulwesen wirft, hat der socialdemokratische Fraktion Anlaß zu einer Interpellation gegeben. Der Sohn eines Gymnasialdirectors und jetzigen Oberschulrats in der Regierung hat Jahre hindurch Nachhilfeunterricht von einem Lehrer erhalten, der zugleich sein Klassenführer war, resp. von Jahr zu Jahr mit dem Oberschulrats-Söhnen bis zur Oberprima aufträte. Dieser an sich schon gegen eine Ministerialverordnung verstoßende Privatunterricht an einen Schüler der eigenen Klasse war zudem so eingerichtet, daß der Schüler die in der Schule zu schreibenden Exercitien vorher so gut beigebracht bekam, daß er ein Lufratides Geld-

geschäft betrieb, indem er die ihm gemachten Mitteilungen an seine Kameraden verkaufte. Der Standal ist nun endlich an die Öffentlichkeit gekommen und dadurch noch erhöht worden, daß die Regierung den betreffenden Lehrer nicht einmal zu mahnen den Mut gehabt hat, da dieser sich auf die Billigung des betreffenden Vaters und Oberschulrats berief. Dieser Vorgang soll der verdienten Geißelung vor dem Lande nicht entgehen.

Zum Konflikt auf Samoa. Aus Washington wird drastisch gemeldet, daß in der dortigen deutschen Botschaft amlich erklärt wird, an den deutschen Generalconsul Rose sei die bestimmte Weisung gegeben worden, sich mit dem amerikanischen und dem englischen Consul über die Proklamation betreffend die Einstellung der Feindseligkeiten bis zum Eintreffen der Kommission auf Samoa zu verständigen.

Ausland.

Das Rundschreiben des finnischen Generalgouverneurs.

In Petersburg ist man durch das besonnene, aber einmütig ablehnende Verhalten der finnischen Bevölkerung und durch die reger Teilnahme der ausländischen Presse nicht wenig in Verlegenheit geraten. Man sucht nun das Völkchen wieder in seine frühere vertrauensvolle Sicherheit einzuschließen und die öffentliche Meinung des Auslandes zu beruhigen; aber die ziemlich ungeschickten „offiziösen“ Artikel durch Mr. Stead und den belgischen „Le Nord“ versetzen wieder hier und dort, weshalb man sich gezwungen sah, zu offiziellen Mitteln zu greifen. Ein solches soll das jüngste Rundschreiben des Generalgouverneurs an die Distrikts-gouverneure sein, aus welchem die kaiserliche russische Telegraphenagentur in einer Depesche an die Blätter des Auslandes eifrig Kapital zu schlagen suchte.

Se. Excellenz erklärt in diesem Circularschreiben — das, wohl-gemerkt, nicht an die „irreguläre Bevölkerung“, sondern an die auf Seite des Volkes stehenden Gouverneure gerichtet ist — daß die allgemeine Auffassung des Manifestes vom 15. Februar eine falsche sei. Finnlands Grundgesetze würden durch dasselbe nicht aufgehoben (natürlich nicht, nur bei Seite geschoben!). Gesetze, welche Finnland allein betreffen, würden auch weiterhin von den bisherigen einheimischen Gakoren beraten und in Kraft gesetzt werden; schließlich wird sogar behauptet, daß die Interessen Finnlands nach der neuen Methode sogar noch viel besser gewahrt würden als bisher!

Dieses Brachttitel von russisch-orthodoxem Jesuitismus bedarf einer Beleuchtung; seine Behauptungen widerlegen sich eigentlich von selbst, wenn man die Dokumente, welche es einschuldigen soll, nämlich das Manifest und die kaiserliche Verordnung vom 15. Februar, studiert. Gewiß, selbst nach dem Manifeste ist es keineswegs unmöglich, daß man die in irgend einer Kleinigkeit die Grundgesetze des Landes wieder einmal gnadenweise zur Anwendung kommen läßt, aber diese Fälle hängen nunmehr vom Gutdünken des russischen Staatskonseils ab.

Ferner betont das Circular ausdrücklich: „daß das Manifest samt der Verordnung vom 15. Februar keineswegs die Aufhebung der Privilegien und der kirchlichen Verfassung beabsichtigt.“ Das ist deutlich: Man will den Adel, die Privilegien und überhaupt die privilegierten Klassen gewinnen, indem man ihnen den Fortbestand ihrer Privilegien verspricht, während man andererseits die Masse des Volkes durch Vorpiegelung der Aufhebung jener Privilegien, Grundbesitzaufteilung u. dergl., zum Verrot an sich selbst verleiten will.

Se. Excellenz der Generalgouverneur bemüht sich ferner, den alten Nationalhaß zwischen der finnischen und schwedischen Bevölkerung wieder aufkommen zu machen. Doch auch dies hat nicht den geringsten Erfolg. Seit mehr als einer Woche erzählt ein hartnäckiges Gerücht, daß eine neue Verordnung zu erwarten sei, welche nur finnisch und russisch als offizielle Amtssprachen im ganzen Lande einführt, während schwedisch vom Gebrauch in den Kammern ganz ausgeschlossen werden soll. Abgesehen davon, daß eine derartige Verordnung infolge der Unmöglichkeit ihrer Durchführung ganz verrückt wäre, so hat man sich damit auch an der früheren sogenannten jung-finnischen Partei, die man damit gewinnen wollte, verfehlt. Gerade ihr Organ, das „Päivälehti“, das jahrelang für die Gleichberechtigung der finnischen mit der schwedischen Sprache gekämpft hat, enthält in seiner Nummer vom 25. April einen Leitartikel, worin in energischer Weise ein solcher Liebesdienst von der Hand gewiesen wird und die schwedische Sprache als einheimisches Idiom in Schutz genommen wird. Wie sich doch die Verhältnisse geändert haben!

Aber nicht nur rechts und links, auf jennomanischer und schwedomanischer Seite, wie die beiden Parteien hier bezeichnet werden, reicht man sich die Hände gegen den gemeinsamen östlichen Feind, sondern auch von oben und unten. Die bestehenden Klassen haben eine großartige Aktion zur weiteren Hebung und Verbreitung der allgemeinen Volksbildung selbst in den abgelegenen Teilen des Landes eingeleitet, sowie die Regelung wichtiger Fragen, wie z. B. der Lage der kleinen Grundpächter, beschleunigt; andererseits hat z. B. das gesamte Arbeiterpersonal der unterdrückten Zeitungen sowie der Verband der Typographen im ganzen Lande überhaupt die vom Generalgouverneur angebotene Unterstützung aus Staatsmitteln rundweg von der Hand gewiesen.

Wie man sieht, wird Herrn Bobrifoff die Ausführung seiner Mission nicht so leicht, wie er sich sie noch in Moskau vorgestellt haben soll. Er fährt nichtsdestoweniger mit seinen Gewaltthatigkeiten fort. Zuletzt verbot er dem „Häborgsbladet“ in Häborg das Erscheinen auf drei Monate. Er verfolgt die Methode, einzuweisen nur Blätter schwedischer Zunge zu unterdrücken, läßt nur, daß diesen Blättern die wärmste Teilnahme gerade von ihren Kollegen finnischer Zunge zu teil wird, die sich übrigens nicht ein Jota anders verhalten oder ausdrücken.

Auf alle übrigen Blätter regnet es Konfiskationen in Masse, und von den ausländischen Zeitungen wurden laut Bericht der finnischen Postverwaltung bisher nicht weniger als 488 verschiedene Nummern konfiskiert; die Artikel des Mr. Stead und des „Le Nord“ sind darin natürlich nicht enthalten. Von der Menge Briefe, welche in Petersburg aufgefunden wird, gar nicht zu sprechen, da sich dies einer genauen Kontrolle entzieht.

Die finnische Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Obwohl die finnische Bourgeoisie jetzt den Rosalensfiesel zu fühlen bekommt, verfährt sie selbst nicht besser gegen die Arbeiterklasse, wie ein Vorkall in Helsingfors beweist. Der schwedische „Socialdemokrat“ teilt darüber mit: Das dortige socialdemokratische Blatt hatte oft Verichte über die brutale Art gebracht, mit der man die junge Arbeiterbewegung belächelt. Das hat dessen Redacteur Kurrika bei der bürgerlichen Klasse so verhaßt gemacht, daß man ihn im „Kinsla Theater“ detartig hinarbeitete, daß er das Haus verlassen mußte. Als er den Standal in seinem Blatte mitteilen wollte, suchte ihm die finnische Censur fast alles. Am nächsten Sonntag protestierten die Arbeiter in einer Versammlung dagegen, ein Demonstrationszug zog zur Redaktion der „Työmie“ und brachte dem Redacteur Kurrika Duldungen dar. Diese Demonstration empörte die finnische Bourgeoisie und man entzog der Zeitungsdruckerei die elektrische Triebkraft; doch 200 Arbeiter stellten sich freiwillig zur Verfügung, die Maschinen mit der Hand zu treiben. Aber schon am nächsten Tage kam ein neuer Schlag: Der Papierfabrikant erklärte, er könne nicht länger das Papier liefern. „Es sei denn, daß Redacteur Kurrika zurücktrete.“ Redacteur Kurrika ist darauf zurückgetreten, weil er fürchtet, daß sein Verweilen bei dem Blatte demselben ein Verbot der Censurbehörde zuziehen könnte.

Schwiz.

Basel, 4. Mai. (Fig. Ber.) Bei den Erneuerungswahlen der Regierung- und Großen Rats wurden die sieben Regierungsbede wiedergewählt und von den 130 Großräten 108 gewählt, während 27 in die Stichwahl kommen. Socialdemokraten wurden

Reben gewählt, 1898 im ersten Wahlgang vier; unter den Gewählten ist auch Genosse Bultschleger. Bei den Stichwahlen haben weitere fünf Genossen gute Aussicht.

Frankreich.

Die Enthaltungen aus den Drehfus-Akten hat der „Figaro“ einseitig eingeleitet. Das Blatt macht aber bekannt, daß die Veröffentlichungen damit noch lange nicht beendet seien; gegenwärtig könnten einige Aktensätze nicht zum Abdruck gebracht werden. Das Blatt stellt weitere Uebersetzungen in Aussicht.

Carnelin, der Chefredacteur des „Figaro“, rechtfertigt in einem glänzenden Artikel die Veröffentlichungen der Enquete der Strafkammer. Diese seien notwendig gewesen im Interesse der Gerechtigkeit, Wahrheit und des öffentlichen Wohls. Dann fährt er nach der „Frankf. Ztg.“ fort:

Man hat glauben können, daß das gegenwärtige Ministerium den geheimen Wunsch hegt, mit aller Macht auf den Kassationshof zu drücken, um ihm einen schnellen Spruch gegen die Revision zu entreißen. Das war keine Verleumdung, kein vorläufiges Urteil. Ist nicht den Kammern das Revisionsgeheiß aufgezwungen worden, aus Furcht, die Strafkammer sei für die Revision, und in der Hoffnung, der Vereinigte Kassationshof werde gegen die Revision sein? Ferner: Hat denn diese Regierung — gleich den übrigen Regierungen, mit Ausnahme des Kabinetts Drillon — von selbst irgend einen Schritt gethan auf der Straße, die zu Licht und Wahrheit führt? Sie hat sich vielmehr zum Mitschuldigen aller Verheimlichungen und Fälschungen, zum Beschützer aller Lügen und Verleumdungen gemacht. Nur unter den Verheimlichungen der öffentlichen Meinung, die gegen den Willen der Regierung aufgestellt wurde, hat sie sich zuweilen zum Marschieren entschlossen.

Dank unserer Veröffentlichung, deren wir uns rühmen, ist diese wahrheitswidrige, hinterlistige Politik unmöglich geworden. Wir haben dem Publikum gesagt: Da die Regierung nicht will, daß geurteilt wird, so urteile Du selbst! Dazu braucht es nur gewissen Menschenverstand und Ehrlichkeit. Und das Publikum hat geurteilt. Es hat sein Werk vollbracht, dessen Widerhall in die erhabene Stätte der Justiz bringen wird, wenn dies nicht schon geschehen ist.

Wie hat nun aber das Publikum geurteilt? Es hat geurteilt, daß, wenn die Unschuld des Drehfus nicht erwiesen ist, seine Schuld es noch viel weniger ist. Die Unschuld läßt sich überhaupt nicht beweisen. Man denke sich, es wird die Leiche einer Frau in einem Koffer gefunden, der auf dem Wasser schwimmt. Denke Dir, daß es einem, vielleicht dem Mörder selbst, einfällt, Dich des Mordes anzuklagen, und daß die Justiz von Dir verlangt, Du sollst beweisen, daß Du unschuldig bist. Wie wirst Du das anstellen? Man wird Zeugen finden, die Dich mit einem Koffer gesehen haben. Andere haben Dich mit einer Frau gesehen. Wieder andere wollen Dich mit einem Koffer und einer Frau zugleich gesehen haben. Dann kommen Leute, die Dich am Ufer des Wassers gesehen haben. Endlich sieht man Deinen Koffer mit Fälschungen; man zeigt ein Telegramm, in dem das Wort „Koffer“ durch „Koffer“ und das Wort „Glückwunsch“ durch „Frau“ ersetzt ist. Jetzt, armer Kerl, ist Dein Schicksal besiegelt. Man rede also nichts von Unschulds-Beweisen; die richtige Justiz besteht darin, die Schuld zu beweisen.

Cornely führt dann aus, daß auch die Schuld Drehfus' nicht bewiesen sei; man habe die unglücklichen Anstrengungen gemacht und die ungeheuerlichsten Mittel aufgewendet, aber es sei nicht ein einziger Beweis für seine Schuld herausgekommen. Bewiesen sei nur, daß man gegen den Beurteilten kammalische Wahregeln angewandt, daß man die Revision zu ersticken suchte, daß man die Justiz vergewaltigte, die Fälscher verherlichte und Frankreichs edle Vergangenheit beschimpfte habe.

Zwei Anträge auf Revision der Verfassung, die in der Deputiertenkammer eingebracht wurden, werden auf Wunsch des Ministerpräsidenten Dupuy einer Kommission überwiesen. Bei Erörterung eines Antrages Bailand und Genossen über Arbeiterkoalitionen bemerkt Reynard, die Vorlage sei aus einem langen Kampfe der städtischen Verwaltung gegen die öffentliche Gewalt hervorgegangen und einzelne Pariser Korporationen ständen derselben wohlwollend gegenüber. Er glaube nicht an die Möglichkeit einer gleichmäßigen Gestaltung der Löhne. Antide Boyer bringt einen Antrag ein betreffend die Schaffung von Freihäfen nach dem Vorbilde von Bremen, Hamburg und Kopenhagen.

Türkei.

Waffenverteilungen in Epirus. Der „Intern. Korresp.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Die in Janina ansässigen Konsuln haben den hiesigen Vorkasern gemeldet, daß seit mehreren Wochen im nördlichen Epirus seitens der türkischen Behörden an die muslimanische Bevölkerung Waffen und Patronen verteilt werden. Unter der christlichen Bevölkerung des Landes herrscht daher große Besorgnis.

Rußland.

Zur Friedenskonferenz. Die unter dem Namen einer unannehmlichen Censur stehende russische Presse hat, trotzdem das Thema der Friedenskonferenz fortwährend ihre Spalten füllt, zu der Wahl der deutschen Friedensapostel Stengel und Born — bis auf einen, und nun vorliegenden Leitartikel der orthodoxen Moslauer „Wiedomost“ — kein Wort verlauten lassen. Der Artikel, welcher sich „Deutschland und die Konferenz im Haag“ betitelt, sucht die Wahl, die er als „wenig glücklich“ bezeichnet, vor dem russischen Publikum in sehr drolliger Art zu — rechtfertigen. Diese Wahl, meint das Blatt, beweise keineswegs, daß die deutsche Regierung sich dem Vorschlage des Jaren gegenüber nicht teilnahmlos bezeugt, sondern leblich, daß sie die Möglichkeit einer Verwirklichung seiner Ideen wenig Glauben schenke. Deutschland fürchte vor allem eine Beschränkung seiner Sonderrechte und es sei demgegenüber zu betonen, daß die Konferenz „nur den Zweck einer Humanisation der Kriegsführung“ habe. Die Konferenz müsse auch eine ernste Kritik vertragen können, und da werde die Wahl der beiden Professoren ihr sogar zum Vorteil gereichen. Es liege doch auch gerade im Interesse Deutschlands, da seine Handelsflotte drei Ozeane durchkreuzt, auf eine Reform des Seeraubrechtes im Kriegsfall, dieses Ueberbleibsel einer finsternen Zeit, zu bringen, und es wäre kein Grund zu zweifeln, daß selbst solch kriegerische Herren, wie die beiden Kirchenrichter, sich dieser Anschauung nicht verschließen werden.

Socialistenverfolgung.

Dieser Tage ist in Warschau der Redacteur, der Verleger und in Petersburg der Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ verhaftet worden. Ueber die Gründe dieser Verhaftung wird der Wiener „Freien Presse“ aus Warschau berichtet: Die verschärfte polizeiliche Ueberwachung der socialdemokratischen Bewegung unter den russischen Arbeiter ergab, daß die polnische socialdemokratische Partei mit den russischen und polnischen Emigranten in London und mit dem dort erscheinenden russischen socialdemokratischen Blatt „Nabotnik“ im Zusammenhange steht. Der Verdacht der Vermittlung dieser Verbindung richtete sich auf den Kurjer Warszawski, dessen Redacteur Rowodowski jüngst wegen Verweigerung der Annahme von Spenden für russische Kollaboranten zu einer Geldstrafe von 1000 Rubel verurteilt wurde.

Bei der Durchsuchung der Wohnung Rowodowskis soll sich herausgestellt haben, daß Rowodowski eine Denkschrift des Generalgouverneurs Jmeretinskij an den Jaren über die socialistische Bewegung in Polen an den Nabotnik zur Publikation übermittelte. Ferner habe sich ergeben, daß auch der Herausgeber Wewenthal und der Petersburger Korrespondent Olszewski mit den polnischen Socialisten in engem Verkehr standen.

Das sind in der That schlimme Verbrechen gegen die Gewalt-politik, die entsprechend geahndet werden muß.

Der Vergarbeiter-Streik in Belgien.

Brüssel, 3. Mai.

Während der Ausfall im Vorinage und im Centrum sich um 1-2 Tausend Mann vermindert und im Süden von Charleroi stationär bleibt, breitet er sich im Lütticher Becken immer mehr aus. Die kapitalistischen Blätter schreiben von Attentaten gegen die „Arbeitswilligen“. Es scheint, daß in Maircelles Revolverse in die Fenster eines Streikbrechers abgefeuert wurden. Und sie vergessen die Geschichte des Streiks von 1886, als die offizielle Dynamitkompanie prächtig wirkte und daß die Urheber solcher Attentate immer unbekannt bleiben. Die Gendarmen fahen fort, die Verteiler von Streikkräften ungescheit zu behandeln und die Blätter zu konfiszieren. Freunde der Kohlenbarone gehen, begleitet von Vernehmlichern, selbst nach den Anzeigern und traktieren dort die Vergleiche mit Alkohol, um sie zur Arbeit zu bewegen.

In Charleroi sind 2700 Metallarbeiter wegen Mangel an Kohlen zum Streik gezwungen. — In Verviers haben Arbeitergeber von verschiedenen Fabriken den Arbeitern angekündigt, daß, falls die von den Unternehmern bestellten deutschen Steinkohlen nicht ankommen, sie auch genötigt sind, die Arbeit einzustellen.

Die Glasarbeiter von Lodelinsart verlangen 5 Prozent Lohnerhöhung und haben, falls ihnen diese nicht bewilligt wird, den Ausfall angekündigt. Dienstag und Mittwoch fand die Interpellation von Jurnemont statt über den allgemeinen Vergarbeiterstreik. Die Besprechung wird Donnerstag fortgesetzt. Alle Vertreter der Minenarbeiter haben das Wort genommen. Ueber das Resultat der Debatten werde ich noch berichten. Auch der Generalrat der Arbeit verhandelte wieder über den Ausfall, ohne daß es bisher zu einem greifbaren Resultat gekommen wäre.

Ueber die „eigentlichen Ursachen“ des Streiks wird der „Soc. Progr.“ aus Belgien geschrieben: Diese sind weit weniger ökonomischer und weit mehr sozialer Natur, als es nach den Mitteilungen der Tageszeitungen den Anschein hat. Die belgischen Kohlenbergwerke befinden sich mit ganz verschwindenden Ausnahmen in dem Besitz von Aktiengesellschaften. Die Direktoren der Betriebe unterhalten fast durchweg nicht die geringsten Beziehungen zu den Arbeitern, und sie stehen in ihrer großen Mehrzahl auf dem veralteten Standpunkte des Feudalindustriellen. Den einzelnen Arbeiter, der sich an sie wendet, würden sie gnädig anhören; von einer Gesamtheit der Arbeiter wollen sie nichts wissen, und alle Organisationsbestrebungen haben sie stets mit Entschiedenheit und Mißtrautlosigkeit bekämpft. Aus diesem Grunde liegen auch fast alle Direktoren die zu wiederholten Malen in den letzten zwei Jahren an sie gerichteten Schreiben der regionalen Arbeiterdelegation unbeantwortet, und ebenso weigerten sie sich vielfach, die Abgeordneten der Arbeiterschaft zu empfangen. Andererseits ist es nicht zu leugnen, daß die überwiegende Mehrzahl der unterirdischen Arbeiter im Laufe des letzten Jahres Lohnaufbesserungen erhalten hat. Ob diese Zulagen einigermassen der starken Preissteigerung der Kohle entsprechen, läßt sich überaus schwer nachrechnen, da zu viele verschiedene und nicht immer in Zahlen ausgedrückte Faktoren hierbei mitspielen. Die offizielle Lohnstatistik für 1898 liegt noch nicht vor, wir geben also die Ziffern für 1897. Im ganzen wurden in diesem Jahre 128 258 500 Franken für Löhne bezahlt, was bei 120 382 Arbeitern einem Durchschnittslohn von 1023 Franken jährlich entspräche. Da aber gewisse Abzüge einzurechnen sind, so verbleibt nur ein Netto-Einkommen von 1006 Franken. Die Unterschiede für die verschiedenen Becken sind ziemlich beträchtliche, einem Netto-Einkommen von 1033 Fr. in Charleroi und 1072 Franken in Lüttich steht ein Netto-Einkommen von nur 874 Fr. im Vorinage, wo die Produktionsbedingungen weit ungünstiger sind, gegenüber. Im Centrum werden 908 Fr. bezahlt; hier wirkt nach der Aussage der Arbeiter, mit denen ich sprach, das Vergewalt von Mariemont, wo es ein ständiges Einigungsamt gibt und dessen Direktor, der Senator Guinotte, Anhänger einer gleitenden Lohnskala ist, günstig auf die Löhne ein. Uebrigens sind augenblicklich trotz des Vorhandenseins des Einigungsamtes auch hier die Arbeiter im Streik.

Am Donnerstag kam der Streik in der Brüsseler Deputiertenkammer zur Besprechung.

Dektor Denis, Jurnemont und andere sozialistische Redner verlangten, daß die Regierung von den Befugnissen, die ihr das Gesetz von 1887 über die Conseils du travail zuspricht, Gebrauch mache, die Sektionen für die Minen des Konzeils zum Sonntag berufe und überall Vertreter der Regierung mit dem Antrag, auf Versöhnung hinzuwirken, den Versammlungen beizuwohnen lasse. Arbeitsminister Cooreman nimmt diesen bestimmten Forderungen gegenüber eine schwächliche Haltung ein. Er wolle die Sektion berufen, wenn die Arbeitervertreter den Zahlen der Unternehmer ihrerseits Zahlen gegenüberstellen wollen, kein gebundenes Mandat mitbringen und ihrerseits die Zusammenberufung beantragen. Die Vertreter der Regierung sollen den Verhandlungen beizuwohnen, aber nur, um zur Verständigung über Statistiken mitzuwirken. Durch die schroffe Haltung der Rechte gezwungen, bringt schließlich Jurnemont ein Adelsvotum gegen den Minister ein. Die Kammer lehnte jedoch das Adelsvotum für den Arbeitsminister mit großer Mehrheit ab und beschloß, zur Tagesordnung überzugehen.

Vom Freitag liegen über den Vergarbeiter-Ausfall folgende Meldungen vor:

Lüttich, 5. Mai. Der Ausfall im Lütticher Kohlenbecken dehnt sich weiter aus: gegenwärtig streiken 14 000 Mann. Die Gendarmerie ist gegen Versuche, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, eingeschritten.

Mons, 5. Mai. Im Vorinage ist die Zahl der Streikenden, trotz teilweiser Aufnahme der Arbeit, noch 12 500. Es sollen dort Angriffe auf Nichtstreikende sowie auf deren Wohnungen vorgekommen sein.

Partei-Nachrichten.

Die Bernstein-Debatte geht in der Parteipresse lebhaft weiter. Vereinzelte Stimmen treten für Bernstein ein, die Mehrzahl erklärt sich jedoch, wie schon aus den bisher gegebenen Übersichten hervorging, gegen ihn.

Ein Genosse H. R. veröffentlicht im „Braunschweiger Volksfreund“ einige Artikel, worin er sich in der Hauptsache mit Bernstein einverstanden erklärt sowohl in theoretischer, wie tatsächlicher Hinsicht. Er nennt es ein Vergnügen, das Buch zu lesen und hat nur einige Einwendungen gegen Bernsteins Kritik der Mehrwertstheorie.

In der „Rheinischen Zeitung“ erörtert ein Arbeiter i. m., nachdem er erklärt, daß er in den theoretischen Fragen Kantisch gegen Bernstein recht habe, die von Bernstein berührten praktischen Fragen in einzelnen und stellt sich dabei, besonders in der Frage der Genossenschaften, auf Bernsteins Standpunkt.

Auch im „Volksblatt“ für Harburg billigt ein Genosse H. K., was Bernstein über die Krisen-, die Verelendungs- und die Zusammenbruchstheorie sagt.

In der „Elberfelder Freien Presse“ tritt Genosse Dr. Wolfmann für Bernstein ein. Er billigt namentlich, was Bernstein über die Zusammenbruchstheorie sagt, ist auch mit seiner Auffassung des Genossenschaftswesens einverstanden, glaubt aber nicht, daß der Klassenkampf im Laufe der Zeit humanere Formen annehmen werde und hält es auch in Deutschland für bedenklich, mit der bürgerlichen Demokratie zusammenzugehen.

In demselben Blatt nimmt dagegen ein Arbeiter C. C. das Wort, um sich entschieden gegen die von Bernstein empfohlene Taktik zu wenden.

Mit großer Entschiedenheit wendet sich gegen Bernstein ein Genosse J. in mehreren Artikeln im „Volksblatt für Halle“. Die „Halberstädter Arbeiterzeitung“ beginnt eine

Artikelreihe, worin sie gleich zu Anfang ihre Stellung folgendermaßen kennzeichnet:

Wenn wir in den folgenden Artikeln den grundlegenden Bernstein'schen Anschauungen entgegenstehen, so bemerken wir doch im Voraus, daß man aus dem Buche vieles lernen kann. Ein so bedeutender Schriftsteller wie Eduard Bernstein liest sich immer interessant, und wenn man ihm auch in der Hauptsache nicht folgen kann, so weiß er doch eine Fülle von Anregungen und in wichtigen Einzelfragen reiche Belehrung zu bieten. Deshalb empfehlen wir zunächst allen nach Weiterbildung strebenden Genossen diese Schrift auf das wärmste.

Zu den Blättern, die gegen Bernsteins Stellung nehmen, gesellen sich auch die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“.

Versammlungen nahmen Stellung in Leipzig-Ost der Sozialdemokratische Verein, in Forst i. L. der Soc. Wahlverein und in Stuttgart eine Parteiversammlung. In allen drei Versammlungen nahm man gegen Bernsteins Stellung. In Stuttgart wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute in Stuttgart tagende Parteiversammlung ist der Ansicht, daß Bernstein sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Sozialdemokratie steht, entfernt hat. Sie weist seine Kritik unserer Grundzüge und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Sozialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfespartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik.

Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in Hannover, daß er die Stellung der Partei zu den von Bernstein angestellten Fragen klar präzisiert.

Im sozialdemokratischen Wahlverein in Hannover diskutierte man nach einem Vortrage des Genossen Meister, der sich gegen Bernsteins Auffassung, sehr lebhaft das Für und Wider, ohne bis zu Ende zu kommen. Im Arbeiter-Wahlverein für Königsberg sprach sich Genosse Haase sehr entschieden gegen Bernstein aus.

Im sozialdemokratischen Verein in Kiel nahm man nach einem Vortrage des Genossen Ströbel und einer lebhaften, zwei Abende füllenden Diskussion eine Resolution an, deren Schlußsatz lautet:

Die Versammlung erkennt schärflich in der Bernstein'schen Publikation den literarischen Durchbruch einer nichtproletarischen Unterströmung in der Partei, gegen die gerade wegen der Bedeutung ihres Trägers um so energischer Front gemacht werden muß.

Internationale Solidarität. Auch in Johannesburg (Südafrikanische Republik) haben Klassenbewußte Proletarier der Opfer des Dresdener Justizbaurteils gedacht und ihrer Sympathie mit ihnen durch eine Geldsammlung Ausdruck gegeben. Bei der Buchhandlung des Vorwärts gingen heute 108,12 M. ein für die Familien der Verurteilten, die von Arbeitern Johannesburgs bei einer Zusammenkunft gesammelt worden sind. Ein Beweis dafür, wie dieses Urteil die Empörung der Proletarier der ganzen Welt wachgerufen hat.

Totenliste der Partei. Eines der ältesten Mitglieder unserer Partei und unserer Stadtverordneten-Fraktion in Mannheim, der Goldarbeiter Christian Deutscher, ist am Mittwoch daselbst nach längerem Leiden gestorben. Fünfzehn Jahre gehörte er in strenger Pflichterfüllung den Reihen der Arbeitervertreter im Rathaus an. Während des Sozialistengesetzes war er unermüdet für die Partei tätig. Sein Andenken wird unter den Genossen immer geehrt werden.

Auch in Burkhardttsdorf bei Chemnitz hat der Tod eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen gerissen. Der Parteigenosse Görner wurde am 29. April auf dem Wege von der Arbeit vom Herzschlag betroffen. Görner war seit über 30 Jahren ununterbrochen für die Arbeiterklasse tätig. Im Jahre 1868 trat er dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei. Als ein begeisterter Anhänger Ferdinand Lassalles wirkte er unermüdet in Versammlungen und im Bekanntheitskreis für dessen Ideen. In dem Streite zwischen den Lassalleanern und Eisenachern hat er stets eine vermittelnde Stellung eingenommen, und als auf dem Kongress zu Gotha die Vereinigung stattfand, erfüllte ihn das mit großer Befriedigung. Görner hat stets in armen Verhältnissen gelebt und mit mancherlei Sorgen zu kämpfen gehabt, dies hinderte ihn aber nicht, zu allen Zeiten, auch während der Dauer des Sozialistengesetzes, in volstem Maße seine Pflicht und Schuldigkeit zu thun.

Die Matfeier in Stockholm ist, wie uns berichtet wird, auch in diesem Jahre großartig verlaufen. Trotz sehr ungünstiger Witterung markierten 130 Vereine mit 50 Fahnen und 30 Musikchören in dem Festzuge. Auf dem Erzerberg waren sechs Rednertribünen errichtet, von denen Ansprachen gehalten wurden. Die Demonstration galt hauptsächlich dem Achtundzente und dem allgemeinen Stimmrecht.

Matfeier in Russisch-Polen. In Dabrowa (Russisch-Polen) hat am 1. Mai eine große Arbeiterdemonstration stattgefunden. Ueber tausend Arbeiter veranstalteten einen festlichen Umzug und trugen Plakate mit den Aufschriften: „Es lebe der Arbeiterstand!“ „Es lebe ein unabhängiges Polen!“ „Es lebe die unabhängige polnische Republik!“ Die Gendarmerie, die unvorbereitet und überfordert war, ist nicht eingegriffen.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Ein Nachspiel zur Matfeier? Wie der „Münchener Post“ berichtet wird, beabsichtigt die Münchener Polizeidirektion gegen die Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, auf Grund des Art. 155 des Polizeistrafgesetzbuches Strafmandate zu erlassen. Das seltsame Vorgehen der Polizeibehörde soll auf Anregung des Münchener Schärfmachervereins erfolgen und dürfte mit der jüngsten Kammerdebatte über den blauen Montag in Zusammenhang stehen. Da in München 9000 bis 10 000 Arbeiter am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, darf man gespannt darauf sein, ob es der Polizei gelingt, alle Sünder zu ermitteln. Das wird wenigstens einmal eine Hauptstaatsaktion.

Eine rätselhafte Statistik hat nach Münchener Blättern die dortige Polizeiverwaltung aus Anlaß der diesjährigen Matfeier veranstaltet. Die Polizeiverwaltung hielt nämlich bei den Fabrik-Unternehmern eine Umfrage, ob und wieviel von den im Betriebe beschäftigten Arbeitern die Arbeit am 1. Mai haben ruhen lassen. Wir können wirklich nicht verstehen, was diese ganz private Angelegenheit die Polizei interessiert?

Aus der Frauenbewegung.

Berliner Lehrerinnen gegen die junkerlichen Verdummungspläne. In einer Versammlung von Volksschullehrerinnen Berlin und Umgebung am 3. Mai hielt die Lehrerin Fräulein Lischnewska einen Vortrag über das Thema: Die Angriffe auf die Volksschule im preussischen Landtage. Die Rednerin führte aus, daß die Verlängerung der Schulpflicht, die man fordere, um der Leutenot auf dem Lande abzuhelfen, durchaus unzulänglich sei, da unsere wirtschaftliche Entwicklung intelligente Arbeitskräfte verlange. Es sei deshalb vielmehr eine Verlängerung der Schulpflicht zu fordern durch Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulen für beide Geschlechter. Fräulein Lischnewska schloß dann die Art und Weise des Unterrichts in den Fortbildungsschulen, indem der Nachdruck auf Deutsch, Geschichte, Gesetzkunde und Gesundheitslehre zu legen sei. Die Fortbildungsschule für Mädchen auf dem Lande habe sich noch im besondern zu beschäftigen mit der Gesundheitslehre für das Hauswesen, ebenso kann die Lehrerin zeigen, welche Gefahren das Stadtleben enthält. Zuletzt verwahrte Fräulein Lischnewska die Volksschulen energisch vor dem Vorwurf der Unchristlichkeit. In einer sehr angeregten Diskussion wurden dann die von Fräulein Lischnewska aufgestellten Vorschläge in der folgenden Fassung angenommen: 1. Der Vorschlag auf Abkürzung der Schulpflicht zum Zwecke wirtschaftlicher Hebung des Volkes widerspricht allen Traditionen des preussischen Staates. 2. Die Abkürzung der gesetzlichen Schulpflicht würde einen schweren Schaden für Erziehung und Unterricht bedeuten. Die letzten Schulpflicht sind die wertvollsten. 3. Die obligatorische Fortbildungsschule für beide Geschlechter er-

scheint als wichtiges Mittel zur Einschränkung der Landflucht. 4. Der Vorwurf, daß die Volksschule das wirkliche Leben, sowie die heimtliche Umgebung des Kindes noch nicht genug in den Bereich des Unterrichts zieht, ist berechtigt; der Lehrerstand hat aber Reformbestrebungen nach dieser Seite hin kräftig gefördert. 5. Die preussische Volksschule ist in Stadt und Land mit dem Geiste des Christentums erfüllt. 6. Wenn im Volke christliche Gesinnung oft und viel vernichtet wird, so trifft den Lehrerstand keine Schuld. 7. Die völlig veränderten sozialen Verhältnisse erfordern einen vermehrten geistlichen Schatz der sittlich gefährdeten Kinder und geistliche Einrichtungen zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Daß die Referentin oder die Versammlung etwa sozialdemokratisch gesinnt wären, wird gewiß niemand zu behaupten wagen. Ihr Auftreten gegen die Junkerpläne mit diesen Einwänden zu verdammen, geht also nicht an.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Sattler, Tüchler und Treibriemenarbeiter! Am Montag, den 8. Mai, findet abends 8 1/2 Uhr bei Brodnow, Sebastianstraße, die Versammlung statt zur Wahl des Stellenausschusses der Zwangsammung. Die Kollegen werden ersucht, sich mit einer Legitimation (Krankentassenbuch, Invalidenkarte etc.) zu versehen, womit die Zugehörigkeit zum Sattlergewerbe bewiesen wird. Wir bitten die gedruckten Stimmzettel der organisierten Kollegen zu benutzen, die jedem beim Eintritt in die Versammlung überreicht werden. Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Former in Torgelow. Bei der Firma P. & S. (Wilhelmshöhe) ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma hatte vor etwa 14 Tagen die Former mit Lohnabzügen begläht, worauf die Former, 17 Mann, die Kündigung einreichten. Die Streikenden verlangen nun, neben Zurücknahme der Lohnabzüge, die Kündigungsfrist befristet, Einsetzung eines Arbeiterausschusses und Begleichung des Ausschusses, wenn den Former keine Schuld trifft. Die Firma war geneigt zu bewilligen, wollte aber die Zurücknahme der Kündigung nicht von allen Arbeitern annehmen, sondern die Kommission, welche verhandelt hatte, ausschließen. Diese Maßregelung lehnten die Arbeiter ab und traten in den Ausfall.

700 Former in Lauchhammer befinden sich in Lohnkämpfen. Auf den drei Werken in Lauchhammer, Görditz und Nielsa sind gegenwärtig mehr als 3000 Arbeiter beschäftigt, von welchen 1200 organisiert sind. Dieser Fortschritt der Organisation hat den starken Unwillen der Unternehmer erregt und so wurden dieser Tage die leitenden Personen der Gewerkschaft auf dem Görditzer Werk plötzlich entlassen. Kaum war diese Maßregelung unter den Arbeitern bekannt, so legten 700 Mann die Arbeit nieder und eine Stunde später stand das Werk still. Ein überraschend einmütiges Handeln der Arbeiter, das ihnen zu hoher Ehre gereicht. Von der Direktion wurde sofort die Polizei herbeigerufen und der Antischachmann von Großenhain rückte mit 6 Mann an, allerdings ohne irgend etwas unternehmen zu können. Bei den hierauf eingeleiteten Verhandlungen erklärte sich die Direktion bereit, die Kündigungen zurückzunehmen und auf die übrigen Forderungen der Arbeiter — die seit längerem der Direktion unterbreitet waren — in 14 Tagen präcise Antwort zu geben. Damit gaben sich die Arbeiter zufrieden, erklärten aber, daß bei Ablehnung ihrer Forderungen die Kündigung aufrecht erhalten würde. Es ist somit nur ein Waffenstillstand eingetreten. Die Metallarbeiter werden deshalb gebeten, den Zugzug fernzuhalten.

Zur Weber-Bewegung am Niederrhein schreibt das Fachblatt „Seider“: Die Arbeit in den Arefelder Sammet-Fabriken schreitet, nachdem der Streik sein Ende gefunden hat, rüstig fort, und es hat seither von erneuten Unruhen nichts verlautet. In der Umgebung beginnen indes die Sammetweber jetzt gleichfalls mit erhöhten Lohnforderungen an ihre Fabrikherren heranzutreten. Es zeigt sich hierbei nämlich, von wie günstigem Einflusse die Kündigungen sind, denn diese bietet eine postende Handhabe dafür, die Löhne am ganzen linken Niederrhein auf eine gesunde gleichmäßige Basis zu stellen. Eine solche Entwicklung aber kann für die Sammet-Industrie nur günstige Folgen haben, denn es ist bekannt, daß die Fabriken der Umgebung infolge der niedrigen Lohnsätze für die Arefelder Industrie, welche selbst angemessene Löhne zahlt, eine maßlose, oft unwürdige Konkurrenz bilden. Dem gemeinsamen Vorgehen der Weber ist es schon in einigen Fällen gelungen, die Arefelder Lohnliste, ob nun mit oder ohne Zulage, zur Geltung zu bringen, und es steht außer Zweifel, daß solches zur Gesundung der Industrie wesentlich beiträgt.

Die Aussperrungen wegen der Matfeier in Dresden sind bereits zum guten Teil beendet, nur in der Metallwarenfabrik von Meißner dauern die Differenzen fort.

Vergarbeiterstreik in Lothringen. Der in Straßburg erscheinende „Elsässer“ meldet aus Klein-Rosseln unterm 3. Mai: Heute morgen sind etwa 100 Vergleute auf dem Gargan-Schachte dahier nicht angefahren. Dieselben fordern neben achtstündiger Arbeitszeit 5,50 M. Schichtlohn, sowie daß die vier Rädelsführer, denen von der Direktion die Arbeit gekündigt worden, wieder in Arbeit genommen werden. Die Streikenden haben durch Bettel, die sie auf Strohen und Eisenbahn freuten, die übrigen Vergleute zu einem allgemeinen Streik aufgeführt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Friedenskonferenz vor der holländischen Kammer.

Haag, 5. Mai. Die zweite Kammer nahm mit 74 gegen 4 Stimmen die Forderung zum Empfang der Friedenskonferenz an, nachdem der Minister des Aeußern de Baatfort die von dem sozialistischen Abgeordneten van Kol zur Begründung der ablehnenden Haltung der Sozialisten aufgestellten Behauptungen bekämpft hatte.

Von Kols Erklärung lautete dahin, die Sozialisten stimmten gegen die Ausgabe für eine Konferenz, die vom Kaiser von Ausland ausgehe, in dessen Namen Tausende von Kämpfern für das Volkswohl verfolgt, zu Märtyrern gemacht und hingerichtet würden. Ausland lege seine Pflichten fort; auch habe es das versaffungsmäßige Recht Annahms verweigert. Auf der Konferenz würden politische und wirtschaftliche Verhältnisse nicht erörtert; sie halte ihre Beratungen im Geheimen und es sei von ihr weder ein mittelbarer noch unmittelbarer Gewinn für den Weltfrieden zu erwarten.

Antwerpen, 5. Mai. (B. H.) Die neue Hafenmauer, welche als Verlängerung des Antwerpener Hafensquais gilt, und die zwei Kilometer weit im Bau begriffen ist, ist heute Nachmittag auf eine Strecke von 150 Meter eingestürzt. Der Schaden ist ungeheuer, denn, falls sich das Material als untauglich erweisen sollte, müßte die ganze Strecke abgetragen werden.

Brüssel, 5. Mai. (B. L. B.) Das Blatt „Vingt-deux Sols“ bringt folgende Nachricht vom Kongo: Die Avantgarde der unter dem Befehl des Hauptmanns van Weert und der Leutnants Bell und Girtion stehenden Kolonne, welche von dem Posten Bakolo aufgezogen war, soll gemeuert haben; 42 Soldaten sollen zum Heide übergegangen und Leutnant Bell und ein Regimentsarzt getötet worden sein.

Mailand, 5. Mai. (B. H.) Die „Verfederanza“ meldet, die Besetzung der Sanmunda solle am 12. d. M. stattfinden.

Washington, 5. Mai. (B. L. B.) Vom Philippinischen Krieg. Nach einem Telegramm des Generals Otis hat General Lawton gemeldet, er habe in Balang 150 000 Puffs Reis und 265 Tonnen Jucker erbeutet. Der Wert der in Balang erbeuteten Vorräte werde auf 1 500 000 Dollars veranschlagt. Auch an anderen Punkten seien den Philippinen große Mengen von Reis und Getreide angenommen worden. Die Australischen hätten gestern die Stadt San Thomas niedergebrannt und am Abend auch San Fernando in Brand gesetzt.

Reichstag.

77. Sitzung, Freitag, 5. Mai 1899, 2 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Gebühren-Ordnung für die Benutzung des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Verhältnisse im Kaiser-Wilhelm-Kanal haben noch keineswegs irgend einen Beharrungszustand erreicht; sie sind fortwährend den Veränderungen unterworfen. Es folgt daraus, daß die Tarifänderungen nicht ein für allemal festgelegt werden können, sondern dem Ermessen des Bundesrats überlassen werden müssen. Ich bitte Sie daher um Annahme der Vorlage, die dem Bundesrat die betreffende Vollmacht überweist.

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Es unterliegt keinem Bedenken, dem Bundesrat auch ferner die Festsetzung der Tarife zu überlassen. (Die weiteren Ausführungen des Redners, der hauptsächlich die Entwicklung des Kanals auf die Küstenstädte, Stettin und Lübeck, beleuchtet, bleiben bei der allgemeinen Unruhe im Hause unverständlich.) Redner ist schließlich der Ansicht, daß doch noch eine eingehende Erwägung notwendig sei und daß man vor allem die Interessenten selbst noch hören müsse; er kann sich daher mit der Vorlage nur dann einverstanden erklären, wenn die zweite Lesung nicht zu schnell auf die erste folgt.

Abg. Hahn (wiltb., Bd. d. Landw.):

erklärt sich im wesentlichen mit der Vorlage einverstanden. Er wünscht aber, daß man der kleinen Segelschiffahrt mehr entgegenkomme. Ferner sei eine schnellere Beförderung der kleinen Schiffe durch die staatlichen Schleppdampfer notwendig. Redner verbreitet sich sodann über den projektierten Mittelkanal, den er höchst abfällig beurteilt.

Geheimrat v. Jonquière:

glaubt nicht, daß es zweckmäßig sei, ein so großes Defizit auf sich zu nehmen, wie die Erweiterung des staatlichen Schleppdampferdienstes es nach sich ziehen würde. Uebrigens sei es noch keineswegs festgestellt, daß die kleine Küstenschiffahrt dadurch wesentlich gehoben werden würde. Ganz in private Hände wird der Schleppbetrieb ohnehin nie übergehen; schon im Interesse der Marineverwaltung wird ein Teil desselben stets staatlich bleiben.

Abg. Möller (natl.):

Wir haben gegen die Vorlage nichts einzuwenden, wir sind überhaupt der Meinung, daß eine gesetzliche Festlegung des Tarifs gar nicht geboten ist.

Abg. v. Malhan (L.): Meine Partei hat gleichfalls keine Bedenken, dem Bundesrat auf weitere fünf Jahre die gewünschte Vollmacht zu erteilen. Wir wünschen aber jedenfalls keine allgemeine Erhöhung der Tarife, die nur den ausländischen großen Schiffen zu gute kommen würde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Hahn (wiltb.), Brömel (fr. Bg.), Möller (natl.) schließt die Diskussion. Die zweite Beratung wird also im Plenum erfolgen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, betreffend das Flaggenrecht der Rauffahrtsschiffe.

Nachdem sich Unterstaatssekretär Nothe mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen ausdrücklich einverstanden erklärt hatte, wird die Vorlage ohne Debatte genehmigt.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahlen der Abgg. Fitzlaff (L.), Börner (natl.), Ernst (fr. Bg.) werden beanstandet. Die Wahlen der Abgg. Dr. Kropatschek (L.) und Jacobskötter (L.) werden für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. v. Loebell (L.) beantragt die Kommission zu beanstanden. Vom Abg. v. Brodhausen liegt ein Antrag vor, der noch eine erweiterte Beweisüberprüfung vorschlägt, als dies seitens der Kommission geschieht.

Abg. v. Brodhausen (L.) bekräftigt seinen Antrag. Abg. Lenzmann (fr. Bg.) bittet, den Antrag v. Brodhausen abzulehnen. Der Beweisanspruch sei rein negativer Natur. Alle die Beweisüberprüfungen, die Herr v. Brodhausen verlange, könnten bei Gelegenheit der von der Kommission vorgeschlagenen Beweisüberprüfung auch erhoben werden.

Abg. v. Brodhausen (L.) giebt zu, daß sein Beweisanspruch negativer Natur sei, er sei aber zur Gewinnung eines vollständigen Bildes notwendig.

Nach dem Schlusswort des Abg. Auer (Soc.), der die Annahme des Kommissionsbeschlusses empfiehlt, beantragt Abg. Vasser-mann (natl.) Rückverweisung der Sache an die Kommission. Sein Antrag wird gegen die Stimmen des Centrums und der gesamten Linken für angenommen erklärt. Das Haus begleitet diese Erklärung des Präsidenten mit einem vernehmlichen Wurren, da es offenbar der Ansicht ist, daß die für den Antrag Stimmentenden nicht die Mehrheit darstellen.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen lokaler oder persönlicher Natur. Sie werden debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Zweite Beratung des von den Antheimern eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend das Schatzverbot; Antrag Arendt auf internationale Vereinbarungen zur Verhütung von Schiffsunfällen; Antrag Agster und Genossen (Soc.) auf Einbringung eines Reichs-Vergleiches, in Verbindung mit einem ähnlichen Antrag Lenzmann (fr. Bg.).

Schluss 5 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Gewerbe-Kommission. In der Freitag-Sitzung wurde die Beratung mit § 154 Artikel 6 aufgenommen. Derselbe fährt die im § 137a vorgesehenen Schulpflichtbestimmungen den in Werkstätten beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zu. Der Paragraph wurde angenommen. Desgleichen § 138 Absatz 1 Artikel 6 der Novelle, der bestimmt, daß jugendlichen Arbeitern, die nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden und deren Arbeitszeit an den Vor- und Nachmittagen vier Stunden nicht übersteigt, eine Vor- und Nachmittagspause nicht gewährt zu werden braucht.

Von den zu § 139a gestellten Anträgen fand nur derjenige Annahme, daß den in offenen Verkaufsstellen beschäftigten Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern die in Comptoir und Lager-räumen Beschäftigten gleichgestellt werden sollen. Absatz 1 des Paragraphen erhielt folgenden Zusatz: „In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern muß in offenen Verkaufsstellen die Ruhezeit mindestens elf Stunden betragen. Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß die Ruhezeit von mindestens 11 Stunden auch auf kleinere Ortschaften ausgedehnt werden kann.“ Die Mittagspause für diejenigen, die außerhalb der Verkaufsstelle ihr Mittagessen einnehmen, wurde auf 1 1/2 Stunde (statt 1 Stunde) festgesetzt. Durch die Gemeindebehörde kann allgemein oder für einzelne Geschäftszweige diese Pause verlängert und einheitlich festgesetzt werden. Gemäß der Regierungsvorlage wurde die Bestimmung angenommen, daß allen, die nicht außer den Verkaufsstellen ihr Mittagessen einnehmen, eine „angemessene“ Mittagspause gewährt werden soll. Unsere Partei wird in der zweiten Lesung den Antrag wiederholen, auch für die Handelsangestellten eine gesetzlich festgesetzte Mittagspause zu erzielen. Die in dem so veränderten Paragraphen festgelegten geringen Verbesserungen gingen den Herren Jacobskötter und v. Frege so weit, daß

sie bei der Gesamtabstimmung gegen den Paragraphen stimmten. § 139d (Ausnahmen) wurde dahin erweitert, daß die im vorigen Paragraphen festgelegten Schulpflichtbestimmungen außer Kraft bleiben auch „bei Umzügen und Reueinrichtungen.“ Der Versuch, die gleiche Inkraftsetzung während 2 Wochen vor Weihnachten auf „4 Wochen“ zu erhöhen, scheiterte. Dafür erhoben sich 8 Stimmen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

In der Postkommission des Reichstages fand am Freitag die Robelle zum Postgesetz zur zweiten Lesung. In Artikel 1 beantragte Abg. Singer, das Zuschlagporto für unfrankierte Briefe von 10 auf 5 Pfennig herabzusetzen. Nachdem sich der Staatssekretär v. Bobbelski dagegen erklärt, wird der Antrag mit 8 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Staatssekretär v. Bobbelski giebt darauf für das Reichspostgebiet die Erklärung ab, daß nach Annahme des Gesetzes die offenen Ortsentfernungen wie folgt herabgesetzt werden: für Postkarten von 5 auf 2 Pf.; für Drucksachen bis 50 Gramm von 3 auf 2 Pf., bis 100 Gramm auf 3 Pf., bis 250 Gramm auf 5, bis 500 auf 10, bis 1000 Gramm auf 15 Pf.; für Warenproben bis 250 Gramm auf 5, bis 350 Gramm auf 10 Pf. — Der bayerische Gesandte, Graf Lerchenfeld, bedauert, eine ähnliche Erklärung für Bayern, mit Rücksicht auf teilweise billigere Sätze, die Bayern heute schon für den Ortsverkehr habe, noch nicht abgeben zu können. Die Frage werde jedenfalls wohlwollend erwogen werden. Darauf werden die übrigen Teile des Art. 1 nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Sodann werden folgende von Vertretern sämtlicher Parteien gestellte Resolutionen zur Verhandlung gestellt: I. Die Postverwaltung zu ersuchen, das Bestellgeld, das die Post von den Bezählern der Zeitung erhält, wie folgt festzusetzen und zwar für eine Zeitschrift, welche wöchentlich einmal erscheint, 3 Pf. monatlich; welche wöchentlich zweimal erscheint, 5 Pf. monatlich; drei- und viermal; 8 Pf.; fünfmal 10 Pf.; sechs- oder siebenmal 12 Pf.; bei Zeitungen, welche täglich mehrmals erscheinen, für jede tägliche Bestellung 8 Pf. II. Dem Verleger einer im Reichspost-Katalog eingetragenen Zeitung ist es gestattet, für die von ihm gewonnenen Abonnenten selbst die Bestellung bei der Post aufzugeben. III. Die Beschränkung der zulässigen Ueberweisungsbeispiele auf 10 Proz. der Postauslage wird aufgehoben. IV. Wegen die für Drucksachen festgesetzte Zage können auch Geschäftsbriefe befördert werden. Nach längerer Debatte werden die Resolutionen II, III und IV in dieser Form angenommen. Die Resolution I erhält nach dem Antrag des Dr. Dertel folgende Fassung: „Die Postverwaltung zu ersuchen, möglichst bald das Bestellgeld der Zeitungen neu, und zwar so zu regeln, daß die Häufigkeit des Erscheinens mehr als bisher und auch das Zeitungsgeheimnis berücksichtigt wird.“ — Die weitere Beratung des Postgesetzes (Entschädigung der Privatposten etc.) wird auf Dienstag vertagt.

In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages fand am Donnerstag Abend und Freitag Vormittag die Wahlen der Abgeordneten Harriehausen (L. Hannover, wiltb., Bund der Landwirte), Gild (H. Arnberg-Dormund, natl.), v. Staudy (S. Gambinnen, L.) und Prof. Paulh (Ebermann, Rp.) beanstandet worden. Es sollen Erhebungen stattfinden über Behauptungen der verschiedenen überreichten Proteste.

Die Kommission für das Fleischschau-Gesetz kam in der heutigen Sitzung bis zur Beratung des § 14, welcher die Einfuhr von Fleisch behandelt. Ein Antrag des Abg. Almdorfer forderte eine zu Gunsten der Agrarier weitergehende Beschränkung, und wurde nach längerer Debatte dieser Antrag gegen die Regierungsvorlage angenommen.

Körperliche Züchtigung der Kinder. Die polnische Fraktion hat, unterstützt von einigen anderen Abgeordneten, im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, die bestehenden Grundzüge, betreffend Anwendung körperlicher Strafmittel in Volksschulen, welche in den §§ 50—53 II. 12 Allgemeinen Landrechts und in der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 14. Mai 1825, sowie in den damit in Zusammenhang stehenden Verfügungen verschiedener Bezirksregierungen enthalten sind, den Volksschullehrern der Monarchie erneut zur gewissenhaften Nachachtung einzuschärfen, und deren Befolgung durch die Schulaufsichtsborgane streng überwachen zu lassen, auch ferner in Erwägung zu ziehen, ob die Anwendung körperlicher Strafmittel seitens der Lehrer durch eine anderweitige gesetzliche Regelung überhaupt nicht zu unter-sagen oder wenigstens bedeutend einzuschränken wäre.

An die Krankenkassen Deutschlands.

Vom 24. bis 27. Mai d. J. findet in Berlin der Kongreß zur Verampfung der Tuberkulose als Volkskrankheit statt.

Der Kongreß soll keine Zusammenkunft von Medizinern und Fachgelehrten sein, sondern ist seiner ganzen Veranstaltung nach als ein sozial-hygienischer gedacht, der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt in der am Sonnabend, den 27. zur Beratung kommenden Abteilung V, betreffend das Heilstättenwesen.

Die ungeheuren Verheerungen, welche die Schwindsucht unter der Bevölkerung Deutschlands anrichtet, die Opfer, die sie an Menschenleben, Wohlstand und Familienglück alljährlich der Nation entreißt, haben den weitesten Kreisen die Notwendigkeit einer Verampfung dieser Seuche von Grund aus aufgedrängt.

Keine Schicht der Bevölkerung hat aber ein gleiches Interesse an der Schwindsuchtsverampfung wie das in den Krankenkassen organisierte Industrie- und Arbeiterproletariat. Ringers sind die Opfer der Schwindsucht so grauenvoll wie gerade hier. Der Proletariat-krankheit liegt fast die Hälfte aller Industrie-arbeiter, wenigstens in den großen Städten. Die Krankenkassen-Statistiken lassen darüber keinen Zweifel. In den besten Jahren, in der Blüte der Manneskraft, raubt die Schwindsucht dem Arbeiter Gesundheit und Leben. Die Statistik des Reichs-Versicherungsamts, die sich über mehr als 150 000 Invaliditätsfälle erstreckt, zeigt, daß von den bis zum dreißigsten Jahre bewilligten Invaliditätsrenten mehr als die Hälfte durch die Lungentuberkulose bedingt ist.

Und welcher Vorstand, welcher Verwaltungsbeamte einer Krankenkasse weiß nicht, wie die Aufwendungen für die Schwindsuchtigen der Kasse die größten Opfer auferlegen, wie der dritte Teil oft die Hälfte der Gesamtaufwendungen für die Schwindsucht erfolgt.

Krankenkassen Deutschlands! Der Kongreß im Mai wird von grundlegender, fundamentaler Bedeutung für die Schwindsuchtsverampfung werden. Ihr, deren Fürsorge die materielle und ideelle Wohlfahrt von mehr als acht Millionen Menschen — der Kern der arbeitssfähigen Bevölkerung Deutschlands — anvertraut ist, habt die Pflicht, mit der ganzen Schwere eurer Organisationen auf diesem Kongreß dahin zu wirken, daß dem Arbeiter nicht als Auslöser, sondern als gesetzliche Berechtigung die Möglichkeit gegeben werde, durch Heilstättenbehandlung den Keim der tödlichen Seuche zu überwinden. Eine stärkere Heranziehung der Invaliditäts-Anstalten zur vorbeugenden Krankenfürsorge, eine Verbenkung der reichen Mittel des größten Teiles dieser Anstalten zur Schwindsuchtsverampfung soll herbeigeführt werden, zu eurer Entlastung, um Euch die Erfüllung eurer wichtigen Aufgabe, den erkrankten Arbeiter vor dem Verfall ins Elend zu bewahren, mehr als bisher zu ermöglichen.

Eine Vertretung sämtlicher Krankenkassen Deutschlands auf diesem Kongreß ist eine Notwendigkeit, und ist eine Vertretung an den Beratungen gerade an dem bedeutungsvollsten Tage, am 27. Mai um so wesentlicher, als die Centralkommission

der Krankenkassen Berlins im unmittelbaren Anschluß für Sonntag, den 28. Mai, eine Konferenz sämtlicher aus ganz Deutschland zum Kongreß delegierten Krankenkassen-Vertreter veranstaltet. Die von Graf Posadowsky in der Reichstags-Sitzung vom 19. April schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellte Novelle zum Krankenkassen-Gesetz, die sicher einschneidende Änderungen enthalten wird, die Beschlüsse des 27. deutschen Vernetztages in Dresden betreffs obligatorischer Einführung der freien Arztwahl, das Verhältnis der Krankenkassen zu den Invaliditätsanstalten und Berufs-genossenschaften, alle diese für die Krankenkassen so wichtigen Materien machen eine einheitliche Stellungnahme der Krankenkassen in ganz Deutschland notwendig und sollen am 28. Mai auf der Berliner Konferenz die principiellen Gesichtspunkte festgelegt werden.

Die aus der Konferenz sich ergebenden principiellen Vereinbarungen sollen lediglich als Richtschnur dienen und den später erfolgenden Beschlüssen irgend einer Körperschaft, irgend eines Krankenkassen-Verbandes in keiner Weise vorgreifen.

Aber eine einheitliche kraftvolle Bewegung soll sich darin dokumentieren, um den Krankenkassen eine ihrer Bedeutung entsprechende Einflußnahme auf die Maßnahmen der Regierung sowohl wie der anderen socialpolitischen Institutionen zu sichern.

Die Anmeldungen zum Tuberkulose-Kongreß sind an das Bureau desselben, Berlin W., Wilhelmplatz 2, unter Verlegung von 20 M. für jede Teilnehmerkarte zu richten. Die Aufwendungen aus Kassen-mitteln für die Teilnahme des Kongresses sind durchaus zulässig und können von keiner Aufsichtsbehörde beanstandet werden, da der Tuberkulose-Kongreß für die Interessen der Krankenkassen und ihrer Versicherungen von derselben ungeheuren Bedeutung ist wie für die Invaliditätsanstalten und die anderen socialpolitischen Körperschaften, welche sämtlich vertreten sein werden.

Von jeder Anmeldung ist dem Bureau der Centralkommission der Krankenkassen, Berlin SO., Bräudenstr. 10a, Mitteilung zu machen. Auch sind hierher alle Anfragen betreffs der Krankenkassen-Kongress zu richten, sowie statistisches Material bezüglich der Lungenschwindsucht zu übersenden, da solches auf dem Kongreß durch die Centralkommission ausgiebige Verwertung findet.

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins.

J. A.:

Dr. Friedeburg, Eugen Simanowski, Bräudenstr. 10a, Gartenstr. 78, II, Vertrauensarzt d. Centralkommission, Vorst. d. Centralkommission. Um möglichste Verbreitung dieses Aufrufs in der Presse wird ersucht.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der drei von Mitgliedern der Versammlung gestellten Anträge in Bezug auf die dem St. Josef-Waisenhaus zu Potsdam von der Berliner Waisenverwaltung untergebrachten Waisenkinder hat gestern unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Stellvertreter Wihelet und in Anwesenheit des Stadtschulrats Vertram und des Stadtraths Kämpf nach eingehender mehrstündiger Beratung mit allen gegen eine Stimme folgenden gemeinsamen Antrag der Stadtv. Berl., Sachs und Singer angenommen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, bis von der städtischen Waisenverwaltung in dem katholischen St. Josef-Waisenhaus zu Potsdam untergebrachten Waisenkinder aus der Anstalt halbmonatlich heranzunehmen.

Auf Anregung der Stadtverordneten-Versammlung hat das Magistratskollegium beschlossen, den Betrag des städtischen Stipendienfonds von 3600 M. auf jährlich 10 000 M. zu erhöhen. Die Einzelstipendien sollen bemessen werden von 250—500 M.

Auf eine von uns vor längerer Zeit mitgeteilte Anfrage des Magistrats an die Staatsbehörde, unter welchen Bedingungen es der Stadtgemeinde Berlin gestattet sein würde, ein städtisches technisches Untersuchungsamt für Rahrung- und Genussmittel sowie Verbrauchsgüter zu errichten, ist nunmehr eine Antwort dahin eingegangen, daß die Staatsregierung beabsichtigt, ein derartiges Institut errichten zu lassen. Der Stadt soll es alsdann gestattet sein, gegen Zahlung einer noch festzusetzenden Gebühr dieses Institut zu benutzen, in der Voraussetzung, daß die Stadt sich bereit erklärt, alle von ihr zu machenden Untersuchungen, mit Ausnahme derjenigen, welche die städtischen Behörden selbst bei den Wasserwerken, der Kanalisation und Gaswerke, welche Laboratorien zu diesem Zwecke bereits besitzen, veranlassen, in dem Staatsinstitut ausführen zu lassen. Das Magistratskollegium hat diese Vorschläge der Staatsregierung abgelehnt.

Gegen die Neu-Einteilung der Stadt Berlin in verschiedene Gerichtsbezirke hatte der Magistrat vor längerer Zeit an den Justizminister eine Petition mit eingehender Begründung gerichtet. Da bislang eine Antwort nicht eingegangen ist, so hat das Magistratskollegium beschlossen, eine Petition an den Landtag zu richten und um Ablehnung des Gesetzentwurfs zu ersuchen.

Ferner hat das Magistratskollegium beschlossen, hinsichtlich der im Reichstage gegenwärtig zur Beratung stehenden Novelle zum Post-gesetz eine Petition einzureichen, welche sich im angeleglichen Interesse der Bevölkerung gegen die Ablösung der Privatpost-anstalten wendet.

Schließlich soll nach Beschluß des Magistratskollegiums eine Petition an den Landtag entendet werden wegen Streichung des letzten Absatzes des § 9 des Gesetzentwurfs betreffend die Dienststellung der Kreisärzte und Bildung der Gesundheitskommissionen. Der Vorschlag des Charlottenburger Magistrats, sich seiner Petition in dieser Angelegenheit an den Landtag anzuschließen, hat das Kollegium abgelehnt und wird eben eine Petition selbstständig abfenden.

Die Ratsswage am Petriplatz, welche sich an das Köllnische Rathaus anschließt, wird zugleich mit dem genannten Rathaus im Oktober d. J. beseitigt werden. Die Aufrechterhaltung derselben an einer anderen Stelle wird nicht beabsichtigt, da ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt.

Lokales.

Erster Wahlkreis. Nächsten Montag abends 8 1/2 Uhr findet in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20/21, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl des gesamten Vorstandes, Erweiterung der Organisation des Wahlvereins. — Ferner machen wir die Mitglieder des Wahlvereins darauf aufmerksam, daß Wilms für die Reptower Sternwarte zum Preise von 75 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern zu haben sind. (Siehe Annonce am Sonntag.) Der Vorstand.

Der Samariterkurs für Arbeiter und Arbeiterinnen beginnt am Montag, den 8. Mai, den Sommerkursus in der Centrala „Arminhollen“, Kommandantenstraße, abends 9 Uhr. Der Samariterkursus verfolgt den Zweck, seine Teilnehmer zu unterrichten in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen und gefährlichen Erkrankungen und in den Grundzügen der Krankenpflege. Es werden im Laufe des Kurses neun Vortragsabende abgehalten. An jeden Vortrag schließen sich praktische

Uebungen an. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf., der monatliche Beitrag ebenfalls 25 Pf. Die Kasse bei „Neumann, Brunnstr. 150“ bleibt ebenfalls bestehen, dort beginnt der Kursus am 15. Mai. Außerdem finden im Sommer Spiel-Ausflüge statt, der erste Ausflug findet am Sonntag, den 7. Mai, nach Schmargendorf statt. Treffpunkt: Restaurant „Sankt-Johi“ 3 Uhr. Sodann bringen wir die vom Samariter-Kursus errichtete Samariter-Kolonie in Erinnerung, welche sich auf Wunsch bei Arbeiterfreizeit zur Verfügung stellt. Aufträge sind zu richten an den ersten Vorsitzenden E. Stein, Charlottenburg, Kaiserfriedrichstr. 40. Der Vorstand.

Die Alterszusammensetzung der Berliner Arbeiterbevölkerung ist wesentlich verschieden von derjenigen der Gesamtbevölkerung Berlins. Nach E. Hirschbergs Berechnungen aus den Ergebnissen der Berufszählung von 1895 überwiegen unter der Arbeiterbevölkerung (Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter, Dienstboten) die jüngeren Altersklassen sehr stark. Von einer männlichen Arbeiterbevölkerung von 314 794 Personen standen allein 105 760, also 33,6 Proz., im Alter von 20—30 Jahren (von den übrigen männlichen Erwerbstätigen nur 27,3 Proz.). Im Alter von 50 und mehr Jahren dagegen standen von der männlichen Arbeiterbevölkerung nur 80 168, also 25,6 Proz. (von den übrigen männlichen Erwerbstätigen 20,1 Proz.). Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse beim weiblichen Geschlecht. Hier kamen von einer Arbeiterbevölkerung von 182 384 Personen 77 149, also sogar 42,4 Proz., auf das Alter von 20—30 Jahren (von den übrigen weiblichen Erwerbstätigen nur 26,7 Proz.), andererseits auf das Alter von 50 und mehr Jahren 13 555, nur 7,4 Proz. (von den übrigen weiblichen Erwerbstätigen 20,8 Proz.). Speziell von den 59 918 Dienstmädchen, die ziemlich ein Drittel der gesamten weiblichen Arbeiterbevölkerung ausmachten, standen 31 250, also 52,2 Proz., im Alter von 20 bis 30 Jahren. Unter 16 Jahre alt waren von der Arbeiterbevölkerung 14 843 männliche und 9064 weibliche Personen, 4,7 bzw. 5,0 Proz. der männlichen bzw. weiblichen Arbeiterbevölkerung (von den übrigen Erwerbstätigen nur 0,4 bzw. 0,8 Proz.). Dienstmädchen unter 16 Jahren wurden 2901 ermittelt, 4,8 Proz. aller Dienstmädchen.

Gegen die Zuchtshauswärmer. Gegen die an den Staatssekretär des Innern leitenden des Verbandes deutscher Metallindustriellen gerichtete Eingabe betreffend die paritätischen Arbeitsnachweise hat sich der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund, in einer gleichfalls an den Staatssekretär des Innern gerichteten Eingabe gewandt und insbesondere gegen die in der Eingabe der Metallindustriellen enthaltenen Verdächtigungen der Unparitätlichkeit der paritätischen Arbeitsnachweise Einspruch erhoben. Der Eingabe ist umfangreiches Material über die Tätigkeit des Centralvereins für Arbeitsnachweise in Berlin und des paritätischen Fach-Arbeitsnachweises der Brauer beigelegt und der Staatssekretär eingeladen worden, die Berliner Arbeitsnachweise-Einrichtungen einer Verichtigung zu unterziehen. Was den Staatssekretär laum zur Einsicht bringen wird.

In Sachen der Allgemeinen Volks-Krankenkasse (S. 6. Nr. 126) ist in den letzten Tagen an bereits ausgeschiedene Mitglieder die Aufforderung ergangen, sämtliche Beiträge bis Monat Mai nachzuzahlen, widrigenfalls Klage erhoben wird. Die ausgeschiedenen oder ausgeschiedenen Mitglieder, welche nicht gewillt sind dieser Aufforderung Folge zu leisten, werden ersucht, am Sonntagvormittag 10 Uhr in Rümmer's Restaurant, Brunnstr. 188 sich einzufinden, um diese Angelegenheit gemeinsam zu regeln.

Die Ansichtskarten haben eine ganz außerordentliche Steigerung des Postverkehrs herbeigeführt. Im Jahre 1897 sind im Reichspostgebiet 421 Millionen Stück Postwertzeichen zu 5 Pf. abgesetzt worden gegen 352 Millionen Stück im Jahre 1896. Hieraus ergibt sich eine Steigerung um 69 Millionen Stück, d. h. 19,2 Proz., während bei allen übrigen Postwertzeichen nur eine Steigerung um 5 Proz. stattgefunden hat. Der Mehrverbrauch an Freimarken zu 5 Pf. entfällt zum großen Teil auf die Frankierung von ungepostmarkten Postkarten, was auch daraus hervorgeht, daß an Postkarten mit eingedrucktem Wertzeichen im Jahre 1897 nur 10 Millionen Stück im Werte von 1/2 Million Mark mehr als im Jahre 1896 abgesetzt sind, während die Porto-Einnahme aus der Postkartenbeförderung auf 22,8 Millionen Mark gegen 20,4 Millionen Mark im Vorjahr, also um 2,4 Millionen Mark gestiegen ist.

Der gottlose Magistrat. Die Magistratsloge in der Nikolai-Kirche, die dem städtischen Patron vorbehalten ist, wird (wie der Ev. Anz. berichtet) so wenig besucht, daß der Gemeindefiskus die Bitte an den Magistrat gerichtet hat, die Benutzung der Loge durch Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu gestatten. Dies ist wiederum genehmigt worden mit dem Bemerkens, daß der Magistrat sich die Benutzung der Loge für besondere Gelegenheiten ausschließlich vorbehalten müsse. Könnte Freiherr von Mirbach den Magistrat nicht gelegentlich zu frommer Einsicht ermahnen?

Städtische Schulfürsorge. Die katholische Gemeindefürsorge Nr. 115, welche mit der evangelischen Schule Nr. 170 aus dem städtischen Grundstücke Staligerstr. 55/56 untergebracht ist, ist so überfüllt, daß an derselben bereits mehrere Klassen haben errichtet werden müssen. Der Magistrat hat daher beschloffen, diese Schule von der 170. Gemeindefürsorge zu trennen und für dieselbe ein besonderes, größeres Schulgebäude auf einem neu zu erwerbenden Grundstücke zu errichten. Alsdann sollen die in den umliegenden evangelischen Gemeindefürsorgen vorhandenen stehenden Klassen zu einer neuen Schule vereinigt und an der jetzigen Stelle der 115. Gemeindefürsorge, Staligerstr. 55/56, untergebracht werden. Als Neubaugrund für die katholische Schule hat der Magistrat das Grundstück Waldemarstr. 77 in Aussicht genommen. Es soll 354 540 M. kosten.

Katholische Waisenkinder. Die „Germania“ schreibt: „Die Berliner städtische Armenverwaltung, Abteilung für die Waisenvorwaltung, hat, wie man uns mitteilt, in diesen Tagen den Gemeinde-Waisenträtern nachstehendes Schreiben zugehen lassen: „Es fehlt der Waisenvorwaltung an geeigneten Pflegestellen bei katholischen Pflege-Eltern, sowohl für Knaben wie für Mädchen. Wir bitten Sie daher, Ihr Augenmerk auf derartige Stellen zu richten und uns dieselben nachstehend zu machen, sobald Sie empfehlenswerte Stellen ermittelt haben. gez. Rammf.“ Allen Angehörigen nach will die Waisenvorwaltung also doch dem Drude des Herrn Singer und Gossmann nachgeben und die im katholischen Waisenhaus zu Potsdam untergebrachten Kinder diesem entziehen. Hoffentlich kommen dieselben nun auch in solche katholische Familien in Pflege, die ihnen eine wahrhaft katholische Erziehung angedeihen lassen.“

Wenn die Anordnung der Waisenvorwaltung einen heilsamen Gwed haben soll, so müssen die in Betracht kommenden Kinder nicht bei solchen Familien in Erziehung gegeben werden, die die „Germania“ als zur wahrhaft katholischen Erziehung geeignet bezeichnet. Denn ein Blatt, welches die Pädagogik der 59 Stochiebe Tag für Tag als höchste Blüte praktischen Christentums lobpreist, kann auf die Leute, die sich nach ihm richten, nur unheilvoll wirken. Man würde da vielleicht bald erleben, daß derartige Familienväter genau so die Anlagengabe zierten, wie die „Schwarte Karola“.

Gegen den künftigen Bankier Thiele hat die Staatsanwaltschaft nunmehr Haftbefehl wegen „Unterschlagung“ erlassen. Die von der Kriminalpolizei beschlagnahmten Depots belaufen sich auf 20 000 M. Die Ermittlungen lassen keinen Zweifel daran, daß Thiele zum Raubteil seiner Kundschaft nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan die Flucht ergriffen hat.

Heber die gesundheitschädlichen Kellerräume des Köllnischen Gymnasiums in der Inselstraße, in denen der Unterricht in der Chemie und Mineralogie stattfindet, ist folgendes zu bemerken: In der ersten Zeit nach der im Jahre 1888 erfolgten Vollendung des neuen Gymnasialgebäudes — die Anstalt war bis zu dieser Zeit im alten Köllnischen Rathaus untergebracht — machten sich irgend

welche Uebelstände in den Kellerräumen, in denen die Schülerfolge des besseren Lehrbundes wegen amphitheatralisch angeordnet sind, nicht bemerkbar. Diese Uebelstände traten vielmehr erst später auf und zwar ist der Grund dieser Erscheinung darin zu finden, daß gerade der südliche Teil des Gebäudes, wo diese Kellerräume liegen, auf einem sehr schlechten Baugrunde steht. Nicht dabei floß nämlich noch längere Zeit nach der Vollendung des neuen Gymnasialgebäudes, im Zuge der heutigen Ringstraße der Alleen Berliner noch wohlbekannte „Grüne Graben“ entlang, der seiner pestilenzialischen Ausdünstungen wegen in ganz Berlin berüchtigt war und erst gegen Ende der sechziger Jahre, bei der Anlage des Köllnischen Parks zugeschüttet wurde. Den Einwirkungen dieses morasthaltigen Untergrundes sind nun die übeln Gerüche zuzuschreiben, die sich seit längerer Zeit in den Kellerräumen bemerkbar gemacht haben.

Großer Achraus wurde gestern im alten Konzertsaal in der Leipzigerstraße gemacht. Aus dem Konzertsaal wurde das gesamte Inventar herabgeholt. Der große Konzertsaal, der eine so bedeutende Rolle in der Berliner Lokalgeschichte spielt, hat, war bald völlig geleert. Auch die Tage des Saales selbst sind gezählt, denn bereits in der nächsten Zeit wird er abgebrochen werden, nachdem seine nach der Krausenstraße zu liegende Hinterfront durch den Abbruch der Häuser 46—48 bereits freigelegt worden ist. Dagegen wird das Vorderhaus Leipzigerstr. 48, durch welches der Eingang zum Konzertsaal stattfand, noch bis zum 1. Juli d. J. stehen bleiben, um dann gleichfalls vom Erdboden zu verschwinden.

Der verkaufte „Streifbruder“. Am Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr passierte ein Fischer die Straße am Elisabeth-Platz. Nichts ahnend sah er von der Böschung des Kanals dem Ausladen der Kähne zu. Plötzlich erschien ein Schuttmann auf der Bildfläche. Das wäre an sich nicht bemerkenswert; aber der Beamte schritt schmutztrats auf unseren Fischer zu und ehe dieser sich dessen versah, vernahm er folgende Rede: „Machen Sie doch Sie fort! Kommen Sie verfluchter Streifbruder, sonst werde ich Ihnen auf die Beine helfen.“ Der Schuttmann hat's gesprochen, der Fischer hat's „gerochen“. Er erwiderte sich nachträglich, was dieser Vorgang wohl zu bedeuten habe und da wurde ihm klar, daß in der Nähe seines Standortes eine Fabrik existiert, deren Arbeiter, die Astenmacher, sich im Zustand befinden. Wir fügen hinzu, daß es sich hierbei um die Aussperrung solcher Arbeiter handelt, die den 1. Mai als ihren vornehmsten Feiertag festlich begingen und die Arbeit an diesem Tage ruhen ließen. Der Fischer fragt nun verwundert, ob er sich eine derartige Zurückweisung seitens des Schuttmannes, zu der er nicht die geringste Veranlassung gegeben hatte, gefallen lassen müsse? Das wohl nicht; aber er mag sich damit trösten, daß er Gelegenheit gefunden hat, eine so wunderbare „Maienblüte“ seinem Tagebuch einzuverleiben zu können.

Heber einen Banusfall am 1. Mai wird uns nachträglich berichtet: An der Landbörse Allee unweit Wilhelmsherg wird ein Neubau aufgeführt, dessen Leiter nichts gegen die Arbeitsruhe am Montage einzuwenden hatte. Sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter feierten, bis auf vier polnische Zimmerer. Einer von diesen hatte am Feiertage das Unglück, vom Bau abzustürzen. Er fand auf der Stelle seinen Tod.

Gegen das Halten der leeren Leichenwagen vor den Wirtschaften in den nach den Kirchen führenden Straßen wird jetzt seitens der Aufsichtsberechtigten überall streng eingeschritten. Diese Leichenwagen standen oft stundenlang ohne jede Aufsicht auf den Straßen und es kam kürzlich einige Mal vor, daß die unruhig gewordenen Pferde mit dem Wagen führerlos davon liefen. Darauf trafen die Aufsicht mit den betreffenden Wirt ein Abkommen, wonach diese einen Wärter für die Pferde stellen mußten, worauf die Wirt gewöhnlich eingingen, um die guten Kunden nicht zu verlieren. Jetzt dulden die Polizeibeamten das Halten der Wagen an der Straße überhaupt nicht, verlangen vielmehr, daß die Wagen auf den Hof des betreffenden Grundstücks gefahren werden.

Einen schrecklichen Fund machte vorgestern ein Streckenbeamter der Götlicher Bahn in der Nähe von Dreptow. Auf einem Wägengeleise fand er den Körper eines Mitte der zwanziger Jahre stehenden Mannes, der von einem Zuge überfahren und hinfällig zu gerichtet war. Der Kopf war dem Unglücklichen vom Körper fast abgetrennt. Es liegt wohl zweifellos Selbstmord vor.

Einer, der Dumme gefunden hat. Unter den „Fischen“, die zu Beginn des Semesters an der hiesigen Universität auftauchten, machte sich besonders ein elegant gekleideter „fischiger“ junger Mann bemerkbar, der den Namen einer alten hannoverschen Adelsfamilie trug. Der seine Hannoveraner war viel unwohl und zahlreiche Korporationen suchten den seltenen Fisch für sich zu „leihen“. Eine Burschenschaft hatte das Glück, ihn dauernd an sich zu fesseln, zunächst wenigstens als Verlehrschaft. Der „Herr Baron“, der noch nicht immatrikuliert war, erschien auf allen Anzeigen und erwies sich auch als ziemlich trinkfisch. Selbstverständlich hatte er einen großen Wechsel. Er prahlte zwar nicht damit, aber wenn einmal das Gespräch auf solche Dinge kam, so konnte und wollte er es doch auch nicht leugnen. Aber auch mit dem größten Wechsel kann man in die Klemme geraten, wenn er ausbleibt. Das passierte auch dem Herrn Baron. Seine Kommilitonen machten sich in Versammlungen daraus, ihm beizupringen, wobei allerdings ein jeder glaubte, daß er der einzige sei, der dieses Vergnügen habe. Nun geschah es einige Male, daß ein Kommilitone, wenn er nach einer schweren Anekdote am anderen Morgen mit einem Kagenjammern aufwachte, seine Uhr oder sein Armband — die jungen Herren tragen jetzt wieder Armbänder — vermisste und nicht wiederfand. Da man sich über den Heimweg nicht ganz genau mehr Rechenschaft geben konnte, so nahm man an, daß man irgendwo einem Leichenfledderer in die Hände geraten sei, und schimpfte über die Unsicherheit in Berlin. Ramentlich der Herr Baron war in seiner Kritik nicht sehr nachsichtig. Am Sonntagvormittag brachte es der Zufall mit sich, daß ein Student den Edlen in einem Tanzlokal am Grunewald traf und an dessen Handgelenk ein gestohlenen Armband bemerkte. Kurz entschlossen ließ er den Baron durch einen Wächter festnehmen, und bei der Kriminalpolizei verwandelte sich der flotte Ruch aus der altadeligen Familie in einen kleinen Namens Pettenlöser.

Die Klagen des Publikums, daß Damen in den Wägenreichen Lokalen unangenehmer Behandlung ausgesetzt seien, werden sich neuerdings wieder. Wie uns mitgeteilt wird, traf ein Angehöriger der Heilgehilfen-Schule im Polizeipräsidium Ende voriger Woche in dem Lokal am Alexanderplatz eine ihm bekannte Jahn-technikerin. Es entspann sich eine Unterhaltung über Sachangelegenheiten, während welcher der Herr zwei Glas Bier bestellte. Der Kellner erklärte jedoch, daß er der Dame kein Bier bringen dürfe, da der Geschäftsführer ihm solches untersagt habe. Wie es heißt, will die Dame gegen den Geschäftsführer eine Verleumdungsklage anstrengen.

Ausgeschlüsse bei den elektrischen Anlagen treten in letzter Zeit ungewöhnlich häufig auf. Angelegen von den Fällen, in denen die Defekte der Leitung als solche rechtzeitig erkannt und einer drohenden Feuergefahr durch Abstellung des Stromes und Beilegung der Mängel durch sachkundige Arbeiter vorgebeugt wird, muß die Feuerweh sehr oft empfinden. So war auch heute früh 9 1/2 Uhr nach Hollmannstraße 9/10 erfolgter Alarm auf einen Defekt an der elektrischen Leitung zurückzuführen. In zwei Kellern des Vorderhauses befinden sich ein Wägen- und Wägenliengehäuse und daneben eine Kapselherdverleumdung. Die Hintergebäude sind mit Fabrikbetrieben besetzt. Schon Donnerstagmorgen entwickelte sich in dem Wägenliengehäuse ein intensiver Schwefelgeruch und es stellte sich bald heraus, daß dort lagende Gemäße und Kartoffeln ungenießbar geworden waren. Gegen 6 Uhr verlagten die elektrischen Motore und auf erstattete Meldung erschienen Arbeiter der Elektrizitätswerke, um das in der Erde liegende Kabel zu revidieren bzw. auszubessern. Trotzdem dieses geschehen, stellte sich heute früh in beiden Kellern wieder starker Schwefelgeruch ein und an einer Stelle durchdrangen elektrische Funken den Erdboden. Gleich

zeitig verlagten die Motore, weshalb die Feuerweh herbeigerufen wurde. Es stellte sich nun heraus, daß das elektrische Kabel vollständig durchgebrannt war, weshalb der Strom bis zur Ausbesserung des Kabels ausgeschaltet wurde.

„Und fehlt nur noch die russische Kante“. Als am Montag der Kaiser das dritte Garderegiment vom Tempelhofer Felde nach der Kaserne in der Wrangelstraße führte, waren, wie immer bei militärischen Aufzügen, verschiedene Straßen gesperrt, so auch die Kreuzung der Staliger- und Wrangelstraße. Nachdem die Truppe bereits vorübergezogen waren, wollte der Wägenführer M. mit seinem Gefährt die genannte Stelle passieren. Ein Schuttmann bedrohte ihn, daß er nicht fahren dürfe. M., der es eilig haben mochte, versuchte durch Vorstellungen bei dem Schuttmann die Freigabe der Passage zu erwirken. Nach einigem Hin- und Herreden schien es, als ob M. seinen Wagen wieder umwenden wollte. Darauf ordnete der die Aufsicht führende Polizeiwachmeister an, den M. vom Hof herunterzuholen. Sofort legten sich sechs bis acht Schuttmänner in Bewegung, um den Befehl ihres Vorgesetzten auszuführen. M. wurde von mehreren Beamten vom Hof herunter geholt und, von zwei Schuttmännern festgehalten, zur Wache in der Oppelnerstraße gebracht. Dieser Vorgang hatte begreiflicherweise unter dem Straßenpublikum großes Aufsehen erregt. Mehrere unbeteiligte Zeugen des Vorfalles wollten ebenfalls zur Polizeiwache mitgehen, um ihre Wahrnehmungen zu bekunden, sie wurden jedoch von Schuttmännern auf Betreten des Wägenlokal verhindert. Einer der Zeugen, welcher sich nicht zurückziehen lassen wollte, wurde gleichfalls fixiert. M., der ohne Straßen der Beamten gefolgt war, mußte, obwohl der ausweisende Telegraphist ihn persönlich kannte und relog-nobelierte, bis zum Eintreffen des Leutnants auf der Wache bleiben. Dieser bedeutete dem fixierten, er könne gehen. M. machte den Einwand, wer ihn denn dafür entschädige, daß ihm beim Herunterholen vom Wagen seine Kleidung zerrissen worden sei. Darauf soll der Leutnant erwidert haben, daß die Polizeibeamten hier zu Lande noch viel zu anständig seien. In Rußland werde mit der Kante dreingeschlagen, und das sei in solchen Fällen, wie dem vorliegenden, auch angebracht.

Auch die Leiche des dritten der im Müggelsee ertrunkenen Realchülers, die des 19-jährigen Brimners Kopp, ist jetzt gefunden worden. Sie wurde in der Nähe der Försterei bei Friedrichshagen, fast an derselben Stelle aus dem Wasser gezogen, wo man zuerst den Leibesgenossen des Ertrunkenen, seinen Mitschüler Erder, fand.

Bilfingerzöge gehen am Sonnabend den 20. Mai von Berlin nach Hamburg mit Anschluß nach Altona, Kiel, Glüdburg und Helgoland ab. Abfahrt von Berlin (Lehrter Hauptbahnhof) nachmittags 3 Uhr 15 Min. und 10 Uhr 45 Min., Ankunft in Hamburg (Klosterthor) abends 8 Uhr 41 Min. und vormittags 4 Uhr 45 Min., in Altona abends 9 Uhr 4 Min. und vormittags 5 Uhr 12 Min. Rückfahrkarten II. und III. Klasse mit 30-tägiger Geltungsdauer können schon vom 16. Mai ab zu folgenden ermäßigten Preisen gelöst werden: nach Hamburg 17,20 M., II. Klasse, 11,60 M., III. Klasse, Altona 17,70 M. bzw. 11,80 M., Kiel 24,10 M. bzw. 16 M., Glüdburg 30 M. bzw. 20,60 M., Helgoland 31,60 M. bzw. 23,60 M.

Die Neue freie Volkshöhe veranstaltet heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, in Cosma's Lokal, Dönhofs-Platz, einen Konzert- und Recitations-Abend unter Mitwirkung der Pianistin Fräulein Marie Gerdes und des Violoncellisten Herrn Borisch, sowie der Recitatoren Herrn Max Laurence vom Schiller-Theater und des Herrn Curt Helm. Der Eintrittspreis ist auf 40 Pf. (im Vorverkauf) festgesetzt; an der Abendkasse 50 Pf. Karten sind in allen Kassen des Vereins, sowie beim Kassierer Ad. Dohr, Altonastraße 38, II, zu haben.

Auf der Dreptow-Sternwarte soll von nächster Woche an mit dem Kometen Weirath der Swiftsche Komet gezeigt werden, welcher immer mehr aus den Strahlen der Sonne heraustritt. Er geht von Mitte Mai an für Berlin nicht mehr unter und erreicht am 23. Mai schon die Höhe des Polarsternes. Aus diesem Grunde wird der Jupiter mit seinem Monden nur noch während dieser Woche mit dem Hefenfernrohr gezeigt. Sonntag nachmittags 5 Uhr spricht Direktor H. S. Kricheldorf über: „Ein Ausflug in das Weltall“ und um 7 Uhr über: „Die Weltumtours-Expeditionen“.

Feuerbericht. Freitag früh gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach Kommandantenstraße 16 gerufen, wo in einer Fabrik die Papierbekleidung von Beleuchtungskörpern in Flammen aufgegangen war, doch konnte die Gefahr bald beseitigt werden. Donnerstagvormittag gegen 9 Uhr erfolgte Alarm nach der Schmidstraße 9, doch handelte es sich hier nur um einen Schornsteinbrand. Eine Stunde später war Kirchbachstraße 7 eine Explosion einer Petroleumlampe zu löschen. Betten, Kleidungsstücke und Möbel hatten bereits Feuer gefangen, doch konnte die Wehr bald wieder abrufen. Endlich mußte noch kurz nach 11 Uhr nach Reichenbergerstr. 47 ausgerückt werden. Hier war nämlich in einem Arbeitsraum der Blechmaschinenfabrik von Kopp ein kleines Feuer ausgebrochen, das infolge zeitiger Wahrnehmung auf den Herd beschränkt werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Für die liebe Polizei erklärt der brave Bürgermann trotz alles gelegentlichen Schimpfens immer noch in demütigster Dankbarkeit. Das zeigte sich in diesen Tagen wiederum in Charlottenburg. Dort schreibt ein Polizeileutnant namens Mundt aus seinem Kante, weil er zum Polizei-Inspektor von Erfurt gewählt worden ist. Sein Abgang nach dieser Stadt hat nun einer Anzahl ehrfurchter Bürger Gelegenheit gegeben, in der Nachbarschaft ein „Chrengehen!“ herzurufen. In einem sauber gedruckten Circular, das von Lobes-erhebungen auf den Polizeibeamten überfließt, wird allen Einwohnern, denen man irgendwie Polizeihilfe in Anspruch zu setzen, hochachtungsvoll kund und zu wissen getan, daß sie in den nächsten Tagen mit einer Sammelliste bedacht werden sollen. Mancher der auf diese Weise bedachten Bürger ist allerdings nicht sehr erbaunt von der Auskundigung und hat seine schweren Bedenken gegen das „Chrengehen!“ für den scheidenden Leutnant. Auch wir nehmen an, daß der Beamte schon im Hinblick auf den wohl auch für Charlottenburg gültigen Tagesbefehl des Berliner Polizeipräsidenten vom 8. Mai 1895, der den Polizeibeamten das Annehmen von Geschenken streng untersagt, sich die Sammlung zu der ihm zugeordneten Gabe höflich, aber mit Nachdruck verbeten wird.

Im Hinblick auf die Errichtung des Landgerichts III hatten die städtischen Körperschaften in Charlottenburg seiner Zeit beschloffen, ein neues Morgen großes Grundstück an Tegeler Wege, gegenüber dem königlichen Schlossgarten, von den Eigentümern Weise und Pauller zu erwerben und es dem Justizkolleg zur Verfügung zu stellen. Da die Eigentümer sich an ihr Verkaufsangebot nur bis zum 15. d. M. gebunden haben und die Frage, ob das Grundstück zur Errichtung des Landgerichts III verwendet werden wird, bis zu diesem Zeitpunkt nicht entschieden ist, hat der Charlottenburger Magistrat beschloffen, das Grundstück unbedingt anzulassen. Eine Vorlage darüber ist der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen.

59 Personen haben sich um den Posten eines zweiten Bürgermeisters von Nixdorf beworben. Keiner der Bewerber ist am Orte selber anässig.

Am Nixdorf. In der Nähe des hiesigen Wägenlokal ließ sich der 28-jährige unverheiratete Maler Friedrich Weiser aus der Reichenbergerstr. 73 zu Berlin von einem Wägenhahn überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche ward nach der hiesigen Leichenhalle gebracht. Das Motiv der traurigen Tat soll Schwermut sein. — Wegen eines unheilbaren Nierleidens mochte der Schmetweiderstr. 11 wohnhafte 19-jährige Arbeiter Könnich seinem Leben durch Erhängen ein Ende. — Ein altes Wahrzeichen von Nixdorf, der dem Rathaus gegenüber belegene Stuhlmannsche „Holländer“, fällt jetzt einem Straßenprojekt zum Opfer. Die alte Mühle hat ca. 100 Jahre gestanden und wird auf neue in einem Dorfe bei

Präriebrand in Nordamerika. Fast ein Drittel von der Grasschaft Dakota ist abgebrannt. Die Grasschaft besteht größtentheils aus Prärieland. Tausende Stück Vieh und Schafe haben dem Tod erlitten.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Begrenzung oder Ueberbrückung der Gegensätze?

Mein Schlusswort an dieser Stelle.)
Kautskys Vorwurf, daß ich bestreite, sei, vorhandene Gegensätze möglichst zu verkleinern, nötigt mich zu einer Erwiderung, mit der von meiner Seite aus diese Polemik im „Vorwärts“ ihr Ende haben mag.

Ich betrachte den Vorwurf, soweit er meine Stellung zur Theorie anbelangt, für einen sehr schwerwiegenden, bestreite aber seine Berechtigung. Eher könnte man mir den umgekehrten Vorwurf machen. Ich habe in meinem Buche die Punkte, worin ich von der geltenden theoretischen Auffassung abweiche, ohne jeden zwingenden äußeren Anlaß mit aller nur möglichen Offenheit dargelegt, einer Offenheit, die von einem Manne, der wenigstens in der vorliegenden Frage mir gegenüber an Kautskys Seite steht, dem Anarchisten Landauer, sogar als „Enthiasmus“ bezeichnet wurde. Man kann mir alles mögliche vorwerfen, nur nicht Hinterhältigkeit in meinem schriftstellerischen Auftreten.

Allerdings bleibe ich aus meinen Sätzen nicht die Konsequenzen, die Kautsky aus ihnen zieht. Aber wer sagt denn, daß das, was Kautsky als notwendige Konsequenzen erscheinen, auch wirklich notwendige Konsequenzen sind? Was zunächst die Köpfe anbelangt, so sind wir Menschen zum Glück nicht über einen Leisten geschlagen. Was der eine für notwendige Konsequenz hält, erscheint oft dem andern ganz und gar nicht als solche. Nach Kautsky sieht und fällt die Sozialdemokratie theoretisch mit den Sätzen, über die wir differieren. Aber ganz abgesehen davon, daß in Deutschland selbst eine Anzahl bekannter tätiger Sozialisten meiner Anschauung näher stehen wie der seinigen, gilt das Gleiche von einer sehr großen Anzahl hervorragender Sozialisten des Auslandes. Ich nenne hier nur Van Kol, dessen Artikel „Nieder mit den Dogmen“ im Oktoberheft 1898 der „Nieuwe Socialiste“ Kautsky wohl nicht entgangen sein wird. Van Kol erklärt dort, daß „die Werttheorie einer strengeren Kritik bedürftig ist“, daß „die Vermählungen, aus den ökonomischen Umwandlungen eine erschwende Geschichtstheorie“ abzuleiten, „nicht gelungen sind“, daß „der Kommunismus zum Kollektivismus“ und das ehernge Lohngeiz „altes Eien“ geworden ist, daß die Arbeiterklasse „nicht in immer tieferes Elend gesunken ist“, und daß das Ziel „nicht lediglich von den sozialen Einrichtungen und der besseren Produktionsweise“ abhängt. Hat der verdiente Vorkämpfer der Sozialdemokratie in Holland darum aufgehört, Sozialdemokrat zu sein? Ich habe guten Grund anzunehmen, daß Wandervogel und andere Führer der belgischen Sozialdemokratie in den von mir erstellten Fragen im wesentlichen mir zustimmen, sind sie darum keine Sozialdemokraten? Daß ein großer Teil der französischen Sozialisten, daß der größere Teil der englischen Sozialisten der Marxistischen Lehre nur teilweise zustimmen, ist bekannt. Deshalb gehören sie aber doch zur Armee der Sozialdemokratie. Kautsky müßte ein sehr langes Register aufstellen, wenn er alle Sozialisten, die theoretisch in dem Maße mit ihm differieren, wie ich, aus der Sozialdemokratie austreiben wollte.

Er will, sagt er, die Polemik nicht in ein „Mönchsgezeck“ ausarten lassen. Aber was er über meine Stellung zum theoretischen Teil des Erfurter Programms schreibt, kommt einem solchen sehr nahe. Ich habe ganz genau angegeben, warum ich die fünf ersten Absätze des theoretischen Programmteils nicht in der jetzigen Fassung unterschreiben kann: wegen ihrer zu apodiktischen Formulierung. Es ist z. B. nach meiner Ueberzeugung unrichtig oder nur Teilwahrheit, daß „das Privateigentum an den Produktionsmitteln heute das Mittel ist, Bauern zu expropriieren“. Ich sehe vielmehr das Gegenteil sich vollziehen. Wenn man mit mir inquisitorisch die Frage vorlegt, entspricht Absatz 6 des Parteiprogramms noch Deiner Ansicht? so zwingt mich mein wissenschaftliches Gewissen, da dieser Absatz u. a. das Vorstehende behauptet, mit Nein! zu antworten. Ähnlich mit der Frage (Absatz 4), der Frage der Formen — nicht der Thatsache — des Klassenkampfes (Absatz 3), der Frage des Umfangs der Verelendung (Absatz 2), der Frage der Formen des Besitzes der Produktionsmittel (Absatz 1).

Wacht aber die Auffassung von den Formen der tatsächlichen Entwicklung der Sozialisten oder die Auffassung von dem, was in der Gesellschaft sein soll: die sozialistische Gesinnung, das wollen? Der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten bleibt Klassenkampf, auch wenn er politisch statt auf der Straße in den Gesetzgebungsorganen und Selbstverwaltungsgorganen, und gewerkschaftlich statt durch spasmodische Koalitionskämpfe durch ständige Organisationen in gemeinschaftlichen Lohnkämpfen ausgetragen wird. Er bleibt auch Klassenkampf, wenn nicht die äußerste materielle Not, sondern die wachsenden Kulturansprüche der Arbeiter, ihr steigendes Kulturniveau und das zunehmende Bewußtsein ihrer Gleichberechtigung die Triebkraft der Arbeiterbewegung bilden. Ja, erst in dem Maße, als dies der Fall, kann und wird er zur Vergesellschaftung der Produktion führen. Was diese selbst anbelangt, so halte ich es weder für nötig noch für möglich, sie auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens gleichzeitig und in gleicher Weise durchzuführen. Kautsky hat in seiner Agrarfrage dies für die Landwirtschaft selbst zugegeben. Genauere Beschäftigung mit der Frage der Industrie würde ihn wahrscheinlich zu der Ueberzeugung führen, daß es auch da nicht anders sein kann.

Ich habe das vor zwei Jahren in meinem Artikel „Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl“ generell dargelegt, ohne daß Kautsky auch nur ein Wort des Widerspruches äußerte. Eine Note, mit der er meinen Artikel versah, ließ nicht die geringste theoretische Meinungsverschiedenheit über diesen Punkt durchblicken. Ein anderer hervorragender Parteischriststeller schrieb mir sogar einen begeisterten Zustimmungsbrief zu dem Artikel. Der betreffende hat inzwischen seine Ansicht geändert, was natürlich sein gutes Recht ist, und hilft jetzt recht tapfer gegen mich die Paule schlagen.

Dies beiläufig. Kautskys Vorwurf, daß ich meine Ansichten in meinem Buch „verflaumt“, ist ganz und gar ungerechtfertigt. Er sieht da Verflaumung, wo ich nichts zu verbergen habe, weil ich kein Dogmatiker bin. Ich habe mich im Laufe der Zeit immer mehr davon überzeugt, daß mit dem Wachstum der sozialistischen Bewegung es immer weniger angeht, ihre Maßnahmen in wenige Formeln zusammenzufassen. Sie ist, wie dies der französische marxistische Sozialist, Charles Gornier, vor einiger Zeit treffend im „Devenir Social“ darlegte, heute aus den beiden ersten Stadien — Glaube und Konzentrierung — in das dritte — Anpassung — eingetreten, und damit ist stets eine gewisse Lockerung ihrer Glaubenssätze gegeben. Denn jede Verwirklichung einer Idee erweist sich als ihre Korruption, weil sie ihre Verbindung mit dem Ueberkommen darstellt. Eine völlige Neuschöpfung hat die Welt noch nie gesehen, sondern nur Neuordnung des Bestehenden. Die Dinge entwickeln sich nicht nach logischen Begriffen, wie wir sie im Kopf konzipieren, weil die Wirklichkeit immer komplizierter ist wie unser Begriffsbild.

Kautsky geberdet sich so — und glaubt es natürlich auch — als vertrete er den proletarischen Kampf und ich irgend welchen ethischen, opportunistischen, fabianischen und der Himmel weiß, was noch für „bürgerlichen“ Sozialismus. Aber diese Gruppierung besteht nur in seiner Idee, sie entspricht keineswegs der Wirklichkeit. Er ist nicht mehr Proletarier wie ich, und ich vertritt nicht weniger den Kampf der Arbeiterklasse wie er. Ich vertritt nur andere Auffassungen über die nächsten Möglichkeiten dieses Kampfes, und wer da mehr die Wirklichkeit trifft, kann mir die Zukunft zeigen.

Ebenso wenig stehe ich mit meinem Urteil über die theoretischen Sätze des Parteiprogramms im „schroffen Gegensatz“ zu dem bis-

herigen Besein der Partei. Es heißt diesem Besein ein selbständiges Zeugnis ausstellen, wenn man es mit Sätzen identifiziert, die doch, beim größten Talent ihres Verfassers, nur eine bedingte Wahrheit ausdrücken können. Ich verwerfe nicht die in ihnen ausgeprägten Grundgedanken, sondern nur ihre Formulierung. Diese Streitfrage ist eine solche wissenschaftlicher Präzision, und nicht der Absichten und Bestrebungen.

Schließlich meint Kautsky, es handle sich nicht um die Stellung der Partei zu meiner Person, sondern zu meiner Schrift. Hier zieht nun er nicht die Konsequenz, die andere, neben ihm gegen mich kämpfende schon gezogen haben. Ich muß aber erklären, daß ich in diesem Falle die Trennung von Person und Anschauung nicht anerkennen kann. Wenn für die Anschauungen, die ich vertrete, innerhalb der Partei kein Raum ist, dann kann auch für die Person in ihr kein Raum sein. Jemand, welcher persönlichen Rücksichten keinen da nicht in Betracht kommen. Jedenfalls bin ich der letzte, sie zu beanspruchen. Eine Kampfpartei ist kein akademischer Klub.

Ich plädiere also nicht für mich, wenn ich für das Recht der von mir vertretenen Anschauung in der Partei eintrete. Kautsky giebt zu, daß ich nicht mit ihr allein stehe. Er stellt es aber so hin, als handele es sich um eine winzige Minderheit. Wichtig ist jedoch nur, daß es bloß eine Minderheit ist, die sich über ihre zum Vordringen ablegt. Die Mehrheit, die große Masse der Partei, handelt opportunistisch, ohne sich viel über die Motivierung des Kopf zu zerbrechen. Auch die Richtung, die Kautsky vertritt, ist eine Minderheit der Partei.

Was Kautsky bloß als Möglichkeit andeutet, ist von „temperamentvollen“ Vertretern seiner Richtung offen proklamiert worden: der „Mensch nach einer reinlichen Scheidung“. Da es sich dabei nicht bloß um meine Person handeln würde, kann ich über diesen Gedanken ein Wort äußern, ohne in den Verdacht zu geraten, meine eigene Sache zu plädieren.

Es ist in dieser Polemik schon wiederholt vom Chartismus die Rede gewesen. Wenn aber der Chartismus, dessen Niederlage der englischen Arbeiterbewegung noch in den Knochen liegt, an irgend etwas zu Grunde gegangen ist, so an seinen „Reinigungen“. Man glaube doch nicht, daß wenn man einmal mit dem „Reinigen“ angefangen hat, man damit so leicht zu Ende kommt. Parteien spalten sich nie „reinlich“. Raum daß der Bruch glücklich erfolgt ist, hat jeder Flügel schon wieder seine Rechte und Linke. Und da ist dann bald Gelegenheit zu neuen Meinungen. Auf diese Weise haben sich die revolutionären Chartisten so lange „gereinigt“, bis schließlich nichts mehr zu reinigen da war.

Ganz so schlimm kann es ja in Deutschland nicht kommen, dazu ist die Bewegung zu groß. Aber der Schaden, den eine „Reinigung“ der Partei zufügen könnte, wäre doch enorm. Was sie an moralischem Gewicht verlieren würde, könnte der Vorteil größerer Einheitlichkeit keineswegs eintreiben. Eine noch hunderttausenden zählende Partei kann nicht in dem Sinne einheitlich sein, wie es Kautsky vorschreibt. Weil er mit dem einheitlichen Begriff „Proletariat“ operiert, ist die Arbeiterklasse darum noch nicht die einheitliche Klasse der Theorie.

Ich lasse die Arbeiterklasse weniger abstrakt an, und doch — oder vielleicht gerade darum — habe ich größeres Vertrauen in die Arbeiterbewegung. Ich fürchte wenig für sie von der Verflüchtigung mit „Ehrenten“ und „Reinigungsaktionen“. Sie ist über die Phase hinaus, wo die Gefahr des Zerfalls in Sanftmütigkeit bestand. Wäre sie da, so würden alle „Reinigungen“ nichts dagegen fruchten. Je mehr sich die Partei reinigt, um so mehr würde sie alsdann die intime Fühlung mit der Gewerkschaftsbewegung verlieren. Gerade dadurch, daß sie ihren Rahmen so weit spannt, als der sozialistische Gedanke nur irgend erlaubt, gerade dadurch ist sie wirkliche Partei der Arbeiterklasse. Diesen Charakter zu behalten, ist mehr wert als die Konfektionierung einer revolutionären Phraseologie, die entweder überlebt oder überflüssig ist.

Kautsky sucht zwischen seinem und dem von mir und meinen Freunden vertretenen Standpunkt den „unersöhnlichen Gegensatz zweier Weltanschauungen“. Wäre das richtig, so wäre allerdings die Spaltung unvermeidlich. Ich aber bestreite es. Es ist ein Gegensatz in Bezug auf Einzelfragen, wie er sich überall findet. Er ist nicht größer wie der Gegensatz, der einst die französischen Sozialisten in Marxisten und Proudhonisten spaltete. Gegenwärtig stehen diese beiden Fraktionen sich näher wie je. Für die Praxis trennt sie so gut wie nichts. Soll heute, wo die Franzosen auf dem besten Wege sind, den Fehler von 1892 gut zu machen, die deutsche Sozialdemokratie jenen Fehler wiederholen?

Ich kann diese Erwiderung nicht schließen, ohne auf einen Vorwurf zu antworten, den Weber in seiner im „Vorwärts“ vom 25. April abgedruckten Entgegnung gegen mich erhebt. Er schreibt, daß ich gegen die deutsche Sozialdemokratie speziell auf Seite 138 meiner Schrift „ganz im Sinne Eugen Richters“ die Anklage erhebe, „durch ihr Verhalten und ihre Taktik das Bürgertum der Reaktion in die Arme getrieben zu haben“.

Ich muß das ganz entschieden bestreiten. Ich wende mich an der citierten Stelle meines Buches gegen den Satz, das Bürgertum werde immer reaktionärer, und bemerke, daß selbst wenn dies so sei, es bei der verschiedenartigen Natur der Schichten, aus denen sich das Bürgertum zusammensetzt, auf die Dauer nicht vorhalten könne. Solches Zusammenstehen finde nur statt, wenn oder so lange die betreffenden Schichten sich gleichmäßig bedroht fühlten. Letzteres sei nun aber nicht nötig, denn fast ja bedrohe die Sozialdemokratie sie nicht in gleicher Weise. Je deutlicher das gesagt werde, um so mehr werde jene einheitliche Furcht schwinden. Und ich wende mich gegen die Aktivierung dessen, was ich die Furchtlegende nenne, nämlich die Vorstellung von einer „allgemeinen, gleichzeitigen und gewaltthätigen Expropriation“.

Wie man aus diesen Sätzen eine Anklage à la Eugen Richter gegen die deutsche Sozialdemokratie herauslesen kann, ist mir um so unverständlicher, als ich gerade in meiner Schrift (siehe u. a. S. 166/167) sehr energisch die Ansicht vertritt, daß die von der deutschen Sozialdemokratie thatsächlich beobachtete Taktik nicht die der Furchtlegende sei.

Der Vorwurf berührt mich von seiten Webers um so eigenartlicher, als gerade er wiederholt sehr bestimmt die Ansicht vertritt, daß, mit dem Wachstum der Sozialdemokratie das Bürgertum notwendigerweise immer reaktionärer werden müsse.

Diese Ansicht entbehrt sicherlich nicht eines begründeten Kerns. Nur ist sie nicht in dem Sinne und in dem Maße richtig, wie es die Anschauung unterstellt, gegen die ich in meinem Buch polemisiere. Wäre sie es, so würde die Thatsache unerklärlich sein, warum z. B. in Belgien, das eine starke und fortgesetzt wachsende sozialdemokratische Partei besitzt, sich gerade jetzt die bürgerlich-liberale Partei mit dieser Partei gegen die konservativ-meritale Reaktion koalitiert. Die bürgerlichen Klassen enthalten Elemente, die, ohne Sozialisten zu sein, für die meisten von der Sozialdemokratie erstrebten demokratischen Reformen zu haben sind. An sie hat sich seitdem erst der „Vorwärts“ bei der Nachwahl im zweiten Berliner Wahlkreis gewandt und geschrieben (Artikel vom 9. April), daß gerade in Berlin „das Bürgertum der alten Jugendideale noch nicht ganz verleugnet hat“. Niemand war so thöricht, darin „Vertiefung der Klassengegensätze“ zu erblicken. Aber wenn der Appell an die bürgerlich-demokratischen Elemente in der Praxis zweckmäßig und zulässig war, dann kann auch die prinzipielle Unterbindung der Frage, ob die Sozialdemokratie einer unvermeidlich sich steigenden bürgerlichen Reaktion gegenüberstehe nicht verwerflich sein. Ueber die Thatsache selbst, bezw. den Grad ihrer Richtigkeit sind natürlich verschiedene Ansichten möglich.

Deshalb über die Verhältnisse in der Schweiz. Ich halte meine Ansicht aufrecht und bin fest überzeugt, daß die Thatsachen mir recht geben werden. Wenn Weber aber zugiebt, daß die demokratischen Einrichtungen und Ueberlieferungen der Schweiz eine besondere Kampfesweise der Sozialdemokratie zur Folge haben, so weiß ich

wirklich nicht, was der Hinweis auf die Schweizer Sozialdemokratie überhaupt gegen mich beweisen sollte. Daß auch in der Demokratie Klassenkämpfe stattfinden, habe ich nie bestritten. Ich habe nur behauptet, daß die Demokratie auf die Dauer die Formen der Austragung dieser Kämpfe mildert. Das ist sicher keine „neue tiefgründige Weisheit“. Neu ist nur, daß der Hinweis auf eine „alte Wahrheit“ eine politische Reiterei sein soll.
London, den 27. April.

E. d. Bernstein.

Arbeitslos oder arbeitschen?

Unter der Epithete „Glücksstatistik“ berichtete vor einiger Zeit der „Vorwärts“, daß das Berliner Vhl für Obdachlose im Monat März von 4809 Personen bemittelt worden ist. Nach Abzug von 227 tranken Personen bleiben noch 4042 Arbeitslose. Die „Berliner Vörsen-Zeitung“ will nun entdeckt haben, daß diese 4042 Personen zu einer sehr großen Anzahl aus Arbeitslosen bestehen, die das Vellien gewerkschaftlich betreiben. Die Zeitung sucht dies damit zu erklären, daß nach der Statistik, die 68 Verwaltungen deutscher Arbeitsnachweise in der Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht haben, gerade im März der deutsche Arbeitsmarkt ein so günstiges Gebräuge wie bisher noch niemals gehabt habe. Es seien nämlich auf 100 offene Stellen im März nur 89,8 Arbeitsuchende gekommen, d. h. es war doppelt Arbeitermangel vorhanden. Wenn die „Berliner Vörsenzeitung“ die betreffende Nummer des „Arbeitsmarktes“ sich näher angesehen hätte, so hätte sie gefunden, daß für Berlin dieser Mangel an Arbeitern ganz und gar nicht vorhanden war. In Berlin kamen vielmehr, soweit dies aus den Zahlen des „Centralvereins für Arbeitsnachweise“ zu erhellen ist, auf 100 offene Stellen 119,2 Arbeitsuchende. Dazu kommt, daß gerade in Berlin im März dieses Jahres die Zahl der beschäftigten Arbeiter lange nicht so stark zugenommen hat, wie im März des vorigen Jahres. Dies zeigen auch die Ausweise der Arbeitsnachweise Berlins, wie sie gleichfalls im „Arbeitsmarkt“ veröffentlicht wurden. Wir bringen hier diese Ausweise und deren Erläuterung, daß die Prozentzahl die Zunahme der Arbeiter im Monat März bedeutet.

Es waren beschäftigt:

	1898		1899	
	1. März	1. April	1. März	1. April
„Gewerbl. Arbeiter“	53 306	54 800	102,8	55 006
Maschinenbau-Arb.	16 084	16 963	99,9	18 178
Zimmerer	1 803	1 871	98,8	1 977
Waler	2 895	3 841	132,7	3 833
Altemperer	6 525	6 740	103,3	6 888
Tischler	19 115	18 425	96,4	19 005
Drechsler	3 206	3 846	120,0	4 210
Bildhauer	2 512	2 740	109,1	2 836
Sattler	2 261	2 484	109,9	2 330
Werkzeugmacher	4 133	4 557	110,2	4 708
Wäscheherstellung	10 272	10 581	103,9	10 838
Hutmacher	2 180	2 230	102,3	2 357
Wachmacher	11 630	11 746	101,0	10 889
Bureau-Angestellte	2 262	2 312	102,2	4 188
Postleute	50 439	51 845	102,8	53 065
Gastwirte	14 818	15 175	102,4	17 873
Photographen	672	671	99,9	729
Zusammen	213 625	219 286	102,7	228 062

Die Zahl der Beschäftigten ist also im Vorjahre viel schneller gewachsen als im Jahre 1899 bei den gewerblichen Arbeitern, den Maschinenbau-Arbeitern, den Zimmerern, Walern, Altemperern, Bildhauern, Drechslern, Sattlern, Werkzeugmachern, Konfektionsarbeitern, Hutmachern, Wachmachern, Bureau-Angestellten und Gastwirten. Der Zusatz nach Berlin ist dagegen seit Beginn dieses Jahres so stark, als ob die Lage der Industrie in Berlin noch ebenso flott wäre, wie im Jahre zuvor. Das trifft für Berlin speziell nicht zu. Da nun aber — wie aus unserer Tabelle hervorgeht — die Zunahme der Arbeiter in geringerem Grade erfolgt, als im Vorjahre, so ist es ganz natürlich, daß in Berlin sich ein Ueberangebot von Arbeitskräften befindet, von denen ein Teil sich im Vhl für Obdachlose zusammenfinden muß. Wichtig ist allerdings, was die „Berliner Vörsen-Zeitung“ über die Notwendigkeit der Organisation des Arbeitsmarktes sagt. Wäre eine solche Organisation für ganz Deutschland vorhanden und genügend centralisiert, dann wäre ein rascher Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot in den verschiedenen Gegenden Deutschlands möglich. Allerdings gehörte dazu eine wesentliche Verbilligung der heutigen Eisenbahntarife; denn ein Arbeitsuchender, der mit seinem bisherigen Geld von seiner Heimat nach Berlin reist und dort keine Stelle finden kann, ist in den häufigsten Fällen nachher nicht mehr in der Lage, die hohen Eisenbahnfahrkosten zu zahlen, die ihn an einen Ort bringen könnten, wo Nachfrage nach Arbeitern besteht. Nicht um Arbeitslose handelt es sich also im wesentlichen bei den in Berlin vorhandenen Obdachlosen, sondern um wirkliche Arbeitslose, die im Vertrauen auf die gute Geschäftskonjunktur und in Unkenntnis über die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes in Berlin sich befinden.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Steinischer. In Eisenburg haben die Unternehmer die sämtlichen Forderungen bewilligt: zehnständige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, auswärts 48 Pf., Lohnzahlung des Sonnabends auf der Baustelle und Stellung von Baubuden. Die Pfisterer in Köln (Rhein) hatten an die Unternehmer den Antrag auf Einführung einer geregelten Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr einschließlich 2 1/2 Stunden Pausen gestellt. Montags soll die Arbeit jedoch erst um 7 Uhr morgens beginnen und Sonnabends eine Stunde früher beendet werden, an den Sonntagen der hohen Feste zwei Stunden früher. Desgleichen verlangen die Pfisterer Auszahlung des Lohnes Sonnabends auf der Baustelle und endlich die Stellung von Wagen zur Aufbewahrung des Handwerkszeuges. Letztere Forderung liegt nur im Interesse des Unternehmers. Alle größeren Firmen haben schriftlich erklärt, daß sie die angeführten Forderungen bewilligen, aber statt des bisherigen Tagelohnes Stundenlohn einführen wollen. Hiermit wollen sich die Arbeiter nicht einverstanden erklären. In Frankfurt a. M. und Umgebung ist es mehrfach zu Arbeitskesselfestungen gekommen. So kürzlich bei der Firma Hubert & Wodenseim. Nachdem die Arbeit einen Tag geruht, wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Eine friedliche Vereinbarung mit der Kommission der Arbeiter war abgelehnt worden. Gleichfalls die Arbeit niedergelegt haben die Arbeiter der Firma Bratengier in Spandau. Die Arbeiter der Steinmeier, die zum großen Teile dem Hamburger Verein der Arbeiter angehören, haben erklärt, die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen zu können, trotzdem ein großer Teil Arbeiter schon zu den aufgestellten Bedingungen arbeitet. Auf eine nochmalige Anfrage haben sich die Herren zur mündlichen Unterhandlung bereit erklärt, jedoch durchblicken lassen, daß sie sich davon keinen Erfolg versprechen. Gleichfalls die Anträge der Arbeiter abgelehnt haben die Steinmeier in Wittenberge. Dagegen haben die Arbeiter der Steinmeier die sämtlichen aufgestellten Forderungen bewilligt: zehnständige Arbeitszeit, 50 Pf. Stundenlohn und Stellung von Baubuden.

*) Der obige Artikel erscheint infolge Raummangels verspätet. D. Red.

Die Tischler in Clausthal-Zellerfeld legen sämtlich die Arbeit nieder. Sie verlangen wöchentlich eine Arbeitszeit von 58 Stunden und 15 Proz. Lohnzuschlag.

Ausland.

Der Tischlerstreik in Bern ist nach sechswöchentlichem Kampf durch eine Vereinbarung mit den Meistern beendet. Der Versuch der Unternehmer, den Minimallohn zu beseitigen, ist gescheitert; man einigte sich dahin, daß mit Ausnahme der jüngeren Kräfte ein Minimallohn von 4 Fr. bezahlt wird.

In Bräut (Kanton Bern) ist es anläßlich einer Bewegung für Lohnsteigerung zum Streik der Uhrmacher gekommen, den die nichtbetroffenen Fabrikanten selbst mit der Aussperrung ihrer Arbeiter beantworteten. Es feiern 600 Uhrmacher.

Die Schuhmacher in Zürich traten am 1. Mai mit der Feier des Tages auch zugleich in den Streik bei allen Meistern, welche die Forderungen noch nicht bewilligt hatten. Der Ausstand dürfte jedoch bei der Reinigung der meisten Meister zum Entgegenkommen nicht von langer Dauer sein.

Die italienischen Erdarbeiter stellten am Bau der neuen Bahnhofs-Verkehrs-Station bei Mailand die Arbeit wegen verweigertem Lohnsteigerung ein. Leider mußten sie ohne Erreichung des Zweckes die Arbeit wieder aufnehmen.

In Dänemark beginnt ein großer Konflikt im Tischlergewerbe. Die Tischlergesellen in 7 jütischen Städten verlangen durch ihren Verband einen Minimallohn von 35-40 Öre (bisher 30-35, an einem Ort sogar nur 25-30). Da bis zum 1. April eine Einigung nicht erlangt war, legten die Gesellen an den meisten Orten die Arbeit nieder. Mitte April fanden Verhandlungen der Meister- und Gesellenverbände statt. Es wurde eine Vereinbarung vorgeschlagen, die vorläufige Löhne schätzte bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit. (Kopenhagen 2. 4. 36 Öre.) Die definitive Festlegung sollte ein Gemeindefest des dänischen Arbeiterverbandes und der vereinigten Fachvereine treffen. Diese Vereinbarung haben die Gesellenverbände der jütischen Städte abgelehnt und ist darauf Aussperrung bei allen Mitgliedern des Arbeitgebervereins beschlossen.

Auf Bornholm haben die Eisenbahnarbeiter, 77 von 100, die Arbeit niedergelegt, die übrigen folgten in diesen Tagen. Sie erhielten 25-30 Öre und verlangen 30-35.

In Christiania legten die Hafenarbeiter die Arbeit nieder. Der Ausstand umfaßt 1000 Mann.

Der Kampf um das Vereinsrecht in Schweden. Die Behörden in den Kampfschritten haben ein neues Mittel zur Verhinderung der ihr Recht verteidigenden Arbeiter gefunden. In Sundsvall hat man die Arbeiter wegen „Unhöflichkeit und Unbereitschaft“ verhaftet, da sie aus ihren Arbeiterwohnungen ausgewiesen sind und keinen Arbeitsverdienst nachweisen können. Natürlich ist sofort energische Beschwerde eingebracht, denn den Arbeitern ist vorläufig von der Landesorganisation eine wöchentliche Unterstützung von 6 Kr. (bzw. 11 Kr. bei solchen mit Familie) zugesichert und auch Logis ist für alle aus den Wohnungen Gewiesenen beschafft. Es werden wöchentlich verteilt 9000,00 Kr. und 165 Kr. Mietgeld an 1200 ausgesperrte Arbeiter mit 3402 Familiengliedern.

Zugleich hat in Schweden eine zweite große Aussperrung begonnen. Weil die Fundamentierungsarbeiter in Stockholm bei einer Firma infolge von Konfliktschritten die Arbeit niedergelegt, hat der Verband der Unternehmer beschlossen, vom 1. Mai ab allen Arbeitern zu kündigen, bis der Konflikt bei jener Firma zu Gunsten der Unternehmer beendet ist. Die Aussperrung umfaßt 2000 Arbeiter. Der Grund des ursprünglichen Konflikts ist ein neuer Preiscontant des Fundamentierungsarbeiter-Verbandes, da die Arbeitgeber eine „Tarifreform“ einführen wollten, die eine Lohnherabsetzung bedeutet hätte. Eine Verhandlung mit dem Unternehmerverband war nicht zu erreichen und so beschloß der Arbeiterverband, daß bei jedem unternehmenen Neubau die Durchführung des Tarifs versucht werden solle. Darauf hat der Unternehmerverband mit der allgemeinen Aussperrung geantwortet.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Konditoren fand am Anfang der Forderungen der Bäcker-Arbeiter statt. H. F. Schold referierte über „die Lohnbewegung im Bäckergewerbe“ und empfahl die bereits in den Bäckerversammlungen besprochenen Forderungen auch den Konditoren zur Annahme. Schneider erachtet es für unbedingt notwendig, daß die Bäcker-Arbeiter und Konditoren Hand in Hand arbeiten für Ausrottung der Notstände. Während in früheren Jahren der Konditor noch als gewisser Künstler galt, sei er in den letzten Jahren immer mehr zum Lohnsklaven herabgesunken, deshalb führen viele der Konditoren ein schmerzliches Dasein als ein Teil der Bäcker-Arbeiter. Möge die gegenwärtige Lohnbewegung der Bäcker auch die Konditoren veranlassen, nicht mehr wie im Jahre 1880 hatenlos zuzusehen oder gar den Bäckern in den Rücken zu fallen. Der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen der beiden Redner folgte eine längere und oft lebhaft besprochene, in welcher mehrere Redner die Zustände im Konditorgewerbe eingehend schilderten und ein Zusammengehen mit den Bäcker-Arbeitern für notwendig erachteten. Eine in diesem Sinne gestellte Resolution, laut welcher sich die Konditoren verpflichten, die Forderungen der Bäcker-Arbeiter in jeder Weise tatkräftig zu unterstützen, gelangte einstimmig zur Annahme, nachdem sich auch die Vertreter des Hirsch-Dunderschen Ortsvereins und der anderen Vereine dafür erklärt hatten. Der hierauf verlesene Bericht des Vertrauensmanns der Konditoren ging aus, ergab eine Einnahme von 55,90 M. und einer Ausgabe von 10,30 M., so daß ein Bestand von 45,60 M. verbleibt. Die Mithilfe der Abrechnung wird von den Revisoren bestätigt und darauf die beantragte Entlassung erteilt. Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf die am 18. Mai stattfindende Vereinsversammlung der Konditoren aufmerksam gemacht.

Die Stuccateure beschäftigten sich in einer am Donnerstag abgehaltenen, zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung mit der Bewegung für Abschaffung der Accordarbeit. Der Vertrauensmann D. A. Schütz führte aus: Auf Beschluß der vorigen Versammlung sei den Unternehmern die Forderung unterbreitet worden mit dem Entschluß, bis zum Freitag der vergangenen Woche darauf zu antworten. Von allen Unternehmern Berlin und der Umgebung hätten nur drei geantwortet, und zwar zögernd. Es fragte sich nun, ob die gegenwärtige Zeit geeignet sei, und ob die Kollegen sich für stark genug halten, in eine Bewegung für Abschaffung der Accordarbeit einzutreten. Nach dem Vortragsnachweis für Berlin seien zur Zeit 185 Bantzen, die für die Stuccateure in Betracht kommen, in Arbeit. Mehrere man dazu noch die Bantzen in den Vororten, so könne die Arbeitslosigkeit der Stuccateure als eine günstige bezeichnet werden. Andererseits sei zu bedenken, daß die Organisation noch nicht die Mehrheit der Kollegen umfasse, und auch die Verträge zum Streikfonds nicht gerade reichlich geflossen seien. Gleichwohl sei die Zeit geeignet für den Eintritt in die Bewegung. — Es folgte eine eingehende Diskussion. Die Redner waren darüber einer Meinung, daß die Lohnarbeit durchführbar sei, ob man aber augenblicklich schon in die Bewegung eintreten könne, darüber gingen die Ansichten auseinander. Krebs vertrat mit großer Entschiedenheit den Standpunkt, die Lohnbewegung müsse in die Organisation gelegt werden. Zu diesem Zwecke müsse aber die Organisation erst durch eine energische Agitation geklärt werden. Er nicht von den 900 in Berlin arbeitenden Stuccateuren wenigstens 700 organisiert seien, habe die Bewegung keine Aussicht auf Erfolg. Anher diesem Redner waren es namentlich einige Zugabebeiter, die von der Bewegung nichts wissen wollten. Dagegen waren die Anhänger der Meinung, daß man jetzt in die Bewegung eintreten müsse, da die Zeit gar nicht günstiger sein könne. Am Schluß der sehr langen Debatte

wurde folgende Resolution mit 157 gegen 80 Stimmen angenommen:

Die Versammlung beschließt, auf Grund der gepflogenen Debatte, sowie auf Grund der Abstimmung, mit dem System der Accordarbeit zu brechen. Sie hält den Zeitpunkt für geeignet, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten: Einführung der Lohnarbeit. Die Anwesenden verpflichten sich, am Montag, den 8. Mai die Arbeit dort nicht wieder aufzunehmen, wo der Tarif nicht durch Unterschrift anerkannt ist.

Die im Omnibusbetriebe des Berliner Spedition-Vereins Angestellten hatten vor kurzem eine Kommission aus den Reihen der lokalorganisierten Handels- und Verkehrsarbeiter gewählt, welche bei der Direktion wegen Verbesserung der Lage der Omnibusangestellten vorstellig werden sollte. In einer Versammlung dieser Angestellten, die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in Jubeils Lokal stattfand, berichtete Klein namens der Kommission über eine Unterredung, welche er in der vorliegenden Angelegenheit mit dem Direktor des Berliner Spedition-Vereins gehabt hat. Er habe dem Direktor vorgelegt, daß die Angestellten vor allem eine Aufbesserung der Löhne wünschten. Den Schaffnern sei es unmöglich, mit dem Lohn, der 53-55 M. monatlich betrage, auszukommen, und es sei ein unwürdiges Verhältnis, daß diese Angestellten auf die Einkünfte der Fahrgäste rechnen müßten. Die Strafen, welche die Angestellten für Versehen im Dienst zahlen müßten, seien zu hoch, auch müßten den Angestellten gesagt werden, zu welchem Zweck die Strafgelder verwendet würden. Der Direktor habe jede Verhandlung mit „fremden Personen“ abgelehnt und gemeint, „seine Leute“ seien mit den Löhnen zufrieden. Auf weitere Vorstellungen Kleins habe sich der Direktor bereit erklärt, mit einer aus Angestellten des Betriebes gebildeten Kommission zu verhandeln, und versichert, daß die Kommissionsmitglieder keine Maßregelung zu befürchten hätten. — Der Redner machte nun den Vorschlag, eine Kommission einzusetzen und dieselben zu empfehlen, daß sie für eine Verlängerung der Arbeitszeit von 17 auf 12 Stunden, sowie für Erhöhung der Monatslöhne auf 75-100 M. eintrete. Weiter teilte Klein mit, daß die Reichskommission für Arbeiterstatistik, sowie die städtischen Behörden bereits von der traurigen Lage der Omnibus-Angestellten Mitteilung erhalten hätten und sich mit derselben wohl beschäftigen würden. — In der Diskussion nahm Reichs-Abgeordneter Jubeil das Wort. Da er von den meisten Anwesenden Kenntnis erhalten habe, werde er dieselben im Reichstage, sowie in der Stadtverordneten-Versammlung bei passender Gelegenheit zur Sprache bringen. Er riet den Angestellten, daß sie dem Polizeipräsidenten Mitteilung von den besprochenen Mängeln machen und die Behörde ersuchen möchten, daß sie bei der Genehmigung der neuen Jahrspläne des Berliner Spedition-Vereins veranlasse, in seinem Omnibusbetriebe die ständige Arbeitszeit einzuführen, welche ja schon in anderen Verkehrsinstituten bestehe. — Die Versammlung wählte eine Kommission von neun Angestellten und beschloß einstimmig, daß auch Klein als Unparteilicher den Verhandlungen mit der Direktion beizuhelfen solle.

Die Malfier der Berliner Gastwirtschaftlichen. Die organisierten Malfier, von denselben proletarischen Klassenbewußtsein durchdrungen, als die Angehörigen anderer Berufe, konnten ihre Malfier erst am 3. Mai begehen, und zwar im „Elysium“, Landsberger Allee. Es mochten etwa 700 Männer und Frauen erschienen sein, um bei Konzert und Tanz, humoristischen und vom Gesangsverein des Verbandes ausgeführten Gesangsvorträgen, Theateraufführungen und so weiter sich zu erheuen. Eine angekündigte Feste wurde von der um alles besorgten Polizei verboten. Doch dieses kleine „Intermezzo“ hat der Festimmung keine Einbuße.

Eine kombinierte Mitgliederversammlung der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Hölzer 1 und 2) die am 28. April tagte, nahm folgende Resolution an: Die Versammlung glaubt durch Anschluß an den deutschen Holzarbeiter-Verband sich in ihrer Entwicklung gehemmt und kann ihre Interessen nicht in dem Maße vertreten, wie es notwendig erscheint. Sie beschließt daher für Berlin und Umgebung eine Lokalorganisation zu gründen, und wählt eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten. — Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft, da viele Redner gegen die Resolution sprachen. Es waren zwei Vertreter vom Holzarbeiter-Verband erschienen, welche der Versammlung in sehr sachlicher Weise den Anschluß empfahlen, sie konnten aber mit ihren Ausführungen nicht durchdringen, weil die Mitglieder nur für Lokalorganisation zu haben sind.

Im Verein der Plätterinnen wurde am Dienstag eine Angelegenheit verhandelt, die den Verein schon in der vorigen Sitzung beschäftigt hatte. Es handelt sich um folgenden Fall: Frau Kraft, eine Zwischenschneiderin, welche für die Wäscheabteilung von Hammerstein u. Hirschberg arbeiten ließ, hatte am Ostermontag den bei ihr beschäftigten Plätterinnen den fälligen Wochenlohn nicht ausbezahlt. Statt dessen zahlte die Firma Hammerstein u. Hirschberg den Lohn, ließ aber von den betreffenden Plätterinnen ein Schriftstück unterzeichnen, worin der empfangene Lohn als ein Voranschlag bezeichnet wird, den die Firma an die Arbeiterinnen geleistet hat, und den abzurufen sich die letzteren verpflichteten. Da dieser sogenannte Voranschlag in Wirklichkeit nichts anderes ist, als der von den Plätterinnen in der Woche vor Ostern tatsächlich verdiente Lohn, der ihnen aber, nachdem sie unbedachtweise das Schriftstück unterzeichnet hatten, jederzeit durch die Firma von den später fälligen Löhnen wieder abgezogen werden kann, so hatte dieses Vorgehen der Firma den beabsichtigten Unwillen der organisierten Plätterinnen hervorgerufen und war von diesen allgemein verurteilt worden. Der in der letzten Versammlung des Vereins der Plätterinnen anwesende Herr Hammerstein gab für das Verhalten seiner Firma folgende Erklärung ab: Er habe zum 1. April das geschäftliche Verhältnis zu der Zwischenschneiderin Frau Kraft gelöst, und da diese ihm eine erhebliche Summe schulde, so habe er ihr die am Ostermontag geleistete Arbeit nicht mehr bezahlt. Nun habe auch Frau Kraft an die von ihr beschäftigten Plätterinnen keine Lohnzahlung geleistet. Die Firma wolle den bisher von der Zwischenschneiderin geleisteten Betrieb selber übernehmen, und um sich die Arbeiterinnen zu erhalten, habe die Firma den Eid gemacht, den Lohn, zu dessen Zahlung sie rechtlich nicht verpflichtet sei, in Form eines Voranschlusses an die Plätterinnen zu leisten, und diese dadurch für die nächste Zeit an die Fabrik von Hammerstein u. Hirschberg zu fesseln. Ueber diese Angelegenheit wurde lange und eingehend diskutiert und das Verhalten der Firma seitens der Vereinsmitglieder entschieden gemißbilligt. Auf mehrfache Anfragen erklärte Herr Hammerstein schließlich, er werde den Arbeiterinnen den „Voranschlag“ nicht abziehen, jedenfalls nicht eher, als bis sie ihren Lohn von der Frau Kraft, die allein zur Zahlung desselben verpflichtet sei, erhalten hätten.

Die Handelskassenarbeiter (lokaler Nahrung) hielten am 23. April ihre Generalversammlung ab. Dem Rapport über den Verlauf des Jahres, daß im ersten Vierteljahr die gesamte Einnahme 9750,40 M. betrug, dem eine Ausgabe von 3359,88 M. gegenüberstand. Das gesamte Vermögen betrug am 1. April 1899 8419,14 M. Der Arbeitsnachweis gestaltete sich folgendermaßen: Stellen wurden gemeldet 280 für fest, 190 zur Anstellung, 84 von Unternehmern. Die Kollegen meldeten 52 für fest und 10 zur Anstellung. Befehl wurden 170; davon 139 für fest und 31 zur Anstellung. 116 waren nicht zu besetzen wegen niedrigem Lohn, langer Arbeitszeit usw. Der Lohn betrug als höchster 20 bis 22 Mark, als niedrigster 8 bis 10 M. pro Woche. Stellenlos waren vom 1. Januar bis 31. März 182 Kollegen, die längste Arbeitslosigkeit betrug 16 Wochen, die kürzeste 1 Tag; durchschnittlich 4-6 Wochen. Angaben über Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, sowie Sonntagarbeit werden von Seiten der Unternehmer so gut wie keine gemacht. Zum zweiten Bureauarbeiter wurde Steinicke gewählt. Es erfolgte nun die Wahl des Vorstandes und wurde Straube zum ersten Vorsitzenden, Klein zum Kassierer und Stellenvermittler, Förster zum Schriftführer und Koch, Meyer, Freude, Kertischer, Hoffstädt, Replink, Grothe, Wode, Müller und Stange gewählt.

Die Angestellten in Versicherungs-Gesellschaften hatten sich am Mittwoch ziemlich zahlreich in den Rathshäusern versammelt. Dem Vortrag, den Georg Wagner hielt, folgte eine äußerst erregte Diskussion. Ein Herr Blobel versuchte unter allerlei unmotivierten Angriffen gegen den Vortragenden und gegen den Centralverein für Versicherungsbeamte Stimmung zu machen. So behauptete er, der Centralverein sei nur eine socialdemokratische Erfindung, Streiks seien rohe Gewaltmittel und die Vereinsangehörigen müßten alle Socialdemokraten hinausdrängen, wenn sie ein wenig Vernunft hätten. Die folgenden Redner, unter ihnen Bauer und Faber, zeigten deutlich die Parteilichkeit der Behauptungen des antisocialistischen Agitators. Unter allseitiger Zustimmung führten sie aus, daß jede Gewerkschaft jeden Berufsangehörigen aufnehmen ohne Ansehen seiner Religion und politischen Überzeugung, und daß der Streik das einzige Kampfmittel der Arbeiter sei. Für die im Versicherungsfach beschäftigten jugendlichen Arbeiter bestanden keine Schugbestimmungen, die im Rahmen dienst Beschäftigten unterlägen nicht der Krankenversicherungspflicht. Besonders wurde das Ueberstundenwesen gerügt. Die alten Vereine hätten noch nichts gethan, diese Mängel zu beseitigen. Ein alter Herr, der 22 Jahre im Versicherungsfach thätig gewesen ist, schilderte aus seiner Erfahrung die jammervollen Erwerbsverhältnisse der Jugendbeamten, die oft monatelang von früh morgens bis in die Nacht hinein unterwegs sein müssen und doch nichts verdienen haben. Eine Resolution, die sich für die Bestrebungen des Centralvereins und für die in ihm zu erfolgende Vereinigung der Versicherungsangestellten aussprach, wurde gegen nur zwei Stimmen angenommen.

Gold- und Silberarbeiter. Am 23. April tagte im „Dresdener Garten“ die regelmäßige Monatsversammlung der hiesigen Goldschmiede. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß durch den Arbeitsnachweis verschiedene Stellen zu besetzen sind, und bittet die Kollegen dieses zu beachten. Hierauf hielt Herr Doktor Wolff ein in einem sehr interessanten Vortrag über die Verhältnisse der Goldschmiede. Zur Verlesung gelangte sodann der Kassenbericht, dem sich eine lebhafteste Debatte über die Feier des 1. Mai anschloß. Es wurde beschlossen, an diesem Tage eine Parteipartie von Westend nach Pichelsdorf zu machen. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gemacht hatte, daß auf Listen für die Weber in Streik bis jetzt 400 M. eingegangen sind, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine stark besuchte Versammlung von Theaterarbeitern, die der Verein des technischen Personals deutscher Bühnen einberufen hatte, fand in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag statt. Reichs-Abgeordneter Reichs h. h. hielt einen Vortrag, in dem er unter Hinweis auf die Verhältnisse des technischen Bühnenpersonals darlegte, daß die Angehörigen dieses Berufs, wenn sie ihre traurige Lage verbessern wollen, sich eine Organisation, wie sie die industriellen Arbeiter haben, schaffen müssen. — Die Versammlung erklärte sich durch Annahme einer Resolution mit dem von Referenten vertretenen Ansichten einverstanden und setzte dann eine Kommission ein, welche in Verbindung mit dem Vorstande des Vereins des technischen Bühnenpersonals die Statuten dieses Vereins derart umgestalten soll, daß derselbe als eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation angesehen werden und als solche wirken kann. Die Versammlungen des Vereins sollen von jetzt an im „Vorwärts“ angezeigt werden.

Der Verein der Rattenmacher hielt am 23. April seine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst beschloß der Verein, in nächster Zeit einen Ausflug nach der Treptower Sternwarte zu unternehmen. Sodann gab der Kassierer Hauke die Abrechnung vom 1. Quartal. Danach betrug die Einnahme 310,20 M., die Ausgabe 242,24 M. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Franz Schulz; 2. Vorsitzender: Jodel; 1. Schriftführer: Oehme; 2. Schriftführer: Voigt; 1. Kassierer: Hauke; 2. Kassierer: Gabe; Revisoren: Wittmann, Martin und Rood. Ueber den Streik bei Feste wurde berichtet, daß sich derselbe in einem Stadium befindet, wo der Unternehmer gezwungen ist, zu kapitulieren, denn die paar Streikbrecher kommen gar nicht in Betracht. Sodann wurden 80 neue Mitglieder aufgenommen und Albert Klotz aus dem Verein ausgeschlossen.

In Groß-Lichterfelde fand am 20. v. M. eine öffentliche gut besuchte Arbeiter-Versammlung statt. Hall referierte über die Lohnbewegung am Ort, deren günstiger Abschluß durch die Erringung 9 stündiger Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn erfolgt sei; nur bezüglich der Kollegen auf dem Bahnhofsplan, die noch unter dem Tarif arbeiten, wurde lebhafteste Klage geführt. Schmitt erwiderte ebenfalls die guten Erfolge der Lohnbewegung und rief die Aufforderung an die Kollegen, auch das Errungene hochzuhalten. Bezüglich der Malfier sprachen sich eine ganze Reihe der Anwesenden dahin aus, daß die Kollegen den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe feiern und an den Parteiveranstaltungen im Restaurant Bagel sich unter allen Umständen beteiligen sollen. Ein dahin gehender Beschluß, der sich für möglichst viele Arbeitsruhe ausspricht, findet Annahme.

Tegel. Am 24. April fand hier die Fortsetzung der antisocialistischen Volksversammlung statt, in welcher Herr v. Mosch wieder in höchst belustigender Art über das Judentum herzog. Zu der weiteren Diskussion dienten unsere Genossen Kiesel und Rofke dem Herrn in treffender Weise unter großem Beifall der Versammlung. Es wurde sodann ein Antrag angenommen, eine Zerkersammlung stattfinden zu lassen, deren Ertrag den Kesselfeldern Weibern zu überweisen ist. Herr v. Mosch war natürlich nicht sehr erhaben von dem Antrag und bezeichnete es als ein Unrecht, daß man ihn nur zum zweitenmal die Aufkosten für die Versammlung aus seiner Tasche bezahlen lasse. Jedoch stimmte er schließlich dem Antrag zu.

Weiskenen. Der hiesige Arbeiterverein nahm in der Sitzung am 24. April den Kassenbericht vom 1. Quartal entgegen. Danach verfügte der Verein über eine Einnahme von 512,65 M. und hatte eine Ausgabe von 386,38 M. Die Mitgliederzahl beträgt 342. Der Vorsitzende gab bekannt, daß auf die Beschwerde über die Auflösung der Versammlung vom Regierungspräsidenten die Antwort eingetroffen ist, daß die Beschwerde nicht zu spät eingekommen ist.

Köpenick. Am 27. April tagte hier eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung von Männern und Frauen im Saale des Herrn Kelle, in welcher Reichs-Abgeordneter August Webel unter geistvoller Anwesenheit der Zuhörer einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Unsere politische Lage“ hielt. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen; jedoch durch einstimmige Annahme einer Resolution bekundeten die Versammelten, daß auch sie die Abkündigung des Vortrages im Anschluß an die Socialdemokratie und an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erbilden. Unter Vorsitz des Herrn Webel wurde dann noch das Verhalten der Ortspolizeibehörde den öffentlichen Versammlungen gegenüber, an welchen Frauen teilnehmen, besprochen und die Antwort des Bürgermeisters auf die vom Vertrauensmann wegen Auflösung der Volksversammlung bei Klein eingeleitete Beschwerde verlesen.

Humannische Gemeinde. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10½ Uhr, im oberen Saal des Bangerhofs, Regelmäßig 10/11 hält Herr Dr. Rud. Benzig den 2. Teil des Kurses: Unter Thun und Effen. Was wir sollen. Damen und Herren gehen freien Eintritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehrke: „Idealismus.“ Gäste willkommen.

Waldhof. Am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3½ Uhr, findet im Saale von Schanzer, Waldhofstr. 10, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Tagesordnung: „Die Aussperrungen anläßlich der Malfier.“ Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Feste Preise!

Carl Stier

Fabrik

Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin SO., Oranienstr. 168,
empfiehlt in grösster Auswahl
seine selbstgefertigten Waren:



Kammgarn-Anzüge i. schwarz, blau o. d. braun, ein- od. zweireih., 20, 25, 27, 30, 33, 36-50 Mk.
Kammgarn-Anzüge in schönen Melangen, grau, grünlich, gelblich, meliert, 25, 27, 30, 33, 36, 42, 45, 50 Mk.
Cheviot-Anzüge in schwarz, blau oder braun, 15, 16, 50, 18, 20, 22, 25, 27, 30, 33, 36, 42, 45, 50 Mk.
Cheviot-Anzüge in melierten und karierten Mustern, 22, 25, 27, 30, 33, 36, 39, 45 Mk.
Zwirnbuckskin-Anzüge in soliden Dessins, 15, 18, 22, 25, 27-36 Mk.
Elegante Rock-Anzüge in Cheviot oder Kammgarn, 30, 33, 35, 42, 45, 50 Mk.
Hochfeine Gehrock-Anzüge, elegante Salon-Anzüge, 36, 42, 45, 50 Mk.
Radfahrer-Anzüge in soliden, haltbaren Lodenstoffen, 12, 15, 16, 18, 20-30 Mk.
Jünglings-Anzüge in hübschen Dessins, neue Muster, 10, 12, 13-27 Mk.
Knaben-Anzüge in blau Cheviot mit Matrosenkragen und geschmackvollem Ueberkragen, blau, rot, weiss etc., 4, 5, 6, 8-12 Mk.
Knaben-Anzüge in melierten Stoffen und eleganten Fagons, 3, 3, 5, 4, 5, 6, 9-12 Mk.
Paletots in Cheviot, meliert, solide Paletots, 15, 15, 20, 25, 30 Mk.
Paletots in Kammgarn, hochfein, 22, 25, 27, 30, 36-40 Mk.
Paletots in modernen Sport-Farben, hochelegant, 20, 22, 50, 25, 27-36 Mk.
Havelocks in soliden Lodenstoffen, 9, 10, 50, 12, 15, 18, 20-33 Mk.
Paletots u. Havelocks für Jünglinge u. Knaben entsprechend billiger.
Hosen in Kammgarn, neue feine Muster, 5, 6, 50, 7, 50, 8, 9, 10, 50, 12-16, 50 Mk.
Hosen in Cheviot, gestreift oder kariert, elegante Dessins, 3, 3, 50, 4, 50, 5, 50, 6, 50 bis 10, 50-15 Mk.
Hosen in Velour oder gewirnten Stoffen, solide, haltb. Qualitäten, 3, 5, 6, 50, 8, 10, 50-12 Mk.
Hosen für den täglichen Gebrauch, derbe haltbare Stoffe, 1, 75, 2, 2, 25, 2, 50, 3-6 Mk.
Joppen in Lodenstoffen, auch wasserdicht, 3, 4, 50, 6, 8, 9, 10, 50-15-20 Mk.
Lästre-, Kaschmir-, Panama-Jackets 2, 50, 2, 75, 3, 50, 4, 50, 5, 5, 50-8-12 Mk.

Nach auswärts sende Muster und Massanleitung frei zu.
Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten
Sitz und tadellose Ausführung meiner Fabrikate. [1476L*]

Dauerhafte Stoffe!

**-Räder,
Fahr-Radbestände
Radreparaturen
reell und billigst
in der Fahrrad-Fabrik
Frankfurter Allee 131.**

**Herren- u. Konfirmandenhüte, 1 Mark,
nur neue moderne Sachen, [1641L*]
Prima Qualität 1,50 und 2,-
Die beliebtesten Arbeitshüte immer 65 Pf.
früher Garnmfr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstrasse 25 A.**

13. Ziehung d. 4. Klasse 200. Rgl. Preuss. Lotterie.

Beziehung vom 3. Mai 1899, veranlasst,
dass die Gewinne über 200 Mark aus den betreffenden
Klassen in Vorschläge beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

175 [300] 301 304 81 716 [1000] 886 961 1117 65 236 315
92 225 29 53 791 950 2115 534 664 [3000] 91 851 79 088 3005
97 224 85 [1000] 810 92 98 425 505 85 08 657 761 813 94 900 18
75 4019 114 15 50 209 21 40 41 463 335 50 862 705 32 979
9208 425 530 37 702 05 805 [1000] 0121 310 [3000] 425 632
90 878 922 [3000] 7061 105 335 25 [1000] 527 40 830 81 749
874 901 8477 [3000] 575 701 9 834 929 9182 306 412 27 [500]
676 616 55 757 07 418 35 [300] 93
10038 104 64 302 73 401 5 20 858 97 908 11081 149 83
870 432 506 737 849 12022 [3000] 158 96 214 [3000] 325 891
45 944 13107 [1000] 21 85 311 99 414 694 946 14079 226 30
42 461 578 88 [3000] 633 820 87 [3000] 15021 97 168 215 388 43
635 625 37 300 99 958 10008 197 227 479 331 862 [500] 980
17011 310 26 30 63 93 567 [3000] 50 707 72 938 [300] 73
13076 81 229 424 70 500 [300] 54 40 683 927 12122 24 31
[3000] 876 921
20127 30 345 429 764 908 21130 341 545 79 [300] 633 722
97 987 22122 219 413 30 99 620 46 91 881 24012 42 24089
937 311 73 85 [3000] 453 579 [3000] 759 823 909 25084 137 227
2336 606 29 63 20148 255 382 509 80 96 627 788 824 27030
174 303 30 78 525 94 024 [1000] 52 78 77 28022 100 [300] 354
434 542 742 88 23044 303 545 637 754 95 800 900 4
30094 345 41 [3000] 876 344 600 73 823 900 10174 100
[3000] 332 42 45 54 80 541 60 507 53 716 [3000] 79 817 73
93 097 48 32102 212 50 62 408 525 92 94 645 57 77 753 835 40
61 901 27 33005 67 134 28 301 508 19 24 33 638 970 34003
211 49 406 10 599 616 732 940 35073 347 612 730 [3000] 962
30002 73 119 639 923 92 37218 22 331 430 500 [3000] 732
138176 321 700 73 829 89 99 955 39201 131 [300] 80 419 65
40171 70 99 814 35 927
40092 83 617 61 40 41096 513 59 [300] 617 54 738 54 87
418 82 42001 60 136 74 92 97 009 91 912 43073 [3000] 306
99 [1000] 82 681 91 [3000] 709 05 813 [3000] 47 862 72 44296
313 495 065 05 45094 196 [3000] 210 25 314 15 49 402 33 933
40088 130 85 207 375 622 635 05 95 511 [1000] 900 47190 380 425
[1000] 45 515 606 722 37 682 33 73 49027 165 260 [500] 317
95 404 815 49187 245 331 470 590 613 47 972
50121 845 422 60 850 14 76 890 24 923 51194 206 45
60 314 [3000] 30 45 407 84 683 832 987 82322 35 453 570
781 [3000] 63108 54 144 815 91 972 54617 810 548 600 9
709 909 55572 [500] 187 339 418 589 837 54617 810 548 600 9
459 520 666 77 [3000] 90 91 775 94 918 91 57116 90 210 [1000]
421 836 56 62 68666 188 264 409 406 528 600 60 [300] 810
69170 [1000] 321 314 448 685 802 [300] 97
60178 435 722 60 850 [10 000] 63099 190 901 402 602
933 62033 [3000] 45 [3000] 79 100 378 87 437 63 524 676
805 90 957 63119 573 918 4 84 04083 102 435 597 41 635
61 813 910 83 45567 176 [1000] 91 303 439 73 588 746 817 911
92 60162 210 522 42 518 [1000] 07024 44 125 901 35 453
[500] 609 89 769 875 838 08079 200 313 71 589 854 935 [300]
29 87 60020 216 875 [300] 875 901
70234 40 447 61 729 [300] 881 71025 44 [1000] 73 115
218 55 304 420 505 685 [300] 704 897 72028 193 213 78 [500]
91 314 422 507 [1000] 845 925 73012 22 25 35 [500] 238 95 447
403 43 736 32 35 819 27 42 932 73 [300] 98 74255 39 311 42
[500] 45 429 [1000] 30 736 [500] 61 825 88 [300] 75044 114
215 66 343 900 81 85 96 70145 [500] 511 629 [3000] 74 77
71 21 809 [3000] 77433 91 624 54 747 871 917 35 78015 96
238 476 533 62 712 37 47 952 79221 22 331 430 500 [3000] 732
80036 73 202 66 88 94 882 412 73 90 625 [3000] 928 91 61
[3000] 81096 146 263 405 587 78 671 85 740 819 82117 535
779 816 40 43 993 83032 305 30 70 [1000] 628 702 914 84032
[300] 20 202 94 306 45 84 434 092 885 984 85134 88 351 313
45 79 727 815 58 84125 48 309 409 543 723 87140 317 40 581
481 88002 282 [1000] 305 405 555 72 573 813 44 50 915 35
89167 209 308 14 510 88
90121 33 811 645 736 [500] 906 46 95 91158 300 [500]
601 85 883 [300] 904 20 35 [300] 35 92078 112 235 425
507 87 709 80 933 93306 167 92 588 614 722 94107 231 355
431 562 [300] 744 49 983 91 05030 31 94 138 390 517 718 999
20098 882 07000 32 131 344 76 697 98 705 900 904910 30
631 646 61 03 750 79 99221 587 505 724 894 905 85 95
100098 [300] 144 55 254 307 50 72 429 519 96 643 797 977
401043 40 91 132 238 77 399 456 738 89 1040707 211 45 303
454 57 664 91 724 84 803 919 103666 246 [500] 304 38 501
55 710 800 104097 156 85 [3000] 224 80 [1000] 97 383 [3000]
481 504 27 52 73 [3000] 76 [3000] 602 982 105134 00 346 312
508 75 96 922 100730 190 318 543 643 30 78 92 735 107085
290 18 533 711 971 108008 191 398 [1000] 353 791 809 932
62 100195 814 714 40 72 885 974 77
110070 305 59 42 431 [3000] 744 998 [1000] 111040 230
79 96 335 766 555 929 50 112029 59 93 113 87 [1000] 350

13. Ziehung d. 4. Klasse 200. Rgl. Preuss. Lotterie.

Beziehung vom 3. Mai 1899, veranlasst,
dass die Gewinne über 200 Mark aus den betreffenden
Klassen in Vorschläge beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

111 34 383 507 14 509 701 6 73 855 41 [3000] 983 [500] 1000
32 39 314 461 582 [3000] 86 949 2315 440 [1000] 510 797 819
25 537 [3000] 39 3120 314 600 [500] 795 900 4003 [500] 80 231
[3000] 598 [3000] 413 82 507 09 604 839 97 919 5026 85 254
314 19 25 65 748 979 9189 87 223 415 [3000] 85 895 955
7081 282 292 441 517 89 614 [3000] 16 714 65 [3000] 92 811
95 89929 245 48 483 032 753 815 9135 [1000] 45 492 512 27
745 816 85 930
10099 145 338 71 589 870 87 713 81 [3000] 946 11330 [3000]
78 558 91 619 783 12124 32 63 3 [3000] 927 95 13127 82 300
10 34 [1000] 680 666 [1000] 757 60 14102 15 72 238 320 27
455 511 718 30 920 914 15179 285 628 73 829 16346 418 730
821 49 920 17099 151 281 320 86 411 75 94 521 [3000] 36 005
716 18 80 888 18008 48 105 80 258 378 582 618 81 727 19196
339 499 538 789
20150 77 301 4 10 436 538 41 697 731 837 976 85 21104
[1000] 87 245 502 [1000] 637 49 815 85 982 22016 36 57 39
[500] 217 77 507 92 611 [3000] 95 700 991 [3000] 22024 35 211
448 67 550 691 830 939 24002 19 [3000] 117 217 4 317 31 492
302 698 715 35 800 18 25021 110 419 615 70 742 87 832 20014
712 233 335 32 41 004 [3000] 279 27949 89 113 [3000] 14 277 334
428 100 650 700 819 99 944 25142 287 637 33 55 29118 201
423 502 721 931 90
30183 343 91 512 73 638 91 725 954 31020 [1000] 164 [500]
842 434 596 905 907 [3000] 34212 87 330 81 538 644 05 838
73 33003 51 480 510 704 822 40 924 [500] 98 34037 85 190
[3000] 294 540 510 745 62 903 72 905 85 85120 60 549 826
72 38 628 30475 101 319 44 856 [3000] 88 [3000] 800 37331
33 77 218 533 60 910 74 915 80 39 38903 119 322 493 45 718
30048 81 88 139 51 235 341 [500] 31 78 [1000] 463 599 697 705
60 [300] 72
40185 [3000] 330 487 709 [300] 38 837 41115 350 482 528
626 85 708 71 834 [15 000] 41 59 901 4 72 42101 382 417
00 642 48 740 83 43038 309 432 500 92 634 85 830 44300
[1000] 172 [3000] 303 408 38 4305 48 510 619 700 825 71 903
40580 312 708 92 915 40000 106 19 405 67 544 47 84 97
[3000] 807 47025 120 215 [3000] 427 58 523 660 811 95 947
95 48090 338 453 [300] 553 60 92 620 74 736 49073 413 79
618 27 832 56 507
50129 279 318 427 84 843 57 72 61301 29 350 409 71 923
731 01 [3000] 838 97 903 [500] 52823 412 [3000] 515 718 53075
230 91 [3000] 309 74 536 617 53 59 [500] 71 [3000] 276 949
64034 130 57 213 64 400 810 901 01 55132 225 49 70 736
400 92 611 [3000] 19 53 09 804 65 74 59122 80 235 45 401 618
86 902 92 57042 [3000] 12 138 333 40 532 630 3 70 732 87
96 902 65 58201 316 83 402 577 905 10 11 73 69023 239 97
321 90 470 534 600 792 590 515 22 74 [300]
60017 139 301 47 540 90 641 77 740 41019 107 217 21 21
[3000] 492 91 306 62265 628 49 58 626 979 40309 7 165
30 34 47 255 99 326 513 719 22 40 877 64016 08 [500] 123 215
355 32 492 5 568 14 035 [3000] 706 05174 214 [3000] 89 403
[1000] 659 76 581 705 801 78 901 35 08077 211 51 [1000] 511
29 46 804 740 59 847 07013 26 443 833 [300] 84 831 08105
[300] 227 508 59 92 846 65 76 922 09010 58 [300] 99 543 72
82 749 79 97 907
50612 617 873 71033 65 101 520 82 93 645 85 [1000] 96
[300] 989 72302 501 692 5 74 50 55 [300] 942 73353 505
419 813 829 45 74150 327 73 326 443 706 90 64 894 75107
419 813 829 45 74150 327 73 326 443 706 90 64 894 75107
632 922 964 78 80 77148 96 [300] 318 495 558 658 815 [1000]
916 23 81 78077 85 847 518 45 [3000] 57 [5000] 700 871 985
70198 519 485 778 91 814 37 45 85 970
80057 130 80 90 350 375 757 99 94 818
90034 71 330 430 89 79 88 502 91 701 93 81022 85 103 49
[500] 79 235 424 539 57 814 805 61 929 64 92362 [500] 89 83
309 90 451 83 810 54 93250 186 822 87 516 62 602 [300] 35 718
037 [500] 9 04035 129 82 754 38 512 93209 [3000] 10 350
[3000] 846 921 09054 64 309 43 50 81 702 988 300 31 97327
56 105 83 390 405 87 516 [3000] 410 788 [300] 98322 475 94
[300] 591 699 [3000] 65 69 929 82 09131 314 [1000] 25 411
81 55 534 65 74 643 835
100044 51 135 406 79 560 790 10174 218 [1000] 19 76
408 64 96 102011 408 508 72 82 782 89 834 103199 327 402
643 700 49 97 104123 [1000] 223 378 81 473 793 35 10535
100011 150 383 408 107099 21 158 79 384 300 17 35 465 94

Im Gewinnraute verbleibend: 1 Gewinn zu 75 000 Mk.,
1 zu 50 000 Mk., 3 zu 30 000 Mk., 5 zu 15 000 Mk., 20 zu 10 000 Mk.,
31 zu 5 000 Mk., 510 zu 3 000 Mk., 551 zu 1 000 Mk., 617 zu 500 Mk.

Aachener Tuche

welt-berühmt

Überall prämiert und über ganz Europa verbreitet, sowie andere deutsche Fabrikate ver-
senden wir zu **anerkannt niedrigen Preisen** an Jedermann. Unsere
ca. 400 Muster grosse Collection, die franco versandt wird, enthält Alles, was der moderne Geschmack bietet: **Tuch, Kammgarn, Cheviot,
Loden, Damentuche etc.** vom einfachsten bis zum allerfeinsten. Um einen Beweis
von dem Renommée unserer Waare zu geben, erwähnen wir, dass wir **innerhalb ca. 15 000** neue Kunden erworben haben und einige
des Jahres 1898 ca. 15 000 Tausend ehrende Anerkennungen vor-
liegen. Die Zahlen können nicht angezweifelt werden, da sie durch unsere Bücher fest-
gestellt sind. Ausser unseren hochfeinen Modestücken, weisen wir auf unseren
berühmten, seit 1893 überall eingeführten

Monopol-Cheviot hin. Dieser reinwollene echt-
farbige Cheviot, der in Schweiz,
blau und braun geliefert wird, kostet nur 4 Mk. per Meter, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mk.
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78. 106/2*

Charlottenburg!!
Welthaus J. Rosenthal & Co.,
Wilmsdorferstr. 64.
Ecke der Kantstraße.
Größtes Lager am Platze in
Herren-, Knaben- u. Arbeiter-
Garderoben.

Jeder der uns Bekannten wird
sagen über die enorm billigen Preise.
Prinzip: nur gute, haltbare Stoffe,
deutsches, englisches u. franz. Fabrikat.
Anzüge nach Maß ohne Preis-
erhöhung,
Hosen nach Maß ohne Preis-
erhöhung,
Sommer-Paletots nach Maß
ohne Preisverhöhung.
Nach-Ausstellung unter Leitung sehr
bewährter Kräfte; eigene Werkstatt im
Haus.
Jeder Käufer ist bei uns vor Ueber-
zahlung geschützt, da der feste Preis
auf jedem Stück deutlich verzeichnet
ist. Ueberzeugung macht wahr!

Welthaus J. Rosenthal & Co.,
Charlottenburg,
Wilmsdorferstr. 64,
Ecke der Kantstraße.
Größtes Lager am Platze in
Herren-, Knaben- u. Arbeiter-
Garderoben.

Reparaturen an Kleidungsstücken für
unser Kunden gratis, auch wenn diese
Kleidungsstücke bei anderen Firmen
gekauft wurden. 15452*



Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser
Announce 5 Pf.
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2. Ecke Stettinstraße.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendet Inventur gelangen größere Lagerbestände
meiner
Leppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum
141118*

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufs-
Kleidung: Blau Röcher-Jacken Nr. 1, 65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau
Röcher-Hosen, in allen Längen, Nr. 1, 65. Arbeiterhemden, Blusen, Wäster,
Hittel u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co., Wrangeistr. 17